

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Ich glaube, jeder von Ihnen, ob er politische Verantwortung trägt oder die Politik nur beobachtet und analysiert, hat sich Gedanken darüber gemacht, ob dies der richtige Zeitpunkt für einen Kreis wie den unseren ist, miteinander zu sprechen.

Wir Deutschen sind selbst noch damit beschäftigt, den inneren und äußeren Handlungsspielraum unserer Demokratie auszumessen, und obwohl die Regierungserklärung des neuen und alten Bundeskanzlers nun schon vierzehn Tage in der Diskussion ist, gibt es vielerlei zu klären.

Eine Beurteilung der amerikanischen Optionen ist wegen des globalen Charakters ihrer Verantwortung, wegen des Wechsels im Präsidentenamt und schließlich deshalb, weil Präsident Reagan zwar gewählt, aber noch nicht im Amt ist, noch wesentlich schwieriger, für die Verbündeten der USA ebenso wie für die Sowjetunion.

Die Sowjetunion hat zwar auch einen personellen Wechsel in der Regierung hinter sich, da Regierungschef Kossygin zurückgetreten ist. Aber die Kontinuität ihrer Politik verkörpert sich in Amt und Persönlichkeit von Leonid Breschnew. Was uns mit Unruhe und Sorge erfüllt, ist die Entwicklung in Osteuropa. Unsere Anteilnahme daran ist die des Nachbarn, der glücklich über die Verbesserung der Kontakte und den Abbau feindseligen Mißtrauens gewesen ist und eine insbesondere wirtschaftlich gedeihliche Zusammenarbeit erhofft hat.

Wird es uns heute und morgen gelingen, eine Bilanz der KSZE-Folgekonferenz von Madrid zu ziehen? Wird es uns gelingen, über die politischen und militärischen Bedingungen eines Gleichgewichts offen zu sprechen - auch dann, wenn unsere Zeit bei weitem nicht ausreicht, alle internationalen Probleme und Konflikte auch nur einigermaßen sorgfältig ins Auge zu fassen?

Wären wir hier ein Kreis offizieller Delegierter, der lediglich Regierungsauffassungen in formellem Sinn auszutauschen hätte, könnte man unserem Gespräch wohl kaum eine Chance geben: Die Zeit ist zu kurz, die Probleme sind zu groß.

Aber der Bergedorfer Gesprächskreis gehört, wie Sie wissen, keiner Regierung an und ist keinem Ministerium Rechenschaft schuldig. Und er behandelt auch Sie, liebe Freunde und Gäste, als Persönlichkeiten mit eigener Meinung, nicht als Delegierte mit gebundener Marschroute. Vielleicht macht das unseren Spielraum nicht größer, aber freier.

Unser Gesprächskreis hat sich immer, auch wenn der Bundeskanzler unser Gast war, als Element einer freien öffentlichen Meinung gefühlt. Auch wir üben Macht und Einfluß aus - aber das ist die Macht der Kritik und der Einfluß derer, die über ihr fachliches Wissen frei verfügen können. Wo immer es möglich ist, sollten wir uns daran zu halten versuchen; und wenn wir das tun, mag es uns gelingen, nicht nur einen Beitrag zu einer konstruktiven öffentlichen Meinung zu leisten, sondern auch Einfluß auf die zu nehmen, die in einem formellen Sinn die Verantwortung tragen.

Es wird uns allen nicht leichtfallen, von der Zukunft zu reden, wo die Vergangenheit so unbefriedigend aufgearbeitet ist. Erlauben Sie mir aber dazu die Bemerkung, daß wir uns hier gegenseitig behutsam auf den Zahn fühlen wollen. Dazu muß jeder bereit sein, den Mund aufzumachen, ohne gleich zuzubeißen.

So wünsche ich diesem Gesprächskreis den Erfolg, einen kleinen Beitrag zum Frieden und zur internationalen Verständigung zu leisten - und uns allen, daß wir uns mit dem Gefühl persönlicher Achtung und Sympathie begegnen können. Wenn die deutschen Bergleute unter Tage fahren, rufen sie sich zu: Glück auf! Etwas Besseres kann ich diesem Gesprächskreis nicht wünschen.

Matwejew

Europa ist in die 80er Jahre hinübergewechselt, während es in seinem diplomatischen Aktivsaldo eine solide Zahl gemeinsamer Aktionen und Schritte aufzuweisen hat, die ihm in Sachen Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent neue Horizonte eröffneten. Die von den Regierungen der 35 Staaten 1975 in Helsinki angenommene Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz stellt die bisher vollständigste Zusammenfassung der Regeln für friedliches Nebeneinanderbestehen und sachliche Zusammenarbeit von Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, dar, die je auf höchster Ebene ausgearbeitet und befürwortet wurde. Fünf Jahre sind aus historischer Sicht keine lange Zeit, doch erlaubt auch diese Periode, mit größerem Optimismus die praktische Bedeutung der Vereinbarungen von Helsinki für Europa, für sein Heute und Morgen, einzuschätzen.

Positive Entwicklungen wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Besonders positiv sieht es im wirtschaftlichen Bereich aus. Der Handel und die wissenschaftlich-technischen Verbindungen entwickeln sich erfolgreich auf stabiler Grundlage. In den vergangenen fünf Jahren hat sich das Volumen des Handelsumsatzes zwischen den Ländern Osteuropas, einschließlich der UdSSR, und dem Westen mehr als verdoppelt; der Umfang der industriellen Kooperation hat sich verdreifacht. Auf Regierungsebene wurden rund 50 Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abgeschlossen.

Es sind günstige Möglichkeiten entstanden, an mehreren Abschnitten weiter voranzukommen. Eine vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen dem Gemeinsamen Markt und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) würde dazu einen wertvollen Beitrag leisten. Das ist um so wichtiger, als im Westen die ungünstige Wirtschaftskonjunktur anhält, die zu Komplikationen auch in den geschäftlichen Verbindungen zwischen Ost und West führt. Das veranlaßt wiederum die sozialistischen Länder, angesichts der im Westen wütenden Inflation sowie anhaltender protektionistischer Tendenzen und ähnlichem, an den Schutz ihrer Interessen zu denken. Der sozialistische Markt hat ein großes Aufnahmevermögen und große Perspektiven, doch kann er von der Situation auf den Nachbarmärkten nicht isoliert werden.

Gegenwärtig sind Verhandlungen über neue umfangreiche und gegenseitig vorteilhafte Lieferungen im Gange, unter anderem die von bedeutend mehr Erdgas aus der UdSSR in mehrere westeuropäische Länder. Auf der Tagesordnung stehen die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über Energiewirtschaft, die Anbahnung einer weiteren Kooperation auf diesem Gebiet im Hinblick auf das Kernenergieprogramm der UdSSR sowie beachtliche Fortschritte bei der Integration der Länder Osteuropas mit dem Energieversorgungssystem der UdSSR. Der bevorstehende Abschluß der Bauarbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal bietet Möglichkeiten der gesamteuropäischen Zusammenarbeit im Bereich des Transportwesens. Immer aktueller wird das Problem des Umweltschutzes auf dem europäischen Kontinent. Hierbei kommt man ohne koordiniertes Vorgehen nicht aus.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung des neuen sowjetischen Fünf Jahresplans und der Vorstellungen von der Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR bis 1990 für die Perspektiven einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit hervorheben. Bereits heute ist die Gewinnung der Naturreichtümer Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens ein bedeutender stimulierender Faktor in der Kooperation. Aber das ist erst der Anfang, wenn man den Umfang der Aufgaben, die bei der Nutzung der gigantischen Ressourcen im asiatischen Teil der UdSSR zu lösen sind, bedenkt. Nicht von der Hand zu weisen ist auch der Umstand, daß die Länder Westeuropas bei einer solchen Kooperation auf Stabilität und Zuverlässigkeit bauen können, und dies wird den Ausbau der Beziehungen und Kontakte auf langfristiger Grundlage ermöglichen. Selbstverständlich ist die UdSSR ihrerseits ebenfalls an der Stabilität solcher Verbindungen zu Westeuropa interessiert.

Negative politische Einflüsse auf die Wirtschaftsbeziehungen

Das muß hier gesagt werden, da der wirtschaftliche Bereich zwischenstaatlicher Beziehungen bedauerlicherweise bei unerwünschten politischen Schwankungen in Mitleidenschaft gezogen wird. Ein anschauliches Beispiel dafür gab die Carter-Administration, die seit Ende 1979 scharfen Kurs auf den Abbau kommerzieller und anderer Verbindungen zur Sowjetunion genommen hat, und zwar deshalb, weil in ihrer Außenpolitik negative, die Periode des Kalten Krieges kennzeichnende Momente die Oberhand gewonnen haben.

Man darf die Augen nicht davor verschließen, daß sich diese kühlen Windstöße in der Politik der Carter-Regierung eigentlich schon 1977, 1978 und 1979 mit beachtlicher Stärke bemerkbar gemacht

haben. In jener Zeit wurde auf amerikanische Initiative hin ein langfristiges NATO-Aufrüstungsprogramm verabschiedet. Das Weiße Haus ging mit immer größerem Zynismus daran, die "chinesische Karte" gegen die UdSSR auszuspielen und nahm Kurs auf den Aufbau der sogenannten schnellen Eingreiftruppe. In der berüchtigten Frage der "Bestrafung Vietnams" hat es praktisch ein Hand-in-Hand-Gehen Washingtons und Pekings gegeben. Die Ereignisse an der chinesisch-vietnamesischen Grenze im Februar und März 1979 mußten zwangsläufig mit den chinesisch-amerikanischen Umtrieben gegen die demokratische Revolution in Afghanistan in Zusammenhang gebracht werden. Die UdSSR hat die betreffenden Kreise in der zweiten Hälfte 1978, aber auch 1979 wiederholt davor gewarnt, das Maß ihrer antiafghanischen Unternehmungen zu verstärken, doch wurden diese Warnungen von denen, an die sie gerichtet waren, in den Wind geschlagen.

Konfrontationskurs der USA gegenüber der Sowjetunion

Die Carter-Administration, die ihre eingeleiteten "Boycott-Maßnahmen gegenüber der UdSSR als eine Reaktion auf das Vorgehen der UdSSR hinzustellen suchte, löste eine gefährliche Zuspitzung der internationalen Spannungen aus. In Washington behauptete man zwar, die USA-Regierung sei durch die Absichten der Sowjetunion im außenpolitischen Bereich beunruhigt, doch ging man im Widerspruch dazu daran, die Kommunikationskanäle, die sich in den Beziehungen zwischen beiden Ländern herausgebildet hatten, abzubauen.

Diese Schritte Washingtons konnten die Situation in Europa nur negativ beeinflussen, wenn auch der Grad der Beeinflussung geringer war, als dies von den USA beabsichtigt war. Dennoch ist es Washington gelungen, unter Ausnutzung des NATO-Hebels einige seiner atlantischen Partner für den Konfrontationskurs zu gewinnen. Davon zeugt die Beteiligung einiger westeuropäischer Länder an der von den USA betriebenen Kräftekonzentration im Raum des Persischen Golfs und die innerhalb der NATO geführten Vorbereitungen, die zum Ziel haben, einen Teil der aus Westeuropa in den Nahen und Mittleren Osten zu verlegenden US-Streitkräfte durch zusätzliche eigene Truppenkontingente zu ersetzen. Herr Luns und andere führende NATO-Politiker sprechen immer nachdrücklicher davon, "den Wirkungsbereich der NATO" erweitern zu müssen.

Veränderte Nuklearstrategie der USA

Am bedenklichsten jedoch ist, daß die Regierungen der den USA nahestehenden Länder Westeuropas die Annahme einer im Hinblick auf die Legalisierung der Konzeption eines "begrenzten Konflikts" überarbeiteten nuklearen Strategie in den USA im Grunde genommen sanktioniert haben. Das hat zweifellos mit den Plänen Washingtons zu tun, in den nächsten Jahren die Stationierung qualitativ neuer Raketen- und Kernwaffen in Westeuropa durchzusetzen, die dafür bestimmt sind, Ziele auf dem Territorium der UdSSR zu vernichten, und mit der gleichzeitigen Verstärkung der bereits vorhandenen vorgeschobenen amerikanischen Kampfmittel in Europa. Es drängt sich geradezu die Schlußfolgerung auf, daß Washington wohl einen Teil des amerikanischen Kernwaffenarsenals durch dessen Stationierung in Westeuropa näher an die Sowjetunion verlegen und gleichzeitig die Konzeption von einem "begrenzten Kernwaffenkonflikt", von einem "Austausch von Kernwaffenschlägen" legalisieren möchte, bei dem das amerikanische Territorium selbst unangetastet bliebe.

Es gibt Hinweise darauf, daß zu den bestimmenden Motiven der Kritik von seiten der Militärberater des neuen USA-Präsidenten an SALT II das Bestreben dieser Kreise gehörte, freie Hand für eine uneingeschränkte Erhöhung der in Westeuropa stationierten Anzahl von Marschflugkörpern und anderer moderner Kampfmittel zu haben. Das Ziel besteht darin, auf dem europäischen Kontinent ebenso wie im globalen Maßstab Veränderungen der annähernden militärischen Parität, wie sie sich in den 70er Jahren herausgebildet hat, zugunsten des Westens durchzusetzen. USA-Verteidigungsminister Henry Brown verwies in seinem Bericht an den Kongreß am 19. September 1979 unumwunden auf die Pläne der USA, eine solche Überlegenheit der NATO über den Warschauer Vertrag bis Mitte der 80er Jahre zu erlangen.

Folglich sind die Pläne zur Vergrößerung des Kernwaffenarsenals der USA in Westeuropa keineswegs von "Schutz" beziehungsweise "Verteidigungs"-Motiven diktiert worden. Bekanntlich hat die UdSSR generell keine Kernwaffen mittlerer Reichweite auf dem Territorium verbündeter Staaten, das heißt außerhalb der Grenzen der Sowjetunion, stationiert. Nach Angaben westlicher Quellen können von den 8000 amerikanischen Kernsprengköpfen, die in Westeuropa gehortet sind, 2000 bis in die Westgebiete der UdSSR befördert werden. Berücksichtigt man die entsprechenden französischen und britischen Kernwaffenkräfte, so erhöht sich dieses Potential, das ständig modernisiert wird, noch mehr. Man muß auch beachten, daß die französische Regierung die Entwicklung von Waffen mit erhöhter Strahlungsintensität, der sogenannten Neutronenwaffe,

veranlaßt hat. Die Regierung der BRD hat bereits starkes Interesse daran bekundet, auf ihrem Territorium bodengestützte amerikanische Marschflugkörper zu stationieren.

Alle diese Pläne und Programme werden in Angriff genommen, während von sowjetischer Seite nach wie vor die Bereitschaft bekundet wird, die Anzahl der in den Westgebieten unseres Landes stationierten nuklearen Kampfmittel mittlerer Reichweite gegenüber dem jetzigen Stand zu verringern als Zeichen guten Willens, wenn in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffen mittlerer Reichweite stationiert werden. Naturgemäß kann diese Bereitschaft der UdSSR nicht unbefristet sein, sondern sie hängt von der diesbezüglichen Entwicklung in Westeuropa ab.

Noch ist es nicht zu spät, das Niveau einer solchen Konfrontation zu senken, morgen aber könnte dies bereits viel schwieriger, wenn nicht unmöglich sein.

Es genügt zum Beispiel, auf folgenden Umstand hinzuweisen: Hätten die USA Anfang der 70er Jahre den Aufbau eines Arsenalns von Raketen mit Mehrfachsprengköpfen nicht in Angriff genommen, sondern auf die Bereitschaft der Sowjetunion reagiert, sich über das Verbot solcher Arbeiten zu einigen, gäbe es auch die gegenwärtige Destabilisierung auf diesem Gebiet nicht, über die sich heute dieselben Politiker in den USA besorgt äußern, die seinerzeit zu dieser neuen Runde des Rüstungswettlaufs aufgerufen hatten. Es bedurfte hartnäckiger Verhandlungen im Rahmen der SALT-II-Gespräche, um beiderseitig annehmbare Garantien zu erarbeiten, die zur Stabilisierung der Lage beitragen.

Begrenzung strategischer Rüstungen

Man braucht wohl nicht zu beweisen, daß das Schicksal des gesamten weiteren Prozesses der Begrenzung strategischer Rüstungen Westeuropa alles andere als gleichgültig ist; Europa insgesamt und Westeuropa insbesondere. Es ist doch eine Tatsache, daß die Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA, Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen in Europa aufzunehmen, mit der Realisierung der Absprachen zusammenhängt, die während der SALT-II-Gespräche getroffen wurden. Eine Unterbrechung dieses Prozesses hätte ernsthafte Folgen für diese Verhandlungen, und das zu einer Zeit, da es wichtiger denn je ist, sie fortzusetzen, und zwar in einer günstigen Atmosphäre.

Es wäre vergeblich, wollte man die Tatsache leugnen, daß gegenwärtig sowohl der Prozeß der Begrenzung der strategischen Rüstungen als auch die genannten Verhandlungen sehr in Frage gestellt sind, wobei die Schuld keineswegs die UdSSR trifft.

Die größte Errungenschaft der 70er Jahre, die die Gefahr eines Kernwaffenkrieges minderte und ein solides Fundament für den gesamten Entspannungsprozeß schuf, war, daß die Regierungen der UdSSR und der USA die Wichtigkeit der Parität im militärischen Bereich im globalen Maßstab nicht nur verbal erkannt, sondern auch ein abgestimmtes System zur Aufrechterhaltung derselben, zur Vermeidung einer plötzlichen destabilisierenden Störung des militärpolitischen Gleichgewichts in der Welt ausgearbeitet haben.

Was aber würde die Stationierung von 600 gegen die UdSSR gerichteten neuen Raketen mit Kernsprengköpfen in Westeuropa für die in überaus hartnäckigen Verhandlungen erzielten Garantien bedeuten? Was würde das Scheitern des Prozesses der Begrenzung strategischer Rüstungen durch die UdSSR und die USA bedeuten?

Das sind Fragen, denen man unmöglich ausweichen kann; denn eine rückläufige Entwicklung all dessen, was im letzten Jahrzehnt für die Friedenschancen so hoffnungsverheißend und bedeutungsvoll war, würde zur Folge haben, daß man der gesamten Struktur der internationalen Beziehungen, wie sie sich herausgebildet hat, einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügt. Unter diesen Bedingungen hätte die Sowjetunion keine andere Wahl, als zusammen mit ihren Verbündeten alle Anstrengungen zu unternehmen, um nicht zuzulassen, daß sich die Waagschale im militärpolitischen Gleichgewicht zugunsten der USA, zugunsten der NATO neigt.

Wie wichtig es ist, nicht zuzulassen, daß in den Bemühungen um die Begrenzung der strategischen Rüstungen keine Stagnation entsteht, darauf hat das sowjetische Staatsoberhaupt L. I. Breschnew in seinem jüngsten Gespräch mit dem republikanischen Senator Charles Percy, wahrscheinlich dem neuen Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hingewiesen. Ein Erfolg in dieser Angelegenheit bildet, wie L. I. Breschnew feststellte, das Kernstück der gesamten internationalen Sicherheit. Die Sowjetunion will nicht, daß all das Positive, das bisher durch die gemeinsamen Anstrengungen beider Seiten erzielt wurde, über Bord geworfen wird.

Da es sich aber um eine auch für Europa überaus wichtige Frage handelt, muß seine Stimme, eine Stimme, die zu Realismus und Vernunft auffordert, gehört werden.

Negative Haltung der westlichen Länder bei den Wiener Verhandlungen

Einstweilen aber ist das militärische Gebiet, genauer gesagt: das Gebiet der militärischen Entspannung, angesichts der Lage auf unserem Kontinent der am wenigsten befriedigende Teil des Prozesses, der durch die Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz Auftrieb erhalten hatte. Die Hoffnungen vieler Menschen darauf, daß man nach dem Erfolg der KSZE bei den Wiener Verhandlungen rasch zu einer Übereinkunft kommen könnte, haben sich bedauerlicherweise nicht erfüllt. Die Kompromißvorschläge der sozialistischen Länder stoßen da auf die ablehnende Haltung bei den Delegationen der westlichen Länder, unter denen die Delegation der BRD bisher unserer Ansicht nach eine besonders unnachgiebige Position bezieht. Namhafte Politiker der Bundesrepublik sprechen sich für eine Herabsetzung des Niveaus militärischer Konfrontation in Mitteleuropa aus. Doch wenn es um konkrete Schritte geht, was bei den Wiener Verhandlungen der Fall ist, so fällt die Haltung der BRD unter den anderen westlichen Delegationen durch ihre Härte auf.

Die Sowjetunion hält es für möglich, auch einseitige Schritte zu unternehmen, wie den Abzug eines beachtlichen Kontingents sowjetischer Truppen mit dazugehöriger Militärtechnik aus der DDR, um in der militärischen Entspannung voranzukommen. Der Westen aber hemmt in Wien unter verschiedenen Vorwänden die Erzielung einer Kompromißlösung. Die Behauptung, die Streitkräfte des Warschauer Vertrages hätten angeblich 188 000 Mann mehr, als in den vorliegenden amtlichen Angaben ausgewiesen werde, hält keiner Überprüfung stand. Zum einen erfolgen die Berechnungen auf unterschiedlicher Grundlage, zum anderen und das ist die Hauptsache - braucht man eine beachtliche militärische Überlegenheit, um eine bedrohliche Situation heraufzubeschwören. Indessen bekräftigen Aussagen angesehenen Spezialisten der westlichen Seite, darunter NATO-Sachverständige, daß zwischen den Kräften der NATO und denen des Warschauer Vertrags ein annäherndes Gleichgewicht besteht.

Hoffmann

Man erwartet von mir, daß ich hier über Ziele und Voraussetzungen der Entspannungspolitik in den 80er Jahren aus der Sicht der Gegenseite spreche. Dabei bin ich allerdings mehrfach gehandicapt. Erstens bin ich Akademiker, also nicht Mitglied irgendeines politischen Establishments. Dies macht es manchmal ziemlich schwierig, so eindeutig Partei zu ergreifen, wie ich es wohl sollte. Zweitens stehe ich der neuen amerikanischen Administration ganz bestimmt nicht sehr nahe, womit ich sagen will, daß meine Ausführungen hier in keiner Weise repräsentativ sind. Drittens bin ich mir, da ich sowohl Europäer als auch Amerikaner bin, der Unzulänglichkeiten überaus bewußt, die die zeitweilig eingenommene Position sowohl der Europäer wie auch der Amerikaner kennzeichnen. Trotzdem werde ich versuchen, mein Bestes zu tun.

Bevor wir jedoch über die Aussichten der Entspannung in den 80er Jahren reden können, scheint es mir notwendig, erst einmal zu klären, was aus der Entspannung geworden ist. Das Wort steht zwar im Thema dieses Gesprächskreises, aber man kommt nicht umhin zu bemerken, daß dieser Begriff praktisch aus dem politischen Sprachgebrauch der Vereinigten Staaten verschwunden ist. Man mag das bedauern, aber es ist eine Tatsache. Sogar auf dieser Seite des Atlantiks ist die Entspannungspolitik in eine prekäre Situation geraten, wie es eine vor kurzem gemachte Bemerkung des französischen Staatspräsidenten andeutet. Um deshalb herauszufinden, in welcher Ausgangsposition wir uns befinden, möchte ich mit dem Versuch beginnen, einmal zusammenzufassen, wie wir in diesen doch recht traurigen Zustand hineingeraten sind.

Erwartungen in die Entspannung: Westeuropa/Sowjetunion

Nach meinem Eindruck beruhte die Entspannung in den 70er Jahren auf zwei unterschiedlichen Komplexen von Erwartungen: Auf der einen Seite die westeuropäisch-sowjetischen, auf der anderen Seite die amerikanisch-sowjetischen Erwartungen in die Entspannung. Lassen Sie mich mit der ersteren beginnen. Dabei sollten wir auch nicht vergessen, daß die Westeuropäer vor den Amerikanern auf die Linie der Entspannung eingeschwenkt sind: Als erster de Gaulle, später dann die Westdeutschen.

Die Westeuropäer haben sich davon, wie mir scheint, folgendes versprochen: Auf der Grundlage der Anerkennung des territorialen Status quo in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Westeuropäer auf das, was man die "dynamische Veränderung der internationalen Beziehungen" nennen könnte, gesetzt, so wie es in dem deutschen Wort "Annäherung" zum Ausdruck kommt. Der berühmte "Korb III" von Helsinki enthielt die Hoffnung auf eine Entkrampfung der Situation in Osteuropa, auf eine zunehmende Öffnung Osteuropas für jede Art von Kontakten mit dem Westen; nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle und menschliche Kontakte. Man setzte sowohl in

"Korb I" wie auch in Teile der Rüstungskontroll-Verhandlungen die Erwartung, daß damit die Belastung durch die Verteidigungsanstrengungen im Westen allmählich reduziert werden könnten.

Auf sowjetischer Seite setzte man ebenfalls auf eine gewisse dynamische Umgestaltung. Man hoffte vor allem auf die Vorteile, die der Sowjetunion aus der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Westeuropa erwachsen würden. Möglicherweise bestand auch die Erwartung, daß sich durch die Entspannungspolitik Einfluß und Gewicht der Vereinigten Staaten - direkt oder indirekt - auf die westeuropäische Politik verringern würden.

Hält man sich diese ersten beiden in die Entspannung gesetzten Erwartungen vor Augen, so erkennt man, daß ihre Resultate begrenzt gewesen sind, obgleich sie gewiß nicht unbedeutend sind, was besonders für den nichtökonomischen Bereich gilt. Aber man muß auch feststellen, daß die Ergebnisse nicht immer den Erwartungen entsprachen. Mit anderen Worten: Es hat zwar Ergebnisse gegeben, aber nicht diejenigen, auf die man gesetzt hatte.

So ist zum Beispiel die Öffnung im Osten sehr begrenzt geblieben. Es gab einige Erleichterungen etwa im Reiseverkehr und in den menschlichen Beziehungen. Auf der anderen Seite hat schon diese begrenzte Öffnung zweifellos einige Unruhe verursacht und die Sowjetunion wiederholt in Verlegenheit gebracht. In dieser Hinsicht ist der gesamte Überprüfungsprozeß nach Helsinki für die Sowjetunion zunehmend schwierig geworden. Die kürzlich von der DDR ergriffenen Maßnahmen zur Regelung der Reisemöglichkeiten von Westdeutschland charakterisieren den Kern des Problems.

Auf wirtschaftlichem Gebiet haben beide Seiten profitiert. Doch auch dort ging es nicht ohne Probleme ab. Die wirtschaftlichen Beziehungen haben in gewisser Hinsicht zur Verschlechterung der ökonomischen Situation zum Beispiel in Polen beigetragen. Sie haben ferner das Problem aufgeworfen, daß für Westeuropa langfristig die Möglichkeit besteht, auf bestimmten Gebieten in eine erhebliche Abhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten.

Auf militärischem Gebiet haben die an die Entspannung geknüpften Erwartungen gewissermaßen zu einem Fiasko geführt. Das gilt auch insofern, als die Sowjets mit der Entspannung die Hoffnung auf eine Veränderung des politischen Gleichgewichts in Westeuropa verbunden haben könnten. Dies hat sicherlich nicht stattgefunden.

Erwartungen in die Entspannung: USA/ Sowjetunion

Es gab dann einen zweiten Komplex von Erwartungen, der die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion betraf. In den Vereinigten Staaten hatte die Entspannungspolitik in den frühen 70er Jahren die Form einer komplexen Theorie von Verknüpfungen und Verflechtungen angenommen, wie sie Henry Kissinger in seinen Memoiren treffend beschrieben hat. Man hegte die Hoffnung, daß man die Sowjetunion veranlassen könnte, sich in den internationalen Angelegenheiten zurückzuhalten, und zwar durch eine Kombination von klassischer Eindämmung und Anreizen zur freiwilligen Selbstbeschränkung, die sich aus den verschiedenen, miteinander verflochtenen Abkommen auf Gebieten der Wirtschaft, der Rüstungskontrolle und so weiter ergeben. Aus diesem Grund bestand die Hoffnung auf eine Begrenzung des Wettrüstens. Ferner hoffte man, daß diese Politik zu einer Verringerung der Spannungen in der Dritten Welt führen und einen Beitrag zur Lösung von Konflikten mit Dritten leisten würde.

Mit anderen Worten, um die Dinge beim Namen zu nennen: Es gab die Hoffnung, daß die Entspannungspolitik zur westlichen Konzeption der internationalen Stabilität, wie ich das nennen würde, beitragen könnte. Dabei möchte ich betonen, daß in dieser Konzeption Beziehungen mit der Sowjetunion - die wirtschaftlichen Beziehungen eingeschlossen - nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel, als Instrumente eines komplexen Systems von Belohnungen und Bestrafungen verstanden wurden. Ich sage das wiederum so offen; denn es hat keinen Sinn, diplomatisch zu sein, zumal sich jede Diplomatie ohnehin um genau diese Dinge dreht.

Für die Sowjetunion war die Entspannung ein geeigneter Versuch, die recht kontinuierlichen und weitgehend konstanten Zielsetzungen der sowjetischen Politik zu erreichen. Vorrangig war dabei zunächst einmal, eine formale Anerkennung der Gleichberechtigung zu gewinnen, ein formales Kennzeichen ihres Supermacht-Status, und zwar auch auf militärischem Gebiet. Dies bedeutete für die Vereinigten Staaten eindeutig, ihre alten Vorstellungen von Überlegenheit aufzugeben und an ihre Stelle tatsächlich Parität oder, wie der Ausdruck damals hieß, Ausgewogenheit zu setzen. Als eine Konsequenz dieser Anerkennung der Gleichberechtigung wurde von sowjetischer Seite ein weiteres Ziel der Entspannung darin gesehen, diese als ein Mittel zu gebrauchen, um eine Art Recht auf die sowjetische Beteiligung an der Lösung wichtiger Weltprobleme zu etablieren, wie zum Beispiel im Nahen Osten.

Man hoffte auch, daß die Entspannung zur Konsolidierung der sowjetischen Einflußsphären und des sowjetischen Systems in Europa beitragen werde. Dies vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile, welche die Sowjetunion aus dem Westen zu ziehen hoffte, sowie durch die Anerkennung des Status quo von 1945. Wahrscheinlich hoffte man auch, daß die Entspannung das Vordringender "fortschrittlichen Kräfte" in der Welt, wie die Sowjets sie nennen, erleichtern würde, infolge einer gewissen Demobilisierung der Vereinigten Staaten oder ganz einfach durch eine heftige Ablehnung des früheren Kalten Krieges.

Tatsache ist, daß zwei einander entgegengesetzte Erwartungen nicht gleichlaufend sein können. Die Ironie ist, daß sich Ende der 70er Jahre beide Seiten betrogen fühlten. In diesem Zusammenhang ist nichts so aufschlußreich und paradox zugleich wie die Tatsache, daß beide Seiten die bei dem ersten Nixon/Breschnew-Gipfel im Jahre 1972 vereinbarte Grundsatzerklärung offensichtlich ernst genommen haben, aus Gründen, die mir fremd sind. Denn ich habe diese Erklärung immer für eines der einfältigsten Dokumente gehalten, die in neuerer Zeit unterzeichnet wurden.

Jedes Dokument, in dem die Großmächte formal ihr Bestreben nach einseitigen Vorteilen aufgeben, hat etwas von einer modernen Version des Briand-Kellogg-Paktes. Es bedeutet nämlich, daß beide Seiten feierlich das Geschäft der internationalen Politik aufgeben, und dies war ziemlich unwahrscheinlich. Interessant ist jedoch, daß 1980 jede Seite der anderen vorgeworfen hat, sie würde Buchstaben und Geist des Dokuments von 1972 mißachten. Die Vereinigten Staaten beschuldigen die Sowjetunion, fortgesetzt einseitige Vorteile zum Beispiel in der Dritten Welt anzustreben. Die Sowjetunion ihrerseits hat sich beispielsweise über die einseitige amerikanische Politik im Nahen Osten beklagt, die damit die Intentionen der Vereinbarung verdreht hätte.

Enttäuschte Hoffnungen

Die Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Entspannung sind im Unterschied zur Entspannung zwischen Westeuropa und der Sowjetunion in der Tat äußerst bescheiden gewesen. Aus Gründen, die hauptsächlich beim amerikanischen Kongreß lagen, hat es nie eine sehr breit angelegte Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen gegeben. Im Hinblick auf die Rüstungskontrolle - SALT I und die Verhandlungen zu SALT II - hat es eine außerordentliche Enttäuschung gegeben aus einer Vielzahl von Gründen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will.

Es mag im Augenblick genügen anzumerken, daß die Verhandlungen höchst enttäuschend verlaufen sind, weil sehr schnell klar wurde, daß man bestenfalls - und dies nach jahrelangem Tauziehen - gewisse sehr hohe Limits erreichen könnte, aber keine wirklichen oder nur sehr begrenzte Reduzierungen. Selbst hier ließ das Übereinkommen noch beträchtlichen Spielraum für das Wettrüsten.

Neben diesen sehr begrenzten Ergebnissen hat es ganz erhebliche Enttäuschungen gegeben. Für die Sowjetunion vor allem in der Hinsicht, daß die Entspannung nicht zu einer Festigung ihrer Position in Osteuropa geführt hat. Es gab auch kaum eine sowjetisch-amerikanische Übereinkunft, internationale Probleme gemeinsam zu schlichten wenn Sie so wollen: Es gab kein Kondominium.

Für die Vereinigten Staaten gab es in bezug auf drei unangenehme Tatsachen ein böses Erwachen. Erstens wurden im Gegensatz zu den Erwartungen die Dissidenten in zunehmendem Maße einer härteren Behandlung ausgesetzt, und zwar sowohl in der Sowjetunion als auch in Teilen Osteuropas. Dabei gebrauchte man ständig die in der Schlußakte von Helsinki gemachten Vorbehalte, was die Rechtsprechung der einzelnen Länder angeht, um die Wirksamkeit von Korb III einzuschränken.

Was zweitens den Vereinigten Staaten ein böses Erwachen bereitete, war die Tatsache, daß die Sowjetunion die Auseinandersetzung in der Dritten Welt nicht nur aufrechterhielt, sondern verstärkt fortsetzte. So wurde die amerikanische Entspannungskonzeption beispielsweise durch die sowjetische und kubanische Politik in Afrika, durch den Staatsstreich in Afghanistan 1978 und durch die vietnamesische Invasion in Kambodscha ernsthaft erschüttert.

Drittens gab es für die Amerikaner nicht zuletzt ein böses Erwachen angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion trotz SALT das Wettrüsten intensivierte, ihr Kernwaffenarsenal ausbaute und sich in Europa neue Kernwaffen zulegte, die man nicht als bloße Modernisierung der vorhandenen Waffen ausgeben kann. Ich meine, SS 20 und Backfire verschaffen der Sowjetunion Möglichkeiten, die vorher einfach nicht bestanden. Eine besteht in der Fähigkeit, die NATO im Falle eines konventionellen Krieges an einem atomaren Gegenschlag zu hindern. Mit anderen Worten: Auf diese Weise wurde das atomare Potential der NATO neutralisiert. Sollte es aber zu einem Atomkrieg kommen, würden die neuen sowjetischen Waffen die Sowjetunion in die Lage versetzen, den Schaden, den ihr die westlichen Atomwaffen zufügen könnten, in Grenzen zu halten. Aus sowjetischer Sicht ist das

natürlich sinnvoll. Für den Westen schuf es jedoch neue Probleme. Das ist der Grund - ich wiederhole es;- , warum 1978 beide Seiten enttäuscht waren, was bestimmt auf die Vereinigten Staaten zutraf.

Die gegenwärtige Lage

Das führt mich zur jetzigen Situation. Wie wir von Herrn Matweew eben wieder gehört haben, hält die Sowjetunion zur Zeit ihre verbale Verpflichtung zur Entspannungspolitik aufrecht. Dem muß man jedoch zwei Tatsachen entgegenstellen: Die eine betrifft die unverminderte sowjetische Aufrüstung. Als übrigens Bundeskanzler Schmidt eine Art begrenztes Moratorium für den weiteren Ausbau der vorhandenen Streitkräfte auf dem europäischen Schauplatz vorschlug, wurde dies in Moskau nicht sehr ernst genommen. Die zweite Tatsache betrifft die sowjetische Invasion in Afghanistan vor einem Jahr. Diese Invasion bedeutete zumindest - ich betone: zumindest, da im Westen bekanntlich erhebliche Uneinigkeit über Motive, Absichten und Ziele dieser Aktion bestand;- , daß es die Sowjetunion in Kauf nahm, die mit Westeuropa erreichte Entspannung sehr hohen Risiken auszusetzen. Sie war zudem offensichtlich bereit, das, was von der Entspannung mit den Vereinigten Staaten übriggeblieben war, zu opfern. Insbesondere war die Sowjetunion offenkundig bereit, ein Scheitern von SALT II zu akzeptieren.

Auf amerikanischer Seite ist die gegenwärtige Lage durch folgende Tatsachen gekennzeichnet. Zunächst würde ich sagen, daß dies für alle politischen Parteien gleichermaßen zutrifft und sich nicht darauf beschränkt, was Herr Matweew die extreme Rechte nennt. Priorität hat die Wiederherstellung einer militärischen Position, die sich für den Westen im Vergleich zu früher verschlechtert hat. Das gilt insbesondere für den allgemeinen Bereich der Kernwaffen, wo sich die Vereinigten Staaten dem Problem der Verwundbarkeit ihrer bodengestützten Raketen gegenübersehen.

Nebenbei gesagt, Herr Matweew, sollten Sie die Bedeutung der sogenannten neuen amerikanischen Militärdoktrin nicht überschätzen. Ich habe mich aus beruflichen Gründen mit den amerikanischen Militärdoktrinen seit Ende der 40er Jahre beschäftigt. Die Kontinuität ist da bei weitem größer als die Diskontinuität. Von Zeit zu Zeit wird einfach das gleiche alte Paket neu verschnürt, damit es der Form der neuen Waffen entspricht, die für dieselben Zwecke entwickelt wurden. Darin liegt zweifellos nicht die Neuerung.

Es geht also erstens um die Wiederherstellung militärischer Positionen auch im Bereich der europäischen Kernwaffen, um mit der Bedrohung fertig zu werden, die durch die neuen sowjetischen Waffen entstanden ist. Das gleiche gilt für die konventionellen Streitkräfte im allgemeinen, wo sich für den Westen ernste Probleme ergeben.

Zweitens, und hier würde ich auch von einem Konsens in den Vereinigten Staaten sprechen, geht es um die Priorität, eine gefährliche Situation in einem Gebiet zu entschärfen, das man in den Vereinigten Staaten heutzutage modern als "Südostasien" bezeichnet. Ich gebrauche weiterhin den altmodischen Ausdruck Nahe Osten; es handelt sich aber um die gleiche Region.

Kaiser

Dieses Gespräch findet zu einem Zeitpunkt statt, der von einem grundlegenden Wandel in der internationalen Politik gekennzeichnet ist und in dem dunkle Schatten über manches Erreichte fallen. Wie schwierig unsere Aufgabe ist, mögen Sie daran ermessen, daß das Thema unserer Tagung: "Voraussetzungen und Ziele der Entspannung in den 80er Jahren", mit einem Begriff arbeitet, der heute schon von vielen in Frage gestellt wird. Es gibt eine Diskussion darüber, ob das Ende der Entspannung in Sicht ist - einige behaupten, sie sei schon vorüber; andere argumentieren, wir bräuchten neue Begriffe.

Wir wollen hier über den europäischen Schauplatz sprechen. Aber der europäische Schauplatz muß natürlich im größeren Zusammenhang der Wandlungen gesehen werden, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. Einer der Punkte, die wir hier zu diskutieren haben, dürfte darin liegen, daß die Sicherheit Europas mehr als je zuvor mit den Entwicklungen außerhalb Europas verbunden ist, insbesondere mit Entwicklungen in der Dritten Welt, die sich durch zunehmende Instabilität auszeichnet. Wir müssen uns fragen, ob wir in eine neue Phase hineingehen, in der die Sicherheit in Europa mit Regionen verbunden ist, in denen die Kalkulierbarkeit der Politik weitaus geringer ist, als sie es unter den Bedingungen relativ gesicherter (innen-) politischer Herrschaft, klarer Demarkationslinien und Funktionieren der Abschreckung in der nördlichen Hemisphäre bisher gewesen ist.

Heute ist vor allem der Nahe Osten zu einem Problem auch der europäischen Sicherheit geworden. Wir stellen uns die Frage, insbesondere nach den Entwicklungen in Afghanistan, inwieweit wir den Ost-West-Konflikt aus dieser Region heraushalten können. Wie kann die Funktionsfähigkeit einer

hochkomplizierten Gesellschaft wie der unserigen, die vom Erdöl abhängig ist, aufrechterhalten werden?

Wir diskutieren über Sicherheit und Entspannung in Europa im vollen Bewußtsein der Bedeutung dieser exogenen Faktoren. Wie wirkt sich die Lage in diesen Regionen auf Europa aus? Wir diskutieren darüber ebenso in vollem Bewußtsein der Bedeutung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses, das auch in Zukunft von zentraler Bedeutung dafür sein wird, ob der Friede in der Welt erhalten bleiben kann.

Hinsichtlich Europa werden wir vor allem zu erörtern haben, ob wir die Bedingungen, die gemeinsam zwischen Ost und West im Helsinki-Dokument festgehalten worden sind, aufrechterhalten können. Diese Frage stellen wir uns besonders hier in Deutschland im Hinblick auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Wir stellen sie aber auch in ganz Europa, im Westen und sicher ebenso im Osten, im Hinblick auf die Entwicklung in Polen.

Wie Herr Körber eingangs sagte, sollten wir die Tradition des Bergedorfer Gesprächskreises zu einem offenen Gespräch nutzen. Ich bitte Sie, daran zu denken, daß wir eine besondere Verantwortung haben gerade in der heutigen Situation, und ich hoffe mit Ihnen, daß unser Gespräch einen Beitrag zur Klärung leisten wird.

Ich schlage für die Diskussion vor, daß wir zunächst die von beiden Rednern berührten Fragen behandeln, insbesondere auch: wie wir in die gegenwärtige Situation hineingeraten sind. Später sollten wir uns dann fragen, wie es mit der Entspannung weitergehen kann.

Schuster

Einer der Kernbegriffe der Charta von Helsinki ist der Begriff der Intervention. In dieser Hinsicht herrscht aber offensichtlich eine Sprachverwirrung im Verhältnis zwischen Ost und West, obwohl beide Seiten die Charta so ernst zu nehmen beanspruchen, wie Herr Matweew es getan hat. Ich stimme mit ihm überein, wenn er sagt, die Charta enthalte die ausführlichste Zusammenfassung von Regeln für die Entspannung, die je aufgestellt worden sind. Die Hoffnung vieler Menschen richtete sich darauf. Man kann nur wünschen, daß viele Menschen diesen detailliert ausgearbeiteten Text mit all den präzisen Formeln genau gelesen haben.

Was nun den Begriff "Intervention" betrifft, so nimmt man zur Kenntnis, daß von sowjetischer Seite etwas als Intervention definiert wird, was von westlicher Seite lediglich als eine Erfüllung von Pflichten entsprechend der Charta angesehen wird. Ich gebe ein Beispiel: Im Prinzipienteil wird die Achtung der Menschenrechte betont und daraus eine gewisse Verpflichtung für die Teilnehmerstaaten abgeleitet, wörtlich: "Sie (die Staaten) werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen Rechte ... fördern und ermutigen." Wenn sich nun etwa eine westliche Rundfunkanstalt auf diese Pflicht beruft und ein Vorgehen, sagen wir, gegen sogenannte Helsinki-Gruppen in sozialistischen Ländern kritisiert, so wird von östlicher Seite diese - im Sinne der Charta - "Pflichterfüllung" als Intervention interpretiert.

Auf der anderen Seite legt man eine militärische Aktion oder die Androhung einer solchen Aktion gegen einen souveränen Staat nicht als Intervention aus, sondern spricht von "brüderlicher" oder "internationaler" Hilfe. Mir geht es jetzt gar nicht um den vielzitierten Korb III, sondern um den grundlegenden Prinzipienteil von Korb I der Charta.

Dieser Teil der Schlußakte von Helsinki enthält ja eine Präzisierung des Interventionsbegriffes. Dort wird im Abschnitt VI - in unmittelbarer Nachbarschaft zum Abschnitt VII über Menschenrechte - die Verpflichtung abgeleitet, sich jeder Form von bewaffneter Intervention oder auch nur der bloßen Androhung einer solchen zu enthalten. Dazu gibt es noch einen besonderen Teil, in dem Fragen der Verwirklichung dieser Prinzipien behandelt werden. Dort wird noch stärker präzisiert und die Verpflichtung abgeleitet, sich jeglicher Gewaltmanifestation zu enthalten, die den Zweck hat, einen anderen Teilnehmerstaat zum Verzicht auf die volle Ausübung seiner souveränen Rechte zu bewegen.

Es ist schwer erklärlich, wie es angesichts eines so klaren Textes zu so unterschiedlichen Interpretationen kommen kann. Liegt hier nicht eine der großen, keineswegs nur semantischen Schwierigkeiten, nachdem sich die Verfasser und die Unterzeichner der Charta von Helsinki unendliche Mühe gegeben haben, die Sachverhalte präzise zu formulieren?

Ich möchte auch noch kurz auf eine andere Formulierung eingehen, die leider sehr gegensätzlich ausgelegt wird. In der Präambel der Charta heißt es: "In der Erkenntnis der engen Verbindung zwischen Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt ... " Die Hervorhebung dieses

Zusammenhangs in der Präambel ist sicher kein Zufall. Dadurch wird von allen Unterzeichner-Staaten klar festgelegt, daß auch außereuropäische Ereignisse in einer Verbindung zu Europa stehen.

Ich wollte gleich zu Beginn einer offenen Aussprache auf diese sprachlichen und politischen Sachverhalte hinweisen, damit nicht Begriffe der Charta in einem Sinne ausgelegt werden, der dem recht präzisen Text nicht entspricht.

Bertram

Entspannung ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, ein Instrument der Politik. Deshalb scheint mir die Antwort auf die von Herrn Kaiser gestellte Frage, wie wir in den gegenwärtigen Zustand hineingeraten sind, verhältnismäßig einfach zu sein. Entspannung betreibt man, wenn man glaubt, die politischen Prioritäten, die man hat, mit Hilfe der Entspannung erfolgreich realisieren zu können. Anderenfalls betreibt man sie nicht. Was in den beiden Eingangsreferaten anklang, läuft doch darauf hinaus, daß man in dieser Hinsicht sowohl in der Sowjetunion als auch in den Vereinigten Staaten skeptisch geworden ist. Für die Sowjetunion haben zwischenzeitlich andere Probleme Priorität gewonnen: Sorgen um Afghanistan, um Osteuropa, um die eigene wirtschaftliche Entwicklung oder um das Verhältnis zu China. Da ist dann Entspannung als Instrument der Politik nicht mehr so sehr relevant.

In den Vereinigten Staaten hat sich in den letzten Jahren Stanley Hoffmann hat darauf hingewiesen - zunehmend Skepsis entwickelt, die dahin geführt hat, daß für Amerika Entspannung ebenfalls nicht mehr so bedeutsam ist. Dieser Wandel in den Prioritäten ist dort nicht zuletzt auf eine Wandlung in der innenpolitischen Stimmung zurückzuführen, eine Stimmung, die gewiß mit dem Trauma von Vietnam und Watergate verbunden ist. Sie ist aber durch die erhebliche psychologische Belastung der letzten 12 Monate noch verstärkt worden. Das kann sich wieder ändern, aber man wird Entspannung nicht einfach als etwas Gutes und Nützliches herbeibeten können.

In Westeuropa dürften die Prioritäten ähnlich liegen. Natürlich sind die Westeuropäer, besonders die Deutschen, weiterhin daran interessiert, daß Stabilität in Europa erhalten bleibt. Aber auch hier sind wachsende Zweifel wach geworden, ob dies mit Hilfe der Entspannung zu erreichen ist. Deshalb scheint mir für den zweiten Teil unserer Diskussion, wenn wir uns der Frage zuwenden, wie es denn weitergehen soll, besonders wichtig zu fragen, welche Prioritäten, die wir in den 80er Jahren haben, sich mit welcher Art von Entspannung verwirklichen lassen. Denn, ich betone es noch einmal, Entspannung ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument der Politik.

Löwenthal

Entspannung ist natürlich kein Selbstzweck, sondern ein Mittel der Politik. Aber es ist ein Mittel zu etwas, das wir alle dringend brauchen. Sie dient nämlich dazu, einen weltweiten Konflikt, der seit Jahrzehnten dauert und noch Jahrzehnte dauern kann, unter Kontrolle zu halten. Das war im Kern die Aufgabe der Entspannung; das bleibt ihr Kern auch heute.

Ich glaube nicht, daß eine Chance besteht, den Ost-West-Konflikt in absehbarer Zeit zu überwinden; denn er ist nicht nur ein Konflikt zweier Machtblöcke, sondern auch zweier Systeme, wobei die herrschende Partei des einen dieser Systeme, des sowjetischen, die ideologischen These vertritt, das Nebeneinander von unterschiedlichen Systemen sei notwendig mit Konflikt verbunden. Lebenswichtig ist, diesen Konflikt unter Kontrolle zu halten, damit er nicht zu einem Weltkrieg führt.

Jede solche Konfliktkontrolle durch Abkommen, durch Kooperation, durch was immer, hat eine Voraussetzung: Die Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichts, und zwar nicht nur auf dem Feld der strategischen Kernwaffen, sondern hinsichtlich des machtpolitischen Gleichgewichts überhaupt. Entspannung setzt Gleichgewicht voraus. Das bedeutet, daß sie stets gefährdet ist, weil wir in einer unstabilen Welt leben, in der sich die Gewichte auf den verschiedensten Gebieten ständig verschieben und deshalb immer von neuem eine Anstrengung gemacht werden muß, um das Gleichgewicht zu erhalten beziehungsweise wiederherzustellen. Das ist in den vergangenen Jahren zunehmend mißlungen. Das ist meine Antwort auf die Frage, wie wir in die heutige Lage hineingeraten sind.

Das Gleichgewicht hat sich sowohl auf dem Gebiet der Rüstung wie auf dem Gebiet des territorialen Einflusses der beiden Machtblöcke verschoben. Auf dem Gebiet der Rüstung hat es sich nach meinem Eindruck - eine Reihe von Amerikanern ist da anderer Meinung - nicht so sehr in den strategischen Kernwaffen verschoben, sondern durch die Einführung der sowjetischen Mittelstreckenwaffen, die Europa mit großer Präzision erreichen können. Es hat sich vor allem auch dadurch verschoben, daß gleichzeitig die sowjetische Kapazität zu globaler konventioneller

Intervention wesentlich gewachsen ist, während die vorhandene amerikanische Kapazität auf diesem Gebiet zeitweise nicht einsetzbar war - aus innerpolitischen Gründen. Das heißt, während die globale Interventionsfähigkeit der Sowjetunion zunahm, hat die globale Handlungsfähigkeit - und übrigens auch die Verhandlungsfähigkeit - der Vereinigten Staaten seit einer Reihe von Jahren abgenommen.

Auf territorialem Gebiet hat es nicht nur eine Verschiebung des Gleichgewichts in eine Richtung gegeben. Im Westen wird im allgemeinen auf Angola, Äthiopien, Südjemen, Kambodscha und Afghanistan hingewiesen. Das sind alles Veränderungen zugunsten der sowjetischen Einflußsphäre. Man kann aber auch eine Gegenrechnung aufmachen. Man kann sagen, daß der Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, auf Kosten des Sowjetblocks wesentlichen Einfluß in Ägypten und damit auf bestimmte Entwicklungen im Nahen Osten gewonnen haben. Äthiopien wurde teilweise durch Somalia kompensiert. Vor allem kann man die große Veränderung anführen, die durch die amerikanisch-chinesische Annäherung bedingt ist.

Zwischen diesen beiden Gewichtsveränderungen besteht ein Unterschied insofern, als sowjetische Territorialgewinne an Einfluß durchweg mit militärischen Mitteln erzielt wurden, was bei den Gegengewinnen des Westens nicht der Fall war. Darin liegt eine gewisse Asymmetrie. Dennoch ist es eine Tatsache, daß nicht nur die sowjetischen militärischen Aktionen Mißtrauen im Westen, sondern auch die amerikanischen nicht-militärischen Erfolge Mißtrauen in der Sowjetunion erzeugt haben. Beide Entwicklungen haben daher zur Untergrabung der Entspannung beigetragen.

Ich stimme Stanley Hoffmann insofern zu, daß sich das Gleichgewicht nicht aufrechterhalten läßt durch eine Art Ehrenkodex des politischen Verhaltens, durch die Erklärung, man wolle sich keine einseitigen Vorteile zuschanzen, durch ein Bekenntnis zu einer stabilen Friedensstruktur. Das ist alles unreal. Real muß das Gleichgewicht aufrechterhalten werden einerseits durch ein Gleichgewicht von Aktion und Gegenaktion, andererseits durch Verhandlungen im konkreten Fall. Wenn die Amerikaner die Fähigkeit zur Gegenaktion gehabt hätten, brauchte es natürlich nicht um Äthiopien zu einem Krieg zu kommen. Aber man hätte dann darüber verhandeln können.

Ich ziehe die Schlußfolgerung, daß die Entspannung in großem Maße dadurch untergraben worden ist, daß auf der einen Seite Ungleichgewichte ausgenutzt worden sind und auf der anderen Seite die Aktionsfähigkeit nicht vorhanden war, um das zu verhindern. Nur wenn die Bereitschaft zu den notwendigen Anstrengungen, die der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dienen, mit der Bereitschaft zu Verhandlungen kombiniert wird, und zwar zu immer neuen Verhandlungen, kann die Entspannung wiederhergestellt und aufrechterhalten werden.

Bahr

Ich stimme im Prinzip mit dem überein, was Herr Löwenthal gesagt hat und möchte es in einigen Punkten ergänzen. Entspannung ist - jedenfalls für mich - immer der Zwang gewesen, den Frieden zu erhalten und den Ausbruch des Dritten Weltkriegs zu verhindern. Ich sehe nicht, daß sich daran etwas geändert hat. Wenn jemand unter Entspannung verstanden hat, daß eine Situation heraufdämmt, in der man die unterschiedlichen Interessen vergessen, wegdiskutieren oder durch Erklärungen abschaffen könnte, mußte das zu einer Enttäuschung führen. Mit anderen Worten: Es wird auch mit der Entspannung weiterhin unterschiedliche Interessen geben; es wird Konkurrenz geben und das Nebeneinander von Vereinbarungen auf partiellen Gebieten, die durch gemeinsame Interessen diktiert sind. Es wird weiterhin den gleichzeitigen Versuch geben, Vorteile auf anderen Gebieten zu erreichen. Das alles läßt sich nicht abschaffen.

Es gibt einen zweiten Grund, den man nicht unterschätzen sollte, weshalb Entspannung zu dem heutigen Zustand geführt hat. Herr Matweew hat auf die Stabilität der Sowjetunion hingewiesen - er hat recht: Es gibt in der Sowjetunion eine Stabilität der Regierung und eine Kontinuität der Ziele, die über viele Jahre hinweg verfolgt werden. Wir haben in den Vereinigten Staaten nicht die gleiche Stabilität von Administration und Zielen. Diese Ungleichgewichtigkeit kann auf Dauer nur durch Vereinbarungen ausgeglichen werden. Wenn es richtig ist, daß wir in Europa durch die bisherigen Verträge zwischen Ost und West ein hohes Maß an Stabilität erreicht haben, ergibt sich daraus die Konsequenz, daß man versuchen sollte, die hier gemachten Erfahrungen auch bei anderen Regionen der Welt anzuwenden.

Hier ist über die Unmöglichkeit diskutiert worden, ein Kondominium zwischen den Supermächten zu errichten. Auf der anderen Seite wurde gefordert, man sollte eine "comprehensive attitude" erreichen. Ich kann mich im Grunde nicht darüber aufregen, daß die Sowjetunion oder andere, auch westliche Staaten, versuchen, dort ihre Vorteile zu suchen, wo sie sie finden können, ohne durch Absprachen oder durch etwas anderes daran gehindert zu werden. Ich beurteile das Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan nicht anders als das, was hier darüber gesagt worden ist. Aber ich habe die Vorstellung

unseres Freundes Kissinger immer als eine Illusion empfunden, daß man mit einigen Sätzen, wie sie im Jahre 1972 vereinbart worden sind, den Versuch der Sowjetunion, einseitige Vorteile in anderen Teilen der Welt zu erreichen, einfach unterbinden könnte.

Entspannung müßte deshalb in den 80er Jahren darauf abzielen, auf einzelnen Sektoren und in einzelnen Regionen, wo das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Friedens und des Gleichgewichts es ermöglicht oder nahelegt, zu Vereinbarungen zwischen Ost und West zu kommen, um den Kreis der Sektoren und Regionen zu verringern, in denen oder durch die eine neue Gefahr für den Weltfrieden entstehen kann. Das kann auf dem Gebiet der militärischen Rüstungen sein, das kann durch Absprachen über und für eine Reihe von Regionen in der Welt geschehen. Beides wären begrenzte Ziele, schwer genug zu erreichen, aber nötig, um friedensgefährdende Entwicklungen in einigen Gebieten, sei es durch das Wettrüsten, sei es durch Explosionen in bestimmten Regionen zu verhindern.

Birnbaum

Entspannungspolitik der 70er Jahre war für mich die Kombination einer gewissen gegenseitigen Zurückhaltung und die Suche nach Kooperation auf Gebieten, wo eine Interessenübereinstimmung feststellbar war. Zugleich war Entspannung aber mit fortgesetztem Wettbewerb und Konflikt verbunden. Alle drei Komponenten sind wichtig; sie wurden aber überschattet durch das Anliegen der Friedenssicherung. Deshalb war Ausgangspunkt und Kernstück der Entspannungspolitik in Europa, zumindest was die Bundesrepublik anging, der Gewaltverzicht.

Es scheint mir wichtig, dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt festzuhalten, weil dieses Kernstück mit der Invasion in Afghanistan zwar formal nicht verletzt, aber doch tatsächlich mit Füßen getreten worden ist; denn dort wurde der Gewaltverzicht einfach beiseite geschoben - um es milde auszudrücken. Selbst wenn die KSZE-Schlußakte nicht ausdrücklich für die ganze Welt gültig ist, so ist darin doch gerade der Gewaltverzicht als ein allgemein gültiges Prinzip herausgestellt worden.

Entspannungspolitik ist und bleibt Interessenpolitik, so wie es hier alle Vorredner ausgeführt haben. Wenn aber die Interessen so wahrgenommen werden, daß die gegenseitigen Vorteile nicht mehr ausgewogen sind - und in der Situation scheinen wir uns zu befinden;- , dann ist die Fortsetzung der Entspannungspolitik gefährdet.

Warum befinden wir uns in dieser Situation? Dafür könnte man eine Reihe von Ursachen nennen. Zwei, die noch nicht genügend dargelegt sind, möchte ich zur Sprache bringen. Das eine betrifft die allgemeine Tendenz zu einer Militarisierung der internationalen Politik. Das wird heute mit Recht von vielen Politikern bedauert. Das gilt auch für konservative Politiker; ich denke zum Beispiel an den früheren Führer der Konservativen in England, Edward Heath, der in der letzten Alastair Buchan Memorial Lecture darauf hingewiesen hat, daß in einer immer unsicherer werdenden Welt die Versuchung, die militärischen Machtmittel weit stärker in den Vordergrund zu stellen, eine verständliche, aber bedauerliche Reaktion ist.

Die Militarisierung der internationalen Politik hat dazu geführt, daß zwar die Entspannungsrhetorik weitergeführt wurde, gleichzeitig aber die Aufrüstung immer stärker die Realität bestimmte. Im Lichte dieser Diskrepanz zwischen Entspannungsrhetorik und Realität der Aufrüstung wurde die Ost-West-Politik von der öffentlichen Meinung schließlich als unglaubwürdig empfunden. Das gilt in hohem Maße, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, sowohl für Westeuropa als auch für die Vereinigten Staaten.

Die zweite Ursache betrifft die Frage der Vorhersehbarkeit, der Berechenbarkeit. Dies wird in vielen offiziellen Erklärungen als Voraussetzung für eine Rückkehr zu irgendeiner Art von Entspannung bezeichnet. Egon Bahr hat darauf eben erneut zu Recht hingewiesen. Mehr Vorhersehbarkeit, nicht zuletzt auch in der amerikanischen Politik, ist eine wichtige Voraussetzung für eine Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses. Nur sollten wir uns in dieser Hinsicht nicht allzu große Hoffnungen machen. Die Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit, die die Lage zu Anfang der 70er Jahre geprägt haben, sind nicht wieder zu erreichen, denn die Welt hat sich seither wirklich verändert. Es gibt neue Akteure mit größerem Einfluß. Auch die Politik in Europa hat sich weiterentwickelt; die Partikularinteressen einiger westeuropäischer Mächte, aber auch bestimmte Partikularinteressen von Ländern im Osten, haben sich stärker herausgeschält.

Es wird also notwendig sein, mit einer gewissen Differenzierung der Interessen zwischen Ost und West weiterzuleben und dennoch zu versuchen, sie im Rahmen einer größeren Berechenbarkeit zu kanalisieren.

Owtschinnikow

Welches sind die Ursachen für eine Zuspitzung der internationalen Lage an der Schwelle der 80er Jahre? Wenn wir diese Ursachen schärfer herausarbeiten, fällt es uns sicherlich auch leichter, einen Ausweg aus der entstandenen Lage zu finden.

Herr Hoffmann hat, als er die Beweggründe der Sowjetunion und ihre Vorteile aus der Entspannungspolitik aufzählte, gesagt, die Sowjetunion habe damit gerechnet, über die Entspannung den Einfluß der Vereinigten Staaten in Westeuropa abbauen zu können. Er führte weiter aus, die USA seien Mitte der 70er Jahre geneigt gewesen, diesen Einfluß tatsächlich zu verringern, aber jetzt hätten sie die Absicht, ihre Präsenz in Westeuropa wieder stärker durchzusetzen. Letzteres trifft sicher zu; dem ersten Teil seiner Behauptung kann ich nicht zustimmen.

Man könnte, was die politische Weltanschauung der USA angeht, tatsächlich von einem Vietnam-Syndrom sprechen. Nach dem traurigen Ergebnis des Vietnam-Krieges hat sich der Eindruck verstärkt, daß die USA nicht imstande sind, sich überall einzumischen und die Rolle des Weltpolizisten zu spielen. Man könnte heute genauso von einem Iran-Syndrom sprechen. Den Anstoß dazu gab die Revolution in Iran.

Im Hinblick auf die Ursachen der Zuspitzung wurde hier der sowjetisch-amerikanische Faktor besonders hervorgehoben. Ich meine aber, daß wir noch einen weiteren Faktor erwähnen müßten. Er besteht darin, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den USA auf der einen Seite und ihren Verbündeten Westeuropa und Japan auf der anderen Seite zuungunsten der USA verändert hat. Im Pro-Kopf-Einkommen hat Japan die USA bereits überflügelt, das heißt: Die effizienteste Wirtschaft ist zur Zeit die japanische. Beim Anteil am Weltexport hat die Bundesrepublik die USA überflügelt.

Aus unserer Sicht stellt sich hier die Frage: Ist die Abkehr von der Entspannung und die Hinwendung zur Konfrontation für die USA nicht möglicherweise ein Mittel, um diesen Prozeß, wenn nicht aufzuhalten, so doch wenigstens zu hemmen? Denn im internationalen Kräfteverhältnis ist es für die USA leichter, in einer Atmosphäre der Konfrontation als in einer Atmosphäre der Entspannung den Verbündeten ihren Willen aufzuzwingen. Es klingt besser, an die alliierte Solidarität zu appellieren und zu fordern, daß sie in einer Reihe marschieren. Dafür hat es zahlreiche Beispiele gegeben, ich denke an die Sanktionen gegenüber Iran oder gegenüber der Sowjetunion. Es haben die Fälle zugenommen, in denen die USA, indem sie an die Solidarität appellierten, den Verbündeten diese oder jene Haltung, diese oder jene Schritte aufzunötigen suchten.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Der Übergang von der Entspannung zur Konfrontation, also das Schüren des Wettrüstens, des Rüstungswettlaufs, führt zu einer Steigerung der Militärausgaben. Die Frage ist, ob die Forderung, die NATO-Länder sollten ihre realen Militärhaushalte jährlich um drei Prozent steigern und auch Japan sollte seine militärischen Anstrengungen ebenfalls vergrößern, nicht auch ein Nebenziel verfolgt. Je mehr die Militärausgaben auf den Verbündeten lasten, desto schwächer werden ihre Positionen im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf in der internationalen Arena.

Ein dritter Punkt aus unserer Sicht: Bekanntlich sind die Vereinigten Staaten hinter Japan und auch hinter einer Reihe von westeuropäischen Staaten in der Entwicklung besonders fortschrittlicher Formen des Handels und langfristiger Handelsverträge zurückgeblieben. Ich nenne nur die Kompensationsgeschäfte zwischen Ost und West. Liegt nicht dem Übergang zur Konfrontation auch die Absicht zugrunde, die Verbündeten hier zum Rückzug zu zwingen; sie dazu zu bringen, auf die Ausnutzung der Vorteile an diesem etwas höheren Stadium der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu verzichten? Ein besonders anschauliches Beispiel dafür ist die Forderung der USA, keine Geschäftsabschlüsse über 100 Millionen Dollar zu tätigen. Das betrifft in erster Linie Länder wie Japan und die Bundesrepublik.

Der vierte Punkt schließlich zielt auf die globale Umverteilung der Kräfte, die gegenwärtig im Zusammenhang mit der Steigerung der militärischen Präsenz der USA im Persischen Golf vorgenommen wird. Man fordert von den Verbündeten, daß sie jene Lücken füllen, die im vorhandenen militärischen Aufgebot in Westeuropa und in Japan entstehen. Dadurch bindet man sozusagen die Westeuropäer und legt sie auf Konflikte fest, die sich außerhalb von Westeuropa abspielen.

Ich möchte damit nicht sagen, daß die Sowjetunion beabsichtigt, wie Herr Hoffmann meinte, einen Keil zwischen die USA und ihre Verbündeten zu treiben. Im Gegenteil, da wir an der Entspannung und nicht an der Konfrontation interessiert sind, sollte man besser andere Formen finden. Statt die Verbündeten anzuhalten, das Entwicklungstempo der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion zu drosseln, könnten die USA doch mit den Verbündeten gleichziehen. Statt eine Steigerung der

Rüstungsausgaben zu fordern, könnten die USA ihre Beziehungen zur Sowjetunion ihrerseits ausbauen und selbst die militärischen Lasten abbauen.

Bertram

Heißt das, daß aus Ihrer Sicht die Verschlechterung der internationalen Lage ausschließlich auf die Vereinigten Staaten zurückzuführen ist, die sowjetischen Aktionen jedoch in keiner Weise dazu beigetragen haben?

Bahr

Ich finde, daß es einen seltsamen Eindruck macht, wenn die sowjetischen Kollegen an die Eigeninteressen der amerikanischen Verbündeten in Europa appellieren, gleichzeitig aber, wenn aus Westeuropa an die Eigeninteressen der sowjetischen Verbündeten in Osteuropa appelliert wird, dies als Einmischung betrachten und die Geschlossenheit der Sowjetunion mit ihren sowjetischen Verbündeten betonen.

Owtschinnikow

Ich bin der Ansicht, daß die Hauptursache für die Hinwendung zur Konfrontation in dem Bestreben der Vereinigten Staaten liegt, die militärische Überlegenheit auf einer neuen Basis zu erlangen, das heißt den Wettstreit mit der Sowjetunion auf die regionale Ebene zu verlagern.

Herr Hoffmann erwähnte das Dokument, das beim Besuch von Präsident Nixon 1972 in Moskau unterzeichnet wurde. Warum erinnert sich heutzutage niemand mehr daran, unter welchen konkreten internationalen Bedingungen dieser Besuch vor sich ging? Damals hatten die Vereinigten Staaten gerade ihre Kampfhandlungen nicht nur in Südvietnam und auf Kambodscha ausgedehnt, sondern sie bombardierten auch die Demokratische Republik Vietnam, einen sozialistischen Staat. Unter anderem wurde der Hafen von Haiphong vermint. Auch sowjetische Schiffe wurden dabei beschädigt. Damals hatte die Sowjetunion ebenfalls Grund, Sanktionen gegen die Vereinigten Staaten anzuwenden, um sie zu bestrafen. Wir haben dies nicht getan.

Die Vernunft, die Weitsicht und die Nüchternheit, die seinerzeit von uns an den Tag gelegt wurde, ungeachtet der außerordentlich komplizierten Umstände jenes Besuches, haben uns in die Lage versetzt, eine positive Wendung im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis herbeizuführen. Das hat damals auch die internationalen Beziehungen sehr positiv beeinflußt.

Matwejew

Die Ursache für die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Spannungsbereich scheint mir nicht so sehr im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis und auch nicht im Verhältnis zwischen Westeuropa und der Sowjetunion zu liegen, sondern vielmehr in der Dritten Welt. Dieses Problem kommt mir aber konstruiert vor. Warum? Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben keine wirtschaftlichen Interessen in den Ländern der Dritten Welt, zumindest nicht in dem Maße wie die USA oder Westeuropa. In Angola zum Beispiel beutet das amerikanische Unternehmen Gulf Oil die Erdölvorräte von Kabinda aus, Erdöl, das von kubanischen Soldaten bewacht wird.

Operationen dieser Art, das heißt unser Eingehen auf Bitten dieser oder jener Regierung in der Dritten Welt, sind für uns mit beträchtlichen materiellen Verlusten verbunden. Wir erzielen dadurch keinerlei Gewinne. Ich bin daher der Ansicht, daß in den wirtschaftlichen Interessen eine der Hauptursachen für die Komplikationen zu suchen ist.

Mates

Die Verteufelung der einen oder der anderen Seite, die Auslegung, die eine oder die andere Seite habe uns böswillig in die heutige Situation gebracht, halte ich für keine gute Methode, obwohl in allen diesen Auslegungen sicher auch ein Körnchen Wahrheit enthalten ist.

Ich stimme Herrn Löwenthal zu, daß das Ziel der Entspannung war, einen Weltkrieg zu verhüten. Mit anderen Worten, der Kalte Krieg wurde als zu gefährlich und, füge ich hinzu, als unzweckmäßig angesehen. Durch den Kalten Krieg konnte keines der Ziele, die man sich gesetzt hatte, erreicht werden. Daraufhin kam es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre zwischen den beiden Supermächten zu einem Ausgleich in den strategischen Waffen. Tendenziell wurde ein Status quo angestrebt, der es erlaubte, die Konfrontation zwar weiterzuführen, aber in einer gemäßigten Form. Wenn wir uns auf eine solche Definition einigen, verschwindet auch der Glanz, der auf den ersten Jahren der Entspannung gelegen hat.

Wir sind heute realistischer als zu Beginn der 70er Jahre. Prinzipiell hat sich nichts geändert, nur weil der Versuch, auf der Grundlage eines zeitweiligen Status quo, eine Entspannung, also eine Mäßigung der Konfrontation herbeizuführen, mißlungen ist. Ein Grund für das Mißlingen liegt sicher darin, daß der Versuch oberflächlich war; entscheidend aber ist, daß in der ganzen Welt und in den verschiedensten Sektoren erhebliche krisenhafte Veränderungen stattgefunden haben, die immer größere Ungleichheiten zur Folge hatten. Anstelle eines Status quo haben wir eine Dynamik ungleicher Bewegungen erlebt. Logisch stellt sich angesichts dieser Entwicklung folgende Alternative: Entweder korrigiert man die Ungleichheiten, oder man versucht, in diesen Ungleichheiten einen gewissen Status quo zu erhalten.

In den 70er Jahren haben die dynamischen Veränderungen, zum Beispiel in den Waffenentwicklungen - etwa die Möglichkeit, Waffen und Truppen über große Entfernungen einzusetzen;- , auf beiden Seiten dazu geführt, die Mäßigung allmählich aufzugeben, um herauszuspüren, wie weit man gehen kann, ohne in den Kalten Krieg zurückzufallen. Herr Löwenthal hat solche Aktivitäten auf beiden Seiten aufgezählt, seien sie nun militärischer oder nicht-militärischer Art. Das ist die Realität; aber diese Realität hat fortwährend bestanden, und damit werden wir auch in Zukunft leben müssen.

Sommer

Wie ist es zu dieser Situation gekommen, in der wir uns am Ende des Jahres 1980 befinden? Zunächst: Die Entspannung war ein begrüßenswerter und notwendiger Ansatz; aber es war immer klar, daß dieser Prozeß sich nicht im Selbstverlauf verwirklichen würde. Entspannung - das konnte man auch 1970 schon erkennen - war von vornherein keine pflegeleichte Ware, sondern bedurfte des schonenden Umganges. Die Vertrauensbildung zwischen Ost und West hätte also nicht auf das eher technisch spezialisierte Fach der vertrauensbildenden Einzelmaßnahmen abgeschoben werden dürfen, sondern durch die Gesamtpolitik ermöglicht werden müssen.

Dieses wäre erst recht angesichts der Risiken nötig gewesen, mit denen der Entspannungsprozeß in Europa von Beginn an behaftet war. Ich habe stets drei solcher Risiken gesehen.

Das erste Risiko lag in dem Stellenwert, welcher der Ideologie in östlichen Systemen zugesprochen wird. In dem Augenblick, als die Entspannung begann, setzte auf der östlichen Seite zugleich eine Verschärfung des ideologischen Wettkampfes ein. Mit der Grenzöffnung ging eine Abgrenzung einher. Zumindest im Ideologischen wurden die Gegensätze stilisiert und ritualisiert, statt daß sie sich in der Praxis abgeschliffen hätten.

Zweitens: Es bestand von Anfang an die Möglichkeit von Kollisionen in der Dritten Welt. Herr Löwenthal hat die eine Ereigniskette von Angola bis Afghanistan aufgeführt. Dieses Ausgreifen der Sowjets, ihre Einmischung in fernab gelegenen Regionen, fing genau in dem Moment an, als die Vereinigten Staaten begannen, sich aus ihrem Vietnam-Abenteuer zurückzuziehen, so daß der Eindruck entstehen mußte, dieser Rückzug werde von der sowjetischen Seite nicht honoriert, sondern ausgenutzt.

Das dritte Risiko bestand in der Gefahr spontaner Ausbrüche in den osteuropäischen kommunistischen Staaten. Wir haben das Stichwort Polen bisher kaum erwähnt. Hier verdichtet sich das Risiko, das über dem gesamten Entspannungsprozeß schwebt, ganz aktuell: ein spontaner Ausbruch dort und die mögliche Reaktion der Sowjetunion. Diese Reaktion kann für eine lange Zeit alles zerstören, was wir in den letzten zehn Jahren geschaffen haben.

Die Entspannungspolitik befindet sich heute in der Krise, weil sich diese drei Risiken im Jahre 1980 materialisiert haben. Es gibt eben nicht nur vertrauensbildende, sondern auch vertrauenszerstörende Maßnahmen. In Madrid oder sonstwo über vertrauensbildende Einzelmaßnahmen zu reden, während in Afghanistan oder in Polen das Vertrauen zutiefst zerstört wird, wäre pure Heuchelei und Zeitverschwendung.

Der Prozeß, der in Helsinki begann und zur Zeit in Madrid fortgesetzt wird, dient einer Konferenz, die in ihrem Titel die beiden Elemente enthält, um die es geht: Sicherheit und Zusammenarbeit. Es gibt nun einmal zwischen beiden - ob Sie das Junktim, Linkage oder wie immer nennen - eine enge sachliche Verknüpfung. Wenn die Sicherheit ins Wanken gerät oder die Empfindung wächst, die Sicherheit drohe ins Wanken zu geraten, wird zwangsläufig die Bereitschaft zur Zusammenarbeit geringer werden. Wer mehr Zusammenarbeit will - und wir sollten sie weiterhin wollen;- , muß es möglich machen, daß wir uns auf dem Sicherheitsfelde nicht die Sorgen machen müssen, die wir uns heute machen.

Hassner

Die Fortsetzung der Entspannung hängt in der Tat von dem ab, was Herr Löwenthal über die Schaffung eines Gleichgewichts und über den Dialog zwischen den Supermächten gesagt hat. Doch kann es in Zukunft für beide Supermächte nur dann zu einer fruchtbaren Entspannung kommen, wenn sie sich darüber klarwerden, daß ihre Fähigkeit begrenzt ist, Veränderungen in ihren eigenen Gesellschaften und in ihren Herrschaftsbereichen sowie in der Dritten Welt zu verhindern oder zu bewirken.

Nach meiner Ansicht kann der Versuch der westeuropäischen Länder, von der Entspannung in Europa zu retten, was zu retten ist, nur gelingen, wenn man die Schwächen berücksichtigt, die sich aus einer solchen Einstellung gegenüber den Ereignissen außerhalb Europas und gegenüber dem, was in den östlichen Gesellschaften vor sich geht, ergeben.

Historisch gesehen sind Entspannung und Kalter Krieg in gewisser Hinsicht das gleiche, nämlich ein Gemisch aus Konflikten und dem Versuch, kriegerischen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Es hat bisher nur vier oder fünf Jahre gegeben, in denen der Konflikt absolut vorherrschte, das war die Zeit von 1948 bis zum Tode Stalins. Auf der anderen Seite gab es auch nur vier oder fünf Jahre, in denen die Zusammenarbeit eindeutig überwog, nämlich in der Zeit zwischen 1969 und 1973/74.

Schon 1973/74 sind wir in eine neue Periode eingetreten, die ich den "Heißen Frieden" nennen möchte. In dieser Phase führte die Entspannung, indem sie neue Konflikte und Spannungen heraufbeschwor sowie neue Prioritäten setzte, zu einem größeren Stabilitätsverlust, als das während des Kalten Krieges der Fall war.

Meiner Ansicht nach befinden wir uns jetzt in einer dritten Periode, und wenn einige Europäer meinen, wir könnten einfach mit der Entspannungspolitik der 70er Jahre weitermachen, so ist das ebenso illusorisch wie die von einigen Amerikanern vertretene Meinung, man könne zum Kalten Krieg der 50er Jahre zurückkehren.

Wir müssen zwischen drei Ebenen der Entspannung unterscheiden: Erstens die Vermeidung des Atomkrieges, eine Situation, die bereits zur Zeit Stalins und John Forster Dulles gegeben war. Nur besteht vor allem seit der Kubakrise ein geschärftes Bewußtsein dafür, daß zur Vermeidung eines Atomkrieges Kommunikation erforderlich ist. Die zweite Ebene betrifft die in unseren Gesellschaften herrschende Ansicht, daß neue Prioritäten gesetzt werden müssen, sei es im Inneren, sei es beim Nord-Süd-Dialog oder bei neuen Konflikten, die den Ost-West-Konflikt, der nach wie vor besteht, in den Hintergrund gedrängt haben. Als drittes sind die politischen Pläne zu sehen, mit deren Hilfe die verschiedenen Akteure versucht haben, die ersten beiden Bedingungen wirksam werden zu lassen.

Wie Stanley Hoffmann gezeigt hat, sind die politischen Pläne der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion fehlgeschlagen. Ich möchte hinzufügen, daß die Westeuropäer die Hoffnung hatten, eine Veränderung könne auf so harmonischem Wege herbeigeführt werden, daß kein Konflikt entsteht. Die Annahme, sie könnten einen modus vivendi finden, indem sie sich von Krisen in der Dritten Welt oder in Osteuropa isolieren lassen, hat sich aber durch die Ereignisse in Afghanistan, in Polen und durch den Iran-Irak-Konflikt als wenig realistisch erwiesen.

Wenn das auch eine Illusion ist, so lassen sich doch die neuen Prioritäten und die neuen Konflikte in den Gesellschaften der Dritten Welt nicht einfach wie ein Flaschenteufel in die Flasche zurückbeordern, damit entweder der Kalte Krieg oder ein Kondominium an ihre Stelle treten. Und darauf kommt es mir an: Erst wenn die Supermächte die neuen Grenzen ihrer Macht in ihren Herrschaftsbereichen, in ihren Gesellschaften und in der Dritten Welt erkennen und beachten, können sie zu einem neuen modus vivendi gelangen.

Dabei muß Westeuropa einsehen, daß eine Entspannung in Europa nicht möglich ist, wenn man die Krisen außerhalb Europas, die diese Entspannung bedrohen, nicht bewältigt. Man kann den Entspannungsprozeß nicht irreversibel machen, wenn man ihn nicht gewissen Bedingungen unterwirft und der anderen Seite zeigt, daß die Entspannung abhängig von ihrem Verhalten ist. Man muß deutlich machen, daß das, was in Polen oder in der DDR geschieht, möglicherweise noch mehr als die Ereignisse in Afghanistan die Entspannung gefährdet, der sich die Westdeutschen, die Westeuropäer und die Amerikaner zu Recht verpflichtet fühlen.

Schmidt

Entspannung wurde hier definiert als eine Grundlinie außenpolitischen Handelns, die auf die Verhinderung des Krieges, auf das Austragen von Konflikten mit nicht kriegerischen Mitteln gerichtet

ist. Ich stimme dem völlig zu. Ich bin ebenso der Meinung, daß die Entspannungspolitik auf beiden Seiten durchaus aus unterschiedlichen Motiven angegangen wurde, wie Herr Bahr ausführte. Entscheidend war jedoch, daß diese unterschiedlichen Motive in einer Vielzahl von Fällen zu Schnittpunkten führten, die Übereinkommen in überregionalem und regionalem Sinne ermöglicht haben, beispielsweise auch in den Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Nach diesen Schnittpunkten auch in Zukunft zu suchen, ist außerordentlich wichtig, wenn wir über die Perspektiven der Entspannung in den 80er Jahren sprechen.

In dem Zusammenhang komme ich auf die Frage des militärischen Gleichgewichts. Der Weg der Entspannungspolitik konnte nicht zuletzt deshalb beschritten werden, weil sich gerade in dieser Beziehung viele Linien fanden, die zu solchen Schnittpunkten führten. Vor allem in der ersten Hälfte der 70er Jahre hat sich ein militärisches Gleichgewicht herausgebildet, das den Einstieg in die Entspannung ermöglicht und zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges beigetragen hat. Besonders Europa hat sie eine lange Periode der Friedenssicherung gebracht. Zugleich haben sich auch Möglichkeiten eröffnet, in erfolversprechenden Verhandlungen über die Reduzierung der militärischen Konfrontation einzutreten, wenn ich etwa an den SALT-Prozeß denke.

Nun ist zweifellos das annähernde militärische Gleichgewicht eine außerordentlich komplizierte Kategorie. Um es zu definieren, ist gewiß eine ganze Reihe von Kriterien heranzuziehen. Ich betone besonders, daß dabei nicht nur quantitative, sondern auch qualitative, nicht nur überregionale, sondern auch regionale Gesichtspunkte eine Rolle spielen. In dieser Hinsicht ist meine Überzeugung - hier unterscheide ich mich von einigen meiner Vorredner;-, daß das annähernde militärisch-strategische Gleichgewicht nach wie vor gegeben ist, vor allem wenn es in dem Sinne verstanden wird, daß es beiden Seiten unmöglich ist, einen vernichtenden Erstschlag zu führen, indem man die Zweitschlagskapazität ausschaltet. Insgesamt ist dieses militärische Gleichgewicht geeignet, weitere Schritte sowohl der politischen wie auch der militärischen Entspannung zu ermöglichen.

Gerade über diese Frage gibt es zahlreiche Diskussionen. Auch hinsichtlich des militärisch-strategischen Gleichgewichts gibt es nicht nur zwei, sondern mehrere Denkschulen. Einige Auffassungen gehen davon aus, Gleichgewicht bestünde dann, wenn auf der einen Seite eine gewisse - ich will nicht sagen: Überlegenheit - aber doch gewisse Vorteile vorhanden sind. Ich erkenne das heute in einigen amerikanischen Denk- und Verhaltensweisen. Es gibt andere Auffassungen, die meinen, man müsse beim Gleichgewicht jede Waffenart und jeden speziellen Fall für sich betrachten. Es gibt ferner eine Richtung, die darauf ausgeht, gewissermaßen zwei Ebenen herzustellen, nämlich eine zwischen den USA und der UdSSR und eine andere, mehr NATO-betonte, zwischen Westeuropa und der UdSSR. Das würde möglicherweise auf eine Verdoppelung der Potentiale hinauslaufen, was ich für außerordentlich problematisch halte.

Ich greife nur ein Problem heraus. Herr Hoffmann sagt, man solle die Direktive 59 nicht zu ernst nehmen. Ich stimme in einer Hinsicht zu: Es ist keine neue Linie, eine solche Überlegung spielte schon lange Zeit eine Rolle. Neu ist aber die Verknüpfung mit mindestens vier Arten von neuen Waffensystemen: MX, Trident, radarunabhängige Flugzeuge und die Mittelstreckenraketen, die in Westeuropa stationiert werden sollen. Da ergibt sich eine neue Qualität, die Besorgnis hervorruft, nicht nur auf Seiten der sozialistischen Staaten, sondern, wie ich bemerke, auch in anderen Staaten. Darüber wird ja diskutiert.

Bertram

Es bleibt aber nach wie vor eine Abschreckungsstrategie.

Schmidt

Darüber kann man sicher diskutieren. Auf alle Fälle läuft es darauf hinaus - Sie kennen die Diskussion in der Pugwash-Konferenz;-, einen Nuklearkrieg denkbar und durchführbar zu machen. Darin sehe ich die Gefahr, die auch psychologisch in diesem Konzept liegt.

Wenn wir über die Perspektiven und über die nächsten Schritte der Entspannung sprechen, sollten wir die Kategorie des Gleichgewichts ernst nehmen und sie in einen Zusammenhang mit den Fragen der beiderseitigen ausgewogenen Sicherheit stellen. Wir sollten sie auch in Verbindung mit Vorschlägen sehen, die auf den verschiedenen Ebenen das Einfrieren von Rüstungen betreffen, ebenso mit den vertrauensbildenden Maßnahmen, mit Reduzierungsschritten und anderen.

In diesem Sinne müßte an die positive Entwicklung, die in den 70er Jahren zur Geltung gebracht wurde, angeknüpft werden. Vor allem muß verhindert werden, daß sich die Entwicklung des militärischen Gleichgewichts auf eine immer höhere Stufe zubewegt, muß eine Eskalation vermieden

werden. Gleichgewicht darf nicht - bildlich gesprochen - als eine Waage verstanden werden, auf die die eine oder die andere Seite immer noch zusätzlich etwas darauflegt, bis die Waage dann eines Tages zusammenbricht, also das ganze System verlorengeht. Gleichgewicht sollte vielmehr als eine Kategorie verstanden werden, welche Schritte ermöglicht, die zu einer Senkung der militärischen Konfrontation führen und damit auch die Gewichte verringern, die auf beiden Seiten der Waage liegen.

Iwanow

Wir haben unsere bisherigen Erörterungen der Bilanz der Entspannung gewidmet. Das ist wichtig und richtig. Mir scheint indes, in der Einschätzung dieser Bilanz waren wir bislang etwas einseitig. Wir haben bis jetzt vor allem davon gesprochen, was uns nicht gelungen ist zu realisieren; dagegen sind die positiven Momente der Entspannung meiner Meinung nach zu kurz gekommen.

Zunächst sollten wir uns der Tatsache bewußt sein, daß Europa seit 35 Jahren in Frieden lebt und in keinen militärischen Konflikt hineingezogen wurde. Eine so lange Friedenszeit hat Europa noch nie in seiner gesamten Geschichte erlebt.

Herr Hoffmann sagte, das Wort Entspannung sei aus dem politischen Sprachgebrauch der USA verschwunden. Möglicherweise ist das so; aber die Entspannung ist zu einem der wichtigsten Elemente der Weltpolitik und zu einer allgemein anerkannten Alternative des Krieges geworden. Wieviel Zeit verbringen die Diplomaten in Verhandlungen über die Entspannung. Die Abkommen aus der Anfangszeit der Entspannung werden eingehalten. Es darf hier mit Genugtuung festgestellt werden, daß zum Beispiel das SALT-I-Abkommen erfüllt worden ist. Das Abkommen zur Abwendung von Zwischenfällen auf hoher See hat ebenfalls funktioniert. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, daß es zu irgendwelchen Zusammenstößen gekommen wäre.

Wir haben auch gut daran getan, über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu verhandeln. Wir sind nahe daran, Kernwaffenversuche vollkommen zu verbieten. Zumindest ist es uns gelungen, die Höchstgrenzen für die weitere Steigerung der Vernichtungskraft der nuklearen Sprengköpfe herabzusetzen. Auf Helsinki folgten Belgrad und Madrid. Solche positiven Momente könnte man noch und noch anführen.

Ich bin Wirtschaftswissenschaftler - nun, über die Wirtschaft haben wir bisher noch gar nicht gesprochen. Möglicherweise werden mir die hier anwesenden Politiker nicht zustimmen, ich bin aber der Meinung, daß kein politisches Abkommen von Dauer sein kann, wenn es einer wirtschaftlichen Basis entbehrt. Auf diesem Gebiet haben wir auch einiges erreicht. Es ist uns gelungen, unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Weststaaten auf eine langfristige, rechtlich-verbindliche Grundlage zu stellen. Wir haben begonnen, neue Formen der Zusammenarbeit zu praktizieren.

Gegenwärtig legen wir in der Sowjetunion die wirtschaftliche Entwicklung für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus fest. Dabei gehen unsere Planungs- und Wirtschaftsfachleute davon aus, daß die Sowjetunion ein Teil der Weltwirtschaft ist. Wir nutzen immer häufiger den Import als Alternative für unsere eigene Produktion. Der Grad der Abhängigkeit der Sowjetunion vom Außenhandel läßt sich heute durchaus mit der Abhängigkeit der USA vergleichen. So importieren wir 15 Prozent unserer neuen Ausrüstungen; 15 Prozent der Konsumgüter auf dem Inlandmarkt sind ebenfalls importiert. Davon kommen 5 Prozent aus dem Westen und 10 Prozent aus den sozialistischen Ländern. Selbstverständlich gibt es in diesem Bereich auch einige Probleme.

Auch was Korb II der Schlußakte von Helsinki angeht, gibt es gegenseitige Verpflichtungen für beide Seiten. Gerade hier hat man der Sowjetunion nichts vorzuwerfen. Wir haben seither keinen einzigen Versuch unternommen, der so gedeutet werden könnte, als wollten wir unsere westlichen Partner schädigen.

Auf der anderen Seite dürfen wir nicht vergessen, daß der Westen in den 70er Jahren keinerlei Liberalisierung des Handels mit der Sowjetunion zugelassen hat. Es wurde nicht einmal das erreicht, was seinerzeit von der OECD beschlossen wurde. Und im Jahre 1980 sind wir erneut von zahlreichen Handelseinschränkungen betroffen. Wir sehen darin einen Versuch, gerade die materielle Basis zu verschlechtern, die als Fundament der Entspannung dienen sollte.

Ich bin auch der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten auf diesem Wege versuchen, Europa daran zu hindern, den sowjetischen Markt zu erschließen. Bei der bestehenden Gesetzgebung in den USA sind die amerikanischen Firmen auf unserem Markt gegenwärtig nicht konkurrenzfähig. Daher bekommen sie natürlich unsere Aufträge nicht.

In Europa hat sich die Situation anders entwickelt. Jetzt heißt es jedoch, es bestehe die Gefahr, daß Europa von der Sowjetunion abhängig werde. Ich persönlich denke, daß es sich nicht um Abhängigkeit, sondern eher darum handelt, daß Europa seine Versorgungsquellen diversifiziert. Das ist sicher nicht schlecht. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, daß auch wir vom Handel mit Ihnen abhängen. Je Dollar, den wir bei Ihnen leihen, wenden wir fünf Rubel an Eigeninvestitionen auf. Wir schaffen einen Exportsektor, der gewaltige Ausgaben erfordert. Wir bauen eine Infrastruktur auf, um unsere Waren auf dem europäischen Markt abzusetzen. Das kostet auch allerhand Geld.

Man sollte also nicht annehmen, daß wir selbst alles manipulieren könnten. Es geht nicht darum, daß wir unsere vertraglichen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Aber wenn wir morgen beschließen wollten, irgendeine Erdölleitung zuzudrehen, dann müßten wir selbst immense Verluste hinnehmen.

Kaiser

Auf die Frage der gegenseitigen Abhängigkeit sollten wir später, wenn wir über Wirtschaftsbeziehungen sprechen, noch einmal zurückkommen.

Hoffmann

Herr Schmidt sagte, solange keine der beiden Seiten in der Lage sei, einen vernichtenden Erstschlag gegen den anderen zu führen, bestehe noch ein militärisches Gleichgewicht. Diese Definition halte ich für viel zu eng.

Ich bin der Ansicht, daß es gegenwärtig - ich denke jetzt nicht daran, was möglicherweise in den späten 80er Jahren geschehen kann - drei Bereiche gibt, in denen ein deutlich erkennbares Ungleichgewicht herrscht, und zwar zugunsten der Sowjetunion. Auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen verfügt die Sowjetunion zur Zeit theoretisch über die Fähigkeit, den landgestützten amerikanischen Raketen schweren Schaden zuzufügen oder sie sogar zu vernichten. Mit den ihnen im Augenblick zur Verfügung stehenden Waffen können die Vereinigten Staaten dem sowjetischen Arsenal nicht in gleicher Weise etwas anhaben. Zwar ist keine der beiden Seiten in der Lage, die andere zu vernichten, dennoch handelt es sich hier um einen Bereich, in dem ein Vorteil schon gewisse strategische oder politische Auswirkungen haben kann.

Zweitens gibt es momentan im Arsenal der NATO keine Waffen, die der sowjetischen SS-20-Rakete und dem Backfire-Bomber vergleichbar sind. Drittens verfügt die Sowjetunion im Mittleren Osten über eine große Anzahl von Divisionen, die sie über ihre Grenzen schicken kann, wie sie das vor einem Jahr demonstriert hat. Zumindest hatten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in jenem Teil der Welt keine vergleichbaren Streitkräfte in Bereitschaft. Man kann also nicht so einfach über Gleichgewicht reden, als ginge es dabei lediglich darum, Gefechtsköpfe und Raketen zusammenzuzählen.

Um schließlich noch ein Wort zur Frage der Strategien zu sagen, die nicht nur der Abschreckung dienen, sondern auch auf den Ernstfall ausgerichtet sind, so ist die Direktive 59 gewiß nicht die einzige gegenwärtig bestehende Strategie für den Ernstfall.

Bertram

Sie ist aber für den Ernstfall gedacht.

Hoffmann

Es ist klar, daß die Militärplaner auf beiden Seiten Strategien entwickelt haben, die Eventualfälle abdecken. Grundsätzlich handelt es sich dabei um Abschreckungsstrategien; wenn aber die Abschreckung fehlschlägt, sind es Strategien für den Ernstfall. Worauf ich hinauswill ist: Wer sich einmal die auf der Welt verfügbare Literatur über Strategie ansieht, wird durchaus gewahr, daß auch die sowjetische Seite über Strategien für den Ernstfall verfügt. Man darf also nicht so tun, als hätten die Vereinigten Staaten plötzlich aus heiterem Himmel eine solche Strategie erfunden.

Zu Herrn Iwanow möchte ich sagen, daß mir kein Fall bekannt ist, in dem die Sowjetunion aus rein ökonomischen Erwägungen heraus auf einen politischen Vorteil verzichtet hätte. Immer dann, wenn es um wichtige Fälle ging und die Möglichkeit bestand, einen bedeutenden Gewinn zu erzielen, war die Sowjetunion in der Vergangenheit durchaus bereit, einen Teil der sich aus dem Westhandel für sie ergebenden Vorteile aufs Spiel zu setzen.

Ich bin nicht ganz davon überzeugt, daß auch auf diesem Gebiet beide Seiten wirklich ebenbürtig sind. In der Tat haben die Vereinigten Staaten Sanktionen verhängt. Es besteht hier jedoch die

Befürchtung, daß die Entwicklung des Handels zwischen Westeuropa und der Sowjetunion im Falle ernsthafter politischer Spannungen zu einer Situation führen könnte, in der die westeuropäischen Länder wegen des Umfangs, den dieser Handel dann angenommen hat und weil sie nicht auf ihn verzichten wollen, gegenüber der Sowjetunion eine angepaßtere politische Haltung zeigen könnten, als es sonst der Fall wäre. Diese Möglichkeit besteht durchaus, und man muß sie berücksichtigen. Insofern muß man schon darüber reden, wie weit der Handel gehen kann.

Bondy

Ich möchte über den Unterschied zwischen Gleichgewicht und Symmetrie und über den Unterschied von Aktionen und Ereignissen sprechen.

Zwischen Ost und West besteht keine Symmetrie. Es ist nicht so wie zwischen Spanien und Portugal, als ein früherer Renaissancepapst die Neue Welt verteilte, und man sich lange Zeit daran gehalten hat. Von allen Seiten greift es über. Nehmen Sie den seit 25 Jahren wirkenden Warschauer Pakt. Er schlägt nach innen aus. Er hat nie den Westen bedroht. Sowjetische Panzer hat man nur in Ost-Berlin, Budapest und Prag gesehen. Ich selber habe sie bei diesen drei Gelegenheiten gesehen. Wenn man heute vom Warschauer Pakt spricht, so zittert man um Warschau, nicht um Bonn und Paris.

Diese Eigenheit des Warschauer Paktes erinnert mich an eine andere Periode eines längeren europäischen Friedens, nämlich die Heilige Allianz, in der der lange Frieden auch mit Disziplinierung unruhiger und mit ihrem Regime unzufriedener Völker zu tun hatte. Immerhin, der Frieden ist eine Tugend. Wir wollen nichts anderes.

Wenn es Symmetrie gäbe, würde man nicht, wie der Westen es gegenüber Osteuropäern tut, den Ratschlag erteilen: Bleibt vor allem Eurer Allianz treu; das sei für den Westen wichtig. Niemand in Moskau würde den Italienern oder sonstwem sagen, bleibt vor allem der amerikanischen Allianz treu, sonst kommt die Welt in Unordnung.

Ein anderes Beispiel: Als de Gaulle aus dem operativen Teil der Atlantischen Allianz ausstieg, sind nicht Amerikaner, Belgier und Deutsche brüderlich in Paris einmarschiert, um einen besseren atlantischen Regierungschef einzusetzen. Dies wäre dann ein symmetrischer Vorgang zu Dingen, die wir von der anderen Seite kennen.

Die Beispiele genügen, um zu zeigen, daß wir berücksichtigen müssen: Gleichgewicht, ja, aber eine der unausgesprochenen Voraussetzungen: Symmetrie, existiert nicht. Sie existiert dort so wenig wie hier an diesem grünen Tisch, wo die eine Seite mit ihrer Regierung, die offenbar ohne Tadel ist, ganz einverstanden ist, während wir es mit unseren Regierungen eigentlich nicht sind. Durch diese Selbstkritik, das wissen wir, können wir hier gelegentlich Punkte buchen. Wir wissen aber auch, daß in der realen Welt außerhalb dieses Zimmers diese Punkte leider überhaupt nicht zu Buche schlagen.

Jetzt zum Unterschied zwischen Aktionen und Ereignissen. Als China durch seine Revolution zum Kommunismus kam, klagten die Amerikaner: Wir haben China verloren, die Russen haben China erobert. Sie strafte viele Diplomaten und andere. Aus historischer Perspektive wissen wir, Amerika hat China nicht besessen und konnte es nicht verlieren. Die Russen haben es, wie wir wissen, auf die Dauer nicht gewonnen. Man muß sich also hüten, Ereignisse: China - oder jetzt Iran;- , mit Aktionen des Gegners gleichzusetzen und in diesem Sinn zu verfolgen oder dagegen vorzugehen.

Nehmen wir zum Beispiel Angola; da gab es eine größere und eine kleinere Unabhängigkeitsbewegung. Die kleinere hat total gesiegt, weil sie Unterstützung von Kubanern und anderen Truppen hatte. Dort war ein Ereignis, nämlich die antikoloniale Revolution, schon mit Aktionen verbunden. In anderen Fällen gab es reine Aktionen ohne Ereignis, wie im dritten kommunistischen Regime Afghanistans. Wie die beiden ersten kommunistischen Regierungen, die den Westen gar nicht bekümmert haben, entstanden sind und auch damals schon abserviert wurden, geht uns nichts an. Bei der dritten aber änderte sich die Situation nicht durch ein historisches Ereignis, also durch eine Veränderung im Volke von Afghanistan, sondern von außen.

Ich bin der Auffassung, wir sollten im Denken über Gleichgewicht unterscheiden zwischen Ereignissen, die wir hinnehmen müssen, auch wenn sie uns noch so unangenehm sind: siehe Iran, siehe China, auch Kuba und Nicaragua und viele andere Beispiele. Auf der anderen Seite stehen Aktionen, die nur von außen her, nicht mehr durch ratio, sondern durch ultima ratio Veränderungen mit Gewalt herbeiführen.

Rosanow

Ich bin Historiker, und wie mein amerikanischer Kollege, Herr Hoffmann, gehöre ich auch nicht zum politischen Establishment. Unsere bisherige Diskussion erinnert mich an die Worte von Präsident Eisenhower, der einmal gesagt hat, es gebe zwei Gebiete, auf denen Amateure stärker sein können als Professionelle: in der Politik und in der Liebe.

In einem Punkt bin ich mit Herrn Hoffmann gar nicht einverstanden: Wir betrachten die Entspannung keineswegs so pessimistisch, wie er hier dargelegt hat. Herr Bahr hat zu Recht gesagt, die Entspannung sei eine Alternative zum Dritten Weltkrieg. Wir können uns nicht um eine weitere Entspannung drücken. Wenn in den USA jetzt der Ausdruck "Entspannung" selten gebraucht wird, müßten die Philologen vielleicht ein anderes Wort finden. Der Inhalt dieses Begriffes wird jedoch auch über die 80er Jahre hinaus fortbestehen.

Zweitens möchte ich hervorheben, daß bestimmte Instrumente geschaffen wurden, die eine Basis für die 80er Jahre darstellen. Das gilt vor allem für den politischen Bereich. Zum ersten Mal in der Geschichte funktioniert eine Institution wie die Gipfeltreffen erfolgreich. Ich erinnere mich, wie selten solche Gipfeltreffen früher stattfanden: Teheran, Jalta, Potsdam, Adenauer in Moskau im Jahre 1955. Dagegen die Situation in den 70er Jahren: In den letzten 10 Jahren hat sich der französische Präsident elf mal mit führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion getroffen. Politiker der Bundesrepublik Deutschland, Herr Brandt, Herr Scheel, Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher, trafen sich neunmal mit den führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion. Das ist eine aufschlußreiche, neue Erscheinung, und ich meine, daß sich diese Entwicklung auch in den 80er Jahren fortsetzen wird.

Zu den wirtschaftlichen Beziehungen möchte ich die Ausführungen meines Kollegen Iwanow noch ergänzen. Unsere wirtschaftlichen Verbindungen haben sich zu vielen westlichen Ländern gut entwickelt, und ich sehe auch eine sehr gute Perspektive für die Zukunft. Ich möchte nur zwei Zahlen aus unserem nächsten Fünf jahresplan nennen: 1985 planen wir, 640 Millionen t Erdöl und 640 Milliarden m³ Erdgas zu fördern. Es gibt also auch in dieser Hinsicht eine Grundlage, um die Kontakte mit dem Westen auszubauen.

Ich kann der hier geäußerten Meinung nicht beipflichten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West eine Einbahnstraße seien und die Vorteile nur die Sowjetunion kassiere. Gegenwärtig deckt die Sowjetunion 10 beziehungsweise 15 Prozent des Bedarfs der Bundesrepublik an Erdgas. Durch die Entwicklung unserer Erdgasindustrie und bei einer Realisierung des Abkommens, über das man jetzt verhandelt, wird die Sowjetunion den Erdgasexport auf 40 Milliarden m³ jährlich steigern. Dadurch wird sich der Anteil der Sowjetunion am Erdgasbedarf der Bundesrepublik auf ungefähr 25 Prozent erhöhen. Ist das nur allein für die Sowjetunion vorteilhaft? Auch die Bundesrepublik, die das Erdgas bezieht, ist daran interessiert. Was die Befürchtungen betrifft, man könne den Gashahn zudrehen und dadurch den Partner in eine schwierige Situation bringen, so glaube ich nicht, daß das geschehen wird.

Stütze

Wie sind wir in die heutige Lage gekommen? Dabei möchte ich insbesondere auf den skeptischen Unterton, der in dieser Frage liegt, eingehen.

Zunächst, inwieweit scheint der skeptische Unterton nicht gerechtfertigt zu sein? Ich möchte hier fünf Elemente der Stabilität nennen, die offensichtlich schon so selbstverständlich geworden sind, daß wir mitunter vergessen, wie schwierig es war, sie zu schaffen.

Erstens. Das Viermächteabkommen von Berlin. Aus einem daueranfälligen Krisenherd mit der immerwährenden Gefahr eines Weltkrieges aufgrund der involvierten Interessen der beiden Supermächte ist ein geregeltes Ost-West-Problem geworden.

Zweitens. Die Anwesenheit der Vereinigten Staaten in Europa wird heute auch von der Sowjetunion - bei der Unterschrift unter die KSZE-Schlußakte ist dies deutlich geworden - nicht nur akzeptiert, weil die Vereinigten Staaten eine Siegermacht des Zweiten Weltkrieges sind, sondern offenkundig wird auch akzeptiert, daß die Vereinigten Staaten eine stabilisierende und ordnende Funktion bei einer wie auch immer gearteten europäischen Friedensordnung wahrnehmen müssen.

Drittens. Das deutsch-deutsche Verhältnis ist aus dem Zustand ungeregelter Anfälligkeit in einen Zustand fortentwickelt worden, der begrenzte, aber gerade für die Menschen in beiden deutschen Staaten nicht unwichtige Fortschritte erlaubt und dabei dennoch für die Nachbarn in Ost und West kalkulierbar ist.

Viertens. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist kein einmaliges Ereignis geblieben, sondern der Prozeßcharakter dieser Konferenz ist etabliert und anerkannt, wenn dies auch manchmal, wie es in Belgrad deutlich und in Madrid auch wieder offenkundig wurde, ein sehr holpriger Prozeß ist.

Fünftens. Das erste wie auch das zweite Abkommen über die Begrenzung nuklear-strategischer Waffensysteme (SALT) hat gezeigt, daß die Supermächte die Fähigkeit besitzen, die Aufrüstung zu kontrollieren. Das ist zwar noch weit entfernt von Rüstungsbegrenzung, wie man sie sich meistens vorstellt. Das ist noch sehr viel weiter entfernt von irgendeiner Art von Abrüstung, aber es läßt immerhin die Fähigkeit erkennen, in der Richtung weiterzugehen. Es stimmt positiv, wenn Herr Matweew davon gesprochen hat, daß der SALT-Prozeß fortgesetzt werden muß.

Ich erwähne dies alles, weil es sich dabei um Elemente handelt, die auch angesichts der aktuellen und gewiß sehr gefährlichen Situation nicht in Frage stehen - jedenfalls kann ich nicht erkennen, daß diese Elemente ihre eigentliche Qualität verloren haben. Diese Qualität liegt vor allem darin, daß sie den Ausbruch eines Dritten Weltkrieges wesentlich unwahrscheinlicher gemacht haben, im Vergleich etwa zu der Zeit, als es diese Elemente noch nicht gab. Ich möchte hinzufügen, daß zumindest ich, hätte mir jemand vor 12/13 Jahren gesagt, am Ende der 70er Jahre würden all diese Dinge etabliert sein, erhebliche Zweifel angemeldet hätte, ob man dies alles in 10 Jahren schaffen könnte. Es hat mich überdies nachdenklich und zugleich positiv gestimmt, daß am Ende der brillanten Analyse von Stanley Hoffmann das Rezept für die Zukunft lautete: preserve and continue bewahren und fortfahren.

Warum ist dennoch Anlaß zu einem skeptischen Unterton gegeben? Ich meine, weil durch die jüngsten Ereignisse zwei Kernprinzipien der internationalen Beziehungen in Mitleidenschaft gezogen worden sind: einmal das Element der Berechenbarkeit, zum zweiten das Element der Vertrauensbildung, dargestellt am Grundsatz des Gewaltverzichts. Ich gehe jetzt nicht auf Einzelheiten ein, aber ich meine, beides hat zu tun mit einer viel tieferen Ursache, nämlich mit der anhaltenden Unfähigkeit in Ost wie in West, die Sicherheitsbedürfnisse der jeweils anderen Seite erstens intellektuell zu erfassen, zweitens politisch auch im eigenen Lande glaubhaft und akzeptabel darzustellen und drittens daraus praktische politische Schlüsse zu ziehen. Einer dieser Schlüsse wäre zum Beispiel, die Bündnisse auf beiden Seiten endlich als eine jeweils politische und eine strategische Einheit zu behandeln.

Smyser

Herr Rosanow hat gesagt, und das halte ich auch für wichtig, daß in zahlreichen Ländern eine politische Grundlage, eine Bereitschaft für die Entspannung vorhanden war. Ich meine, eines der Probleme in den 70er Jahren bestand darin, daß einige der von der Sowjetunion verfolgten politischen Ziele diese Bereitschaft zur Entspannung in den Vereinigten Staaten unterminiert haben.

Rosanow

Wenn es keine solche Bereitschaft zur Entspannung mehr gibt oder etwas anderes an ihre Stelle gesetzt wird, wie wollen Sie das dann definieren? Was haben wir dann heute, zumindest in den Vereinigten Staaten?

Smyser

Ich spreche zunächst von den 70er Jahren. Ich habe nicht gesagt, daß keine Bereitschaft bestand, sondern daß sie unterminiert worden ist. Zu den Aussichten in den 80er Jahren werde ich mich später äußern.

Alexandrow

Hier wurde mehrfach davon gesprochen, eine der wichtigsten Ursachen für das Bremsen der Entspannung läge im Vorgehen der Sowjetunion in der Dritten Welt. Dies ist offenbar zu einem der wichtigsten Argumente im Westen geworden. Aus dem Bereich der Propaganda ist dieses Argument bereits in den Bereich der Politik hinübergewechselt. Es gibt viele Äußerungen von Regierungschefs der NATO-Staaten in dieser Richtung, aber nicht nur von Regierungschefs. Man könnte in diesem Zusammenhang auch die Äußerung von Herrn Genscher in der UNO erwähnen. Er hat dort von der Unteilbarkeit der Entspannung gesprochen und ausgeführt, daß die Sowjetunion die Entspannung verletze.

In der Frage der Unteilbarkeit scheint es im Westen unterschiedliche Positionen zu geben. Einmal versteht man darunter, daß die Sowjetunion die Entspannung in einer Region strikt einhalten und mit

der Zurückhaltung in anderen Regionen verbinden muß. Dies gilt für Aktivitäten auf allen Seiten, was der Westen nicht billigt: Auf diese Weise versucht man zum Beispiel, die europäischen Angelegenheiten mit Afghanistan zu verknüpfen.

Der andere Standpunkt, der hier ebenfalls, unter anderem bei Herrn Bahr anklang, läuft darauf hinaus, daß sich zwar darüber streiten ließe, ob die Entspannung teilbar oder unteilbar ist, aber die Früchte der Entspannung auf keinen Fall geopfert werden dürften. Diese Haltung steht uns natürlich näher. Wir haben nichts gegen die Unteilbarkeit der Entspannung, aber wir verstehen darunter etwas anderes als Sie. Wir betrachten es als das Bestreben, die Prinzipien der Entspannung auch auf andere Regionen zu übertragen.

Was die Abstimmung zwischen dem Prozeß der Einschränkung der strategischen Rüstungen und der Probleme in den anderen Regionen betrifft, so ist dies eine der wichtigsten Leistungen der 70er Jahre. Man müßte deshalb hier mehr Realismus und Objektivität an den Tag legen. Im Prinzip haben wir auch allerhand an der Haltung der USA auszusetzen - so wie Sie uns gegenüber. Wir können zum Beispiel darauf hinweisen, wie gefährlich der Kurs der USA gegenüber China für die Sache des Weltfriedens ist. Man sollte sich mehr Gedanken darüber machen, wie China in 10 beziehungsweise in 20 Jahren aussehen könnte. Man könnte von den Aktivitäten der Seestreitkräfte und anderer Streitkräfte der USA im Persischen Golf und im arabischen Raum sprechen, zum Beispiel auch von den Versuchen, Ägypten, Somalia und andere Länder in Brückenköpfe für Aktionen zu verwandeln, die auch als Vorgehen gegen die UdSSR verstanden werden können. Man könnte von Aktivitäten gegen Kuba, gegen Salvador sprechen.

Das alles bedeutet doch aber nicht, daß wir nicht bestrebt sein werden, die Entspannung in Europa und auch die militärische Entspannung mit den USA voranzubringen, wo es sich machen läßt.

Wenn man alle Dinge miteinander verknüpft, kann man die Entspannung natürlich zu Tode jagen, auch die Entspannung in Europa. Wie oft muß man von Afghanistan sprechen? Dort geht es um eine Frage der Sicherheit unserer Grenzen. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Vereinigten Staaten dort einen Brückenkopf, nämlich Iran, verloren haben. Es ist ihre eigene Schuld. Unser Vorgehen in Afghanistan war durch die Aktivitäten der amerikanischen Seite, die die afghanische Revolution erdrosseln wollte, bedingt. Das Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan, so wurde auf höchster Ebene unsererseits offiziell erklärt, trägt ausgesprochenen Verteidigungscharakter. Die führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion haben wiederholt erklärt, die sowjetischen Truppen würden abgezogen, sobald die Ursachen behoben sind, die diesen Einmarsch bewirkt haben. Aber von seiten Washingtons bleiben die Schritte aus, um dies zu verwirklichen. Im Gegenteil, Washington wirkt darauf hin, den Abzug unserer Truppen aus Afghanistan hinauszuzögern.

Aber wir haben auch eine andere Haltung registriert. So wurde in Westdeutschland noch vor wenigen Monaten davon gesprochen, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sollten selbst dann zu einer Insel der Stabilität werden, wenn es schlecht um die Entspannung bestellt sei. Wenn es Ihnen vorteilhaft ist, sprechen Sie davon, daß Sie den Amerikanern folgen müßten und die Entspannung unteilbar sei. Wenn Fragen berührt sind, die Sie unmittelbar betreffen, so läßt sich die Entspannung teilen. Deshalb sollte man hier nicht über die Dritte Welt und die Unteilbarkeit der Entspannung streiten; das ist unnötig.

Anfang der 70er Jahre waren wir in Europa Schrittmacher. Wir haben die Vereinigten Staaten sozusagen hinter uns hergezogen. Ich meine, die positiven Ergebnisse der Entspannung in Europa dürfen nicht den amerikanischen Plänen geopfert werden. Westeuropa sollte sein gesamtes Gewicht im westlichen Bündnis nutzen, um die allgemeine Stabilität und das Gleichgewicht zu erhalten, das die Grundlage für unsere weitere Existenz bildet. Man kann sicher darüber streiten, wie sich das Gleichgewicht konkret darstellt; aber dieses Gleichgewicht bewußt in Zweifel zu ziehen, wie das einige Kreise in den Vereinigten Staaten tun, soll offenbar das Todesurteil über die Entspannung fällen.

Hoffmann

Wenn ich Herrn Alexandrow richtig verstehe, bedeutet Entspannung für ihn, daß es der Sowjetunion gestattet sein müsse, ohne Einschränkungen in jedem Teil der Welt in einer Weise tätig zu werden - hier folge ich der Unterscheidung von Herrn Bondy zwischen Ereignissen und Aktivitäten;- , wie sie es für richtig hält, und daß sie dabei von der Erwartung ausgehen dürfe, nichts vom dem aufs Spiel zu setzen, was möglicherweise an anderer Stelle erreicht wurde. Die Vorstellung, die Sowjetunion könne überall aktiv eingreifen, ohne Abstriche am Konzept der Entspannung machen zu müssen, während die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nicht mit Sanktionen oder auf andere Weise reagieren dürfen, damit nicht Teile des früher Erreichten in Frage gestellt werden, dies ist eine sehr einseitige

Sichtweise der Entspannung. Sie dient zwar in großartiger Weise den Zielen der Sowjetunion, kann aber politisch unter keinen Umständen akzeptiert werden.

Damit komme ich zu einem zweiten Punkt, den ich vorhin bereits erwähnt habe, was aber offensichtlich nicht durchgedrungen ist. Auch wenn die Regierung der Vereinigten Staaten es nicht ausdrücklich so nennt, besteht eine Defacto-Koppelung beispielsweise zwischen SALT II und dem Verhalten der Sowjets in anderen Teilen der Welt. Im übrigen ist das genau die Haltung, die die Regierung Carter in den Jahren 1978 und 1979 eingenommen hat. Es kommt ein Zeitpunkt, an dem die Öffentlichkeit und der Kongreß nicht mehr davon zu überzeugen sind, daß man die Frage der Rüstungsbeschränkung losgelöst von allem anderen, was auf der Welt geschieht, behandeln kann. Immerhin haben wir ja alle unseren Clausewitz gelesen und wissen, daß zwischen Waffen und Politik ein gewisser Zusammenhang besteht. Es ist völlig unmöglich, vor die Öffentlichkeit zu treten und zu sagen: "Das hier muß ganz und gar losgelöst von allen Ereignissen in der Welt gesehen werden."

Was schließlich Afghanistan betrifft, so haben wir durchaus Verständnis dafür, daß die Sowjetunion nach Sicherheit strebt. Doch sollte sie ihrerseits unbedingt verstehen, daß man im Westen unterscheidet - das hat man seit 1945 stets getan - zwischen dem Streben nach Sicherheit auf der einen Seite und absoluter Gewaltherrschaft auf der anderen. Die Sowjetunion muß andere Möglichkeiten finden, um ihre Sicherheitsbedürfnisse zu erfüllen.

Die Behauptung, Washington selbst hindere die Sowjetunion daran, ihre großzügige Absicht zu verwirklichen, die Truppen zurückzuziehen, wäre sehr lustig, wenn man nicht an das denken müßte, was in Afghanistan geschieht und was überhaupt nicht lustig ist. Washington hat keine Möglichkeit, Menschen, die aus eigener Überzeugung und mit äußerst geringer Unterstützung von außen rebellieren, zu veranlassen, einfach stillzuhalten und sich totzustellen. Wer annimmt, daß überall dort, wo es zu einer Erhebung gegen den sowjetischen Einfluß kommt, diese von außen gesteuert sei und nicht im Bewußtsein der dort lebenden Menschen wurzele, liefert das Rezept für eine Katastrophe, und zwar nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Teilen der Welt, die weit näher an Hamburg liegen.

Owtschinnikow

Wir dürfen nicht nur beachten, was die amerikanische öffentliche Meinung denkt, sondern müssen auch berücksichtigen, was man in der Sowjetunion denkt. Die Versuche, ganz verschiedene Probleme miteinander zu verbinden, können alle unsere Bemühungen, einen neuen Weltkrieg abzuwenden, blockieren. Glauben Sie, es fällt den sowjetischen Menschen leicht, sich mit dem Gedanken abzufinden, daß sich auf den Territorien von 114 Staaten 2500 amerikanische Kriegsstützpunkte befinden? Die Sowjetunion hat jedoch die Verhandlungen über SALT II nicht mit der Absicht geführt, die Beseitigung des Guantanamo-Stützpunktes auf Kuba oder den Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea zu erreichen, was viel näher an unserer Grenze liegt. 40 000 US-Militärangehörige befanden sich in Iran vor der Anti-Schah-Revolution.

Wie etwa sollten die sowjetischen Menschen auf die Schritte der amerikanischen Regierung reagieren, als sich in Italien überhaupt erst nur die Möglichkeit abzeichnete, die Kommunisten könnten in die Regierung eintreten. Wir wissen, welcher starker Druck damals auf Italien ausgeübt wurde. Ein anderes Beispiel ist die Tatsache, wie unter amerikanischem Kommando in Südkorea die Zerschlagung des Aufstandes in Kwangdschu betrieben wurde.

Kurz und gut, es gibt sehr viele Fragen zum außenpolitischen Verhalten der Vereinigten Staaten. Gleiches gilt für die Innenpolitik der Vereinigten Staaten und auch anderer Staaten des Westens. Das könnte die Sowjetunion im gleichen Maße zum Anlaß nehmen, um ihre Bemühungen um die Entspannung lahmzulegen, wie es von westlichen Ländern unter Ausnutzung der Ereignisse in Afghanistan praktiziert wird.

Sommer

Wir sollten uns in diesem Kreise gegenseitig die Märchen ersparen. Es ist ein Märchen, daß amerikanische und chinesische Einmischung in Afghanistan Sie geradezu zum Einschreiten herausgefordert habe. Vielmehr war es die interne Unfähigkeit verschiedener kommunistischer Fraktionen, zu Ihrer Zufriedenheit mit den Problemen des Landes fertig zu werden. Deswegen haben Sie eingegriffen. Darüber läßt sich dann streiten, aber nicht über die Fiktionen, die Sie aufzubauen versuchen.

Es hat auch keinen Sinn, semantische Gardinen vor die Wirklichkeit zu ziehen. Sie sprechen von einem begrenzten militärischen Kontingent, das vorübergehend in Afghanistan stationiert sein soll. Dieses begrenzte militärischen Kontingent umfaßt ungefähr 85.000 Mann, mit 40.000 Mann in der

Nähe als Unterstützungstruppen. Das ist so viel wie zum Beispiel die gesamte bewaffnete Streitmacht des NATO-Staates Kanada.

Sie sagen, es ginge in Afghanistan um Ihre Sicherheit. Auch darüber läßt sich reden. Dann muß man Ihnen aber auch sagen dürfen, daß uns die dynamische Art, wie Sie Ihre Sicherheit auslegen, Kopfzerbrechen bereitet. Heute ist es Afghanistan, wo Ihnen die Grenze zu unruhig erscheint und Sie einschreiten müssen. Morgen ist es vielleicht die Grenze zu Pakistan. Wer weiß, wann die nächste Grenze dran ist. Hierüber machen wir uns Sorgen.

Über den spezifischen Anlaß und die besondere Art Ihres Einschreitens hinaus bekümmert uns am meisten, daß das Prinzip, auf Gewalt zu verzichten, von Ihnen rüde verletzt worden ist. Wir müssen uns in diesen Tagen die Sorge machen, daß Ihre Divisionen rings um Polen aufmarschieren, sei es zur Drohung, sei es zur Vorbereitung einer Invasion. Die Sorge besteht also zu Recht, daß Sie das Prinzip des Gewaltverzichts, das in der Helsinki-Akte feierlich beschworen ist, auch hier wiederum verletzen werden. Das ist der Grund dafür, weswegen nicht nur in Amerika, sondern auch hierzulande die Anhängerschaft der Entspannungspolitik schrumpft. Deshalb haben es diejenigen unter uns, die für diese Politik immer waren und auch weiter sein möchten, sehr viel schwerer, mit ihren Argumenten durchzukommen beziehungsweise überhaupt Argumente zu finden.

Matwejew

Lassen Sie mich vier kurze Feststellungen treffen.

Erstens. Auch wenn es keine Ereignisse um Afghanistan gegeben hätte, denke ich nicht, daß wir in irgendeine ideale Welt zurückgekehrt wären.

Zweitens. Was unser Vorgehen in einigen Regionen Afrikas und Asiens betrifft, so gibt es dort keinen Automatismus. Ich würde sogar sagen, daß wir uns häufiger zurückgehalten, als eingegriffen oder irgendwelche Aktionen durchgeführt haben. Ich hatte seinerzeit Gelegenheit, an unser Land gerichtete Vorwürfe zu hören, daß wir uns nicht eingemischt hätten, als zum Beispiel die Türken auf Zypern landeten.

Drittens. Unsere Politik in Afghanistan verfolgt ein sehr beschränktes Ziel. Wir wollen dort ein zweites Chile verhindern und nicht mehr.

Viertens zu Polen: Die führenden Persönlichkeiten der sozialistischen Länder haben es für notwendig erachtet, dieser Tage in Moskau zusammenzukommen, um die Entspannung der Situation zu fördern. Der amerikanische Außenminister Muskie hat gestern dieses Treffen zu würdigen gewußt.

Gasteyger

Ich darf an das anschließen, was Herr Sommer gesagt hat: nämlich die Sorge über das sich ausweitende Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Als sich die sowjetische Führung zu einer global ausgreifenden Seerüstung entschloß, mußte sie natürlich auch das Risiko in Kauf nehmen, sich dadurch Situationen auszusetzen, in denen sie ihre Sicherheit - wie immer man diese definiert - gefährdet sehen könnte.

Sie haben die Tatsache erwähnt, Herr Alexandrow, daß die Vereinigten Staaten in Kuba, in Ägypten oder im Persischen Golf militärische Maßnahmen ergreifen. Stellen diese eine mögliche Bedrohung für die Sicherheit der Sowjetunion dar? Das mag sein, aber beweist gerade, daß die Sowjetunion sich heute in Regionen herausgefordert sieht, in denen sie bisher nicht präsent und damit auch nicht in ihrer Sicherheit in Frage gestellt war. Das ist der Preis einer Weltmachtpolitik, zu der Sie sich zu Recht oder zu Unrecht entschieden haben.

Das macht nun meines Erachtens die Détente, die längst nicht mehr auf Europa begrenzt werden kann, so außerordentlich komplex und weltweit. Das ist in dem Sinne gemeint, daß sich Europa, aber auch Länder der Dritten Welt von dieser sowjetischen Globalpolitik ungleich mehr bedroht sehen, als es bisher in dem relativ klar umschriebenen Raum, Europa, der Fall war.

Wenn die Sowjetunion heute in Regionen Großmachtpolitik betreibt, die sicher für Europa, aber wohl auch für Japan und andere Länder wirtschaftlich von vitaler Bedeutung sind, so wird es natürlich unvergleichlich schwieriger, eine Détente weiterhin aufrechtzuerhalten. Die Wechselwirkung zwischen Entwicklungen und Ereignissen in den verschiedenen Regionen der Welt sind unvermeidlich und lassen sich, weil nicht mehr voneinander zu isolieren, auch kaum mehr kontrollieren. Das ist der Preis der Weltmachtpolitik, den heute auch die Sowjetunion bezahlen muß.

Löwenthal

Es ist hier gesagt worden, die Sowjetunion greife um ihrer Sicherheit willen ein. Davon war nun nicht die Rede, als mit sowjetischer Hilfe kubanische Truppen in Angola landeten. Damals verkündete Generalsekretär Breschnew auf dem letzten Parteitag der KPdSU, es sei ein großer Sieg der ideologischen Sache des Kommunismus, in Angola durch Intervention ein kommunistisches Regime durchgesetzt zu haben. Das ist eine ganz andere Begründung, die jedenfalls grenzenloser ist als die der Sicherheit.

Nun ergeben sich aus der ideologischen Auferlegung kommunistischer Regime manchmal sekundäre Sicherheitsprobleme. Das ist in Afghanistan eingetreten. Afghanistan war vor 1978, vor der ersten kommunistischen Machtergreifung, eine unbestrittene Einflußsphäre der Sowjetunion. Es gab keine Aufstände, es gab keine Gegenwirkung des Westens. Erst nach dem ersten kommunistischen Putsch, noch mehr nach dem zweiten ist dort eine Aufstandsbewegung entstanden, die sich nicht gegen den Einfluß der Sowjetunion wehrte, um den sich niemand gekümmert hatte, sondern gegen das kommunistische Regime. Erst dadurch ist eine Situation entstanden, die die Sowjetunion wahrscheinlich ganz ehrlich als eine Bedrohung ihrer Sicherheit empfand, weil nämlich jetzt die Gefahr bestand, daß Afghanistan zum ersten Mal ein antisowjetisches Regime bekommen könnte. Das ist die Folge der verfehlten Politik der kommunistischen Expansion, nicht aber ein echtes Sicherheitsproblem.

Ein Wort zur Teilbarkeit oder Unteilbarkeit der Entspannung. Ich habe die Phrase von der Unteilbarkeit der Entspannung, auf deren Zweideutigkeit Herr Alexandrow mit Recht hingewiesen hat, gerade wegen dieser Zweideutigkeit nicht gern. Unteilbarkeit der Entspannung kann jedenfalls nicht bedeuten, wenn es irgendwo in den Ost-West-Beziehungen eine Krise gibt, daß man dann auch gleich alles andere, was erreicht wurde, ebenfalls kaputt machen muß. Diese Interpretation der Unteilbarkeit teile ich nicht. Auf der anderen Seite kann ich auch nicht die Interpretation der Teilbarkeit akzeptieren, derzufolge die Sowjets in verschiedenen Teilen der Welt militärisch vorgehen können, wie sie wollen, ohne irgendwann Rückwirkungen auf den Rest der Entspannung befürchten zu müssen. Wenn sie diese Art von Politik betreiben, dann müssen sie sich mit der Tatsache abfinden, daß irgendwann, irgendwo Rückwirkungen auf die Gesamtentspannung eintreten werden und daß sie damit ein unkalkulierbares Risiko eingehen.

Schließlich ein letzter Punkt, mit dem ich unseren Freund Stanley Hoffmann kritisieren möchte. Er hat gesagt, durch die Schwächung der Klientel der Entspannung in den Vereinigten Staaten sei eine Situation entstanden, in der es nicht mehr möglich gewesen wäre, SALT II zu ratifizieren. Dies sei ein "fact of life". Das ist es natürlich. Aber ich möchte hinzufügen, daß diese Situation nur deshalb entstanden ist, weil die amerikanische Regierung es versäumt hat, ihrer Bevölkerung klarzumachen, daß SALT nicht ein Gefallen ist, den die Vereinigten Staaten der Sowjetunion tun, sondern ein gemeinsames Interesse. Ich möchte nicht, daß dieses Versäumnis fortgesetzt wird.

Hoffmann

Ich stimme völlig mit dem überein, was Sie über Teilbarkeit und Unteilbarkeit der Entspannung sagen, Herr Löwenthal - mit beiden Teilen Ihrer Aussage. Wir unterscheiden uns auch nicht in der Ansicht, daß die Regierung Carter auf diesem Gebiet, wie auf zahlreichen anderen, nicht unbedingt Großartiges geleistet hat. Doch selbst in dem Fall, daß es dieser Regierung gelungen wäre, dem amerikanischen Kongreß und dem amerikanischen Volk klarzumachen, daß es sich bei SALT II keineswegs um einen Vertrag handelt, der ausschließlich den Interessen der Sowjetunion dient, wie hätte diese Argumentation Afghanistan überleben können. Ich weiß wirklich nicht, was die Regierung danach hätte tun sollen.

Schuster

Ich möchte unsere sowjetischen Gäste um Aufklärung bitten, was das von Ihnen genannte, oft gehörte Wort in der gegenwärtigen Lage bedeutet: Es darf kein zweites Chile geben? In Chile hat ja weder eine militärische Invasion seitens amerikanischer Truppen stattgefunden, noch gab es eine amerikanische Gipfelkonferenz mit gleichzeitigem Truppenaufmarsch an den chilenischen Grenzen.

Herr Stütze legte großen Wert auf die Feststellung, beide Seiten müßten lernen, sich gegenseitig als Einheit im Block anzuerkennen. Das ist nur eine Teilwahrheit. Auf die andere Seite hat Herr Bondy hingewiesen, als er von der Asymmetrie von Ost und West sprach. Zur Asymmetrie gehört sicher auch die Tatsache, daß sowjetische Politik mit den Ängsten westlicher Öffentlichkeit und mit den gutwilligen Hoffnungen der Bürger stets ganz anders operieren kann, als dies westlichen Regierungen möglich ist. Aber das ist nur ein Aspekt der Sache.

Es hat nicht nur formalistische Gründe, daß in der so oft zitierten und von der Sowjetunion jahrzehntelang gewünschten Charta der europäischen Sicherheitskonferenz die Unterscheidung von Blöcken bewußt vermieden wird; jeder Staat wird vielmehr innerhalb dieser europäischen Staatengemeinschaft als eine Einheit für sich betrachtet. Wenn dies auch mit der politischen Praxis nicht übereinstimmt, sollten wir gerade die Charta als ein entscheidendes Dokument der Entspannung nicht geringerschätzen. Wir können nicht so tun, als gäbe es sie nicht.

Damit komme ich zu einer zweiten Frage an die sowjetischen Gäste. Wie ist der entscheidende Punkt der Charta, der auf Polen Anwendung finden könnte, zu verstehen? Im Prinzipienteil - wohlgermerkt nicht im Korb III - ist von gleichwertigen und gleichgewichtigen Prinzipien die Rede. Da heißt es auch: "Die Staaten werden sich jeder Manifestation von Gewalt enthalten, die den Zweck hat, einen anderer Teilnehmerstaat zum Verzicht auf die volle Ausübung seiner souveränen Rechte zu bewegen". Es ist die Frage, wie sich der Aufmarsch rund um Polen mit dieser präzisen Forderung, die keineswegs isoliert dasteht, verträgt.

Rosanow

In unserer Diskussion wird gleichsam der Standpunkt bekräftigt, den der frühere amerikanische Außenminister Kissinger geäußert hat, als seinerzeit die Ereignisse um Angola die ganze Welt beschäftigten. Als er nach Moskau kam, hat er ungefähr so formuliert: Entweder Angola oder Entspannung! Was war in Angola geschehen? Dort hatte die nationale Befreiungsbewegung gesiegt. Es wurde eine Republik ausgerufen. Einige Wochen später erreichten südafrikanische Panzer und Truppen die Hauptstadt dieser Republik. Hätten wir also diese Republik erdrosseln, die Unabhängigkeit dieses Landes liquidieren lassen sollen? Wir sind dem Volk und der Regierung Angolas zu Hilfe geeilt. Es besteht heute ein unabhängiges Angola. Das ist sehr schön. Schlechter wäre es, wenn die Entwicklung den ersten Weg gegangen wäre.

Ich möchte auch einige Worte zu Polen sagen. In der westlichen Presse wird dem Leser gegenwärtig der Eindruck vermittelt, daß sich die Sowjetunion in die polnischen Angelegenheiten in stärkstem Maße einmischt. Das ist indes keineswegs der Fall. Demgegenüber gibt es in der Tat schon eine Einmischung des Westens in die polnischen Angelegenheiten. So hat zum Beispiel die Seidel-Stiftung in der Bundesrepublik der Gewerkschaft "Solidarität" eine Million Dollar zur Verfügung gestellt. Schön und gut. Wenn wir uns vorstellen, daß irgendeine Auslandsorganisation den amerikanischen Gewerkschaften eine Million Dollar zur Verfügung stellen würde, dann müßten sich diese Gewerkschaften entsprechend der amerikanischen Gesetzgebung als Agent einer Auslandsmacht in den Vereinigten Staaten registrieren lassen. Warum legt man hier zweierlei Maßstäbe an? Betrifft es die Sowjetunion, so gilt der eine, bei den USA gilt ein ganz anderer. Darauf möchte ich auch eine Antwort hören.

Gasteyger

Darf ich Ihren Worten entnehmen, Herr Rosanow, daß Sie eine sowjetische Intervention in Polen ausschließen, was immer in Polen in den nächsten Monaten geschehen mag?

Löwenthal

Sie sagen, Herr Rosanow, die Intervention in Angola habe stattgefunden, weil südafrikanische Panzer die angolische Republik bedroht hätten. Tatsache ist: Die angolische Republik wurde gemeinsam von drei Unabhängigkeitsbewegungen ausgerufen. Die kleinste von ihnen, die kommunistische, hat dann versucht, die beiden anderen aus der Regierung durch Putsch zu entfernen. Daraufhin haben die anderen gekämpft. Die Kommunisten drohten diesen Kampf zu verlieren. Deswegen, nicht wegen der südafrikanischen Panzer, hat die kubanisch-sowjetische Intervention stattgefunden.

Matwejew

Polemik ist an sich keine schlechte Sache. Ich werde mich bemühen, die Fragen, die an uns gestellt worden sind, zu beantworten.

Was ist mit dem Stichwort "zweites Chile" gemeint? Wir wissen, was in Chile nach dem Sturz des Allende-Regimes geschehen ist. Es ist kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten an den Ereignissen dort nicht unerheblich beteiligt waren, was unter anderem auch die persönliche Rolle des früheren Außenministers Kissinger angeht.

Zu Afghanistan: Keine Revolution beschreitet einen geraden Weg, insbesondere nicht in einem Land wie Afghanistan. Im April 1978 kam es in Afghanistan zu einem nichtkommunistischen Umsturz. Wir

hatten sehr gute Beziehungen zu der früheren Regierung. Wir hatten keinen Grund zu intervenieren. Es fanden sich dort demokratisch gesinnte Offiziere und andere Persönlichkeiten, die beschlossen - ich möchte sagen -: das Jahrhundert herauszufordern. Diese Veränderungen stießen in anderen Ländern auf starken Widerstand. Wir hatten keine andere Wahl. Wir konnten unsere Hände nicht in Unschuld waschen. Als man uns zum 12ten oder 13ten Mal ersuchte, Hilfe zu leisten, konnten wir nicht sagen, das geht uns nichts an. Dann hätten wir uns selbst nicht mehr achten können. Wären wir damals nicht so vorgegangen, hätte es in Afghanistan wahrscheinlich ein Blutbad gegeben, und zwar in sehr viel stärkerem Maße, als dies in Chile der Fall war. Das ist gemeint, wenn wir davon sprechen, daß wir ein zweites Chile verhindern wollten.

Löwenthal

Sie haben doch ein Blutbad in Afghanistan.

Well

Es ist unausweichlich, daß sich die Diskussion auf die Bedeutung der Entwicklungen in Polen konzentriert, die für das Schicksal der Entspannungspolitik entscheidend sein dürften. Es ist sicherlich wichtig, daß sich die Erklärung des Europäischen Rates zu dieser Frage vollständig auf die Schlußakte von Helsinki stützt. Es ist auch interessant, daß die Erklärung des Gipfeltreffens des Warschauer Paktes zu dieser Frage sich in den entscheidenden Passagen direkt und indirekt auf die Schlußakte von Helsinki stützt.

So wie ich die Erklärung von Moskau verstehe, stellt sie auf die Fortsetzung des KSZE-Prozesses und auf die weitere Durchführung der Schlußakte von Helsinki ab. Die deutsch-französische Erklärung vom 5. Februar 1980 konnte ja nicht die Folgen der Afghanistan-Intervention für die Ost-West-Situation verschweigen. Sie umschrieb es damals damit, daß die Entspannung nunmehr schwieriger und Ungewisser geworden sei, brachte aber gleichzeitig zum Ausdruck, daß die Entspannung einen weiteren Fall ähnlicher Art nicht aushallen würde.

Ich stimme mit Herrn Sommer und Herrn Stütze überein, daß wir, was die Entwicklung in Polen angeht, vor der dritten Aufgabenstellung bei der Fortführung und Festigung des Entspannungsprozesses stehen. Die erste Problemstellung ist die Ergänzung der politischen Rahmenbedingungen des Ost-West-Verhältnisses, so wie sie durch die Verträge bilateral, multilateral und vor allem auch in der Schlußakte geschaffen worden sind, durch die Definition des militärischen Gleichgewichts. Dazu haben wir in den letzten Jahren die Verhandlungsforen geschaffen und auch die grundsätzlichen Zielvorstellungen der Parität und der ungefähren Gleichheit formuliert.

Die zweite Problemstellung, mit der wir uns zu befassen haben, betrifft die Herbeiführung einer Übereinstimmung über das beiderseitige Verhalten zu den Konflikten, die in der Dritten Welt auftreten. Das ist in der Schlußakte angeklungen, aber es ist dort nicht weiter ausgeführt worden. Wenn wir den Entspannungsprozeß in Europa erhalten wollen, dann müssen wir eine Verständigung darüber erreichen, wie wir uns gegenüber der Dritten Welt verhalten. Ich stimme Stanley Hoffmann darin zu, daß sich seit Beginn der 70er Jahre gerade in diesem Bereich sehr viele Veränderungen vollzogen haben. Es ist nicht mehr ein Bereich, der, wie es sich Henry Kissinger damals vielleicht noch vorstellte, durch eine Zusammenarbeit der beiden Supermächte abgedeckt werden könnte. Die Aufgabe, die sich jetzt stellt, ist die Respektierung des non-alignment und die Aufrechterhaltung des globalen Gleichgewichts unter gleichzeitiger Achtung des Willens vieler dieser Länder, blockfrei zu bleiben.

Die dritte Aufgabe bezieht sich auf den Fall Polen. Sie bedeutet, die Funktionsfähigkeit der Schlußakte zu erhalten bei den gleichzeitig stattfindenden Wandlungen, die sich bei der Anwendung der Schlußakte notwendig ergeben. Wie läßt es sich erreichen, das Prinzip des Gewaltverbots und der friedlichen Entwicklung zu wahren und gleichzeitig die elementaren Voraussetzungen eines stabilen Gleichgewichts zu erhalten? Trotz der großen Skepsis, die sich in den letzten Jahren gegenüber dem Entspannungsprozeß gezeigt hat - in der Regierungserklärung hieß es: Frieden durch Sicherheit und Zusammenarbeit - würde ich sagen, daß dieser Entspannungsprozeß nicht durch irgendwelche Alternativen abgelöst wird, sondern es ist die vordringliche Aufgabe, ihn fortzuführen und die drei genannten offenen Fragen anzugehen.

Cholewiak

Im Westen gibt es zahlreiche Kreise, die versuchen, die Ereignisse in Polen unter zwei Aspekten darzustellen.

Erstens. Diese Ereignisse seien, so heißt es, ein Ergebnis der Schlußakte von Helsinki. Dazu kommt die Schlußfolgerung, wir müßten uns weiter in dieser Richtung bemühen. Dies ist nicht richtig. Die Ereignisse in Polen haben nichts mit der Schlußakte zu tun, sondern sie sind das Ergebnis unserer verfehlten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der letzten Jahre.

Zweitens. Wenn man versucht, die Ereignisse in Polen hochzuspielen und im Lichte einer angeblich drohenden Intervention darzustellen, dann ist dies wiederum falsch. Denn das letzte Gipfeltreffen der sozialistischen Länder, das vor zwei Tagen zu Ende gegangen ist, hat nochmals bekräftigt, daß alle Kommunisten in der gesamten sozialistischen Gemeinschaft davon überzeugt sind, daß wir Polen unsere inneren Schwierigkeiten mit eigenen Kräften bewältigen können. Das wurde mehrfach auf verschiedenen Ebenen von Politikern unserer Staaten betont. Trotzdem überhört man im Westen solche Stimmen und spricht statt dessen über eine bevorstehende Intervention. Das ist, würde ich sagen, Manipulierung der Öffentlichkeit.

Wenn wir die Diskussion über die Entspannungspolitik in der letzten Zeit verfolgen, so könnten wir zu dem Schluß kommen, daß es nur drei Themen gibt, die in diesem Zusammenhang wichtig sind: Afghanistan, Menschenrechte und Polen. Meiner Meinung nach umfaßt die Entspannung aber weit mehr, sie bedeutet auch die Bereitschaft, die Konfrontation abzubauen, Gemeinsamkeiten zu suchen, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Sie bedeutet ferner die Ergänzung der politischen Entspannung durch Schritte auf militärischem Gebiet, um den Frieden sicherer zu machen. Entspannungspolitik ist die Fortsetzung der positiven Tendenzen der letzten 10 Jahre.

In der letzten Zeit treten jedoch - neben positiven Aspekten - auch negative Tendenzen zu Tage. Hauptursache für das Anwachsen der Spannungen sind die von den NATO-Staaten unternommenen Versuche, zur Politik der Stärke überzugehen, um eine militärische Überlegenheit zu erlangen. Infolge dieser Aktivitäten wird der Frieden immer mehr gefährdet.

Volkspolen nahm an allen Abrüstungsbemühungen immer sehr aktiv teil. Im Laufe der Nachkriegsjahre unterbreitete Polen entweder selbst oder in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten eine Unzahl konkreter Abrüstungsvorschläge. Es waren Vorschläge allgemeiner Natur wie auch Vorschläge, die konkrete Abrüstungsmaßnahmen auf unserem Kontinent betrafen.

Ich möchte mit Nachdruck betonen, daß die Prioritäten der polnischen Außenpolitik nach wie vor weiterbestehen und nie in Frage gestellt wurden. Polen, für das die Entspannung lebenswichtig ist, wird unverändert an sämtlichen Bemühungen zur Beibehaltung und Weiterentwicklung der Entspannungspolitik aktiv teilnehmen.

Bahr

Ich habe in der bisherigen Diskussion von keinem der Teilnehmer den Wunsch gehört, die Ergebnisse der Entspannungspolitik sollten zurückgedreht werden. Das scheint mir jedenfalls ein wichtiges Resultat, unabhängig davon, ob man die Vor- oder die Nachteile der Entspannung höher einschätzt.

Nun müssen die sowjetischen Gäste wissen, daß sich die Politik, jedenfalls in diesem Teil der Welt, nicht durch reine Logik auszeichnet, sondern daß psychologische Faktoren eine große Bedeutung haben. Das gilt zumindest für Staaten, in denen die Regierungen wiedergewählt werden wollen. Sie müssen auf die öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. Das bedeutet, daß man das Nebeneinander von Entspannungsvereinbarungen und gleichzeitigen Tritten in die Kniekehle oder irgendwo anders hin nicht ertragen kann. Ein Mindestmaß an Rücksichtnahme ist erforderlich, wenn der Prozeß der Entspannungspolitik fortgesetzt werden soll.

Es gibt zwei Punkte, die die Fortsetzung der Entspannung wirklich in Frage stellen können. Der erste hängt mit Polen zusammen. Ich wünsche jedenfalls diesem Land und diesem Volk - nicht nur ihm; -, daß alle Beteiligten die Kraft und die Weisheit haben mögen, sich klarzumachen, was möglich ist und was auf dem Spiel steht. Wenn Polen nicht aus eigener Kraft seine Probleme lösen könnte, brauchten wir - aus den genannten psychologischen Gründen - über die Fortsetzung des Entspannungsprozesses eine ganze Weile nicht zu reden.

Der andere Punkt ist: Wir müssen abwarten, wie die neue amerikanische Administration ihr Grundverhältnis gegenüber der Sowjetunion definiert. Wenn die Definition sein sollte, nach Überlegenheit zu streben, würde eine Situation eintreten, die ich mir noch nicht vollständig ausdenken kann. Dies deshalb nicht, weil dann, jedenfalls für die Bundesrepublik Deutschland, ein schwer zu fassender Gegensatz aufträte. Wir sind der Überzeugung, daß die Erhaltung des annähernden Gleichgewichts eine Voraussetzung für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses ist. Wenn dies

die westliche Führungsmacht anders sähe, würden wir ebenfalls versuchen müssen zu definieren, was dann eigentlich die Rolle Europas ist.

Ich hoffe, daß uns dies erspart bleibt, weil es dann nämlich ebenfalls eine ganze Weile dauern würde, ehe man wieder über Entspannung reden könnte. In dem Fall würde nicht nur die Kontrolle über die Aufrüstung, von der Herr Stütze gesprochen hat, auch noch verlorengehen, sondern das Ost-West-Verhältnis würde sich dann auf die Frage reduzieren: Wie können wir Krieg verhindern? Mit dem Zusatz: Im übrigen schade man sich gegenseitig so gut man kann, an allen Orten, wo dies möglich ist.

Unser Interesse in Europa ist, das darf man wohl unterstellen, daß letzteres nicht eintritt. Deshalb hoffen wir, daß die Definition der Überlegenheit auf amerikanischer Seite nicht erfolgt und Polen die Absicht, seine Probleme aus eigener Kraft zu lösen, verwirklichen kann. Unter diesen Voraussetzungen können wir über die Fortsetzung der Entspannungspolitik für Europa in den 80er Jahren weiterdiskutieren.

Wenn wir so über die Fortsetzung der Entspannung in Europa sprechen, dann halte ich es für wichtig zu sehen, daß eine ganze Reihe von politischen Linien zweitrangig sind und zweitrangig werden. Ich unterschätze nicht, was in Helsinki erreicht worden ist. Ich unterschätze auch nicht die Nachfolgekonferenzen. Ich unterschätze ebenso wenig, was in Wien, leider noch vergeblich, versucht wird. Der entscheidende Faktor wird aber sein zu verhindern, daß das Gleichgewicht zwischen Ost und West im militärischen Bereich entscheidend verändert oder gestört wird. Die europäischen Staaten sind gewiß mehr als nur Instrumente der Sicherheit für die beiden Supermächte. Die europäischen Staaten haben sicher auch ein eigenes Interesse, aber ich halte es für ausgeschlossen, daß man das Problem des annähernden Gleichgewichts anders definieren kann, als in der Zweiteilung: auf der einen Seite zwischen den Supermächten, soweit es sich um interkontinentale strategische Waffen handelt; auf der anderen Seite zwischen den beiden Bündnissystemen, NATO und Warschauer Vertrag, also unter Einschluß der beiden Supermächte.

Ich halte es für völlig ausgeschlossen für die vor uns liegende überschaubare Zeit, Konstruktionen oder Überlegungen ins Auge zu fassen, an denen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nicht unmittelbar beteiligt sind, in jeder Bedeutung dieses Wortes: an der Kontrolle und Erhaltung des Gleichgewichts und, wenn möglich, auch an seiner Reduktion. Auf dem militärischen Gebiet, das für mich das Entscheidende in den nächsten vier Jahren, ja in den 80er Jahren überhaupt ist, gibt es keine Bewegungen ohne die Beteiligung der beiden Supermächte.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft könnte es anders sein, und zwar deshalb, weil die Vereinigten Staaten für ihren Außenhandel ohnehin ein geringeres Interesse haben als die Europäer. Europa darf jedenfalls nicht in eine Situation kommen, in der die Ausweitung des Handels zu einem Instrument einseitiger Abhängigkeit werden kann. Gegenseitige Abhängigkeit oder die Entwicklung gegenseitiger wirtschaftlicher Interessen bis zu einem Grade, in dem diese Interessen auch ein stabilisierendes, der Sicherheit beider Seiten dienendes Volumen erhält, halte ich für denkbar. Niemand kann die Vereinigten Staaten daran hindern, etwas Gleiches zu tun, wenn sie es für richtig halten, oder wenn die Sowjetunion bereit ist, das mitzumachen. Würde die Sowjetunion ein entsprechendes Verhalten der Vereinigten Staaten ablehnen, wäre dies für mich ein Zeichen, daß Europa sehr aufpassen müßte, weil dann die Ausweitung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet einen anderen, sprich anti-amerikanischen Drall bekäme.

Mit anderen Worten: Auch in den 80er Jahren ist für mich die Fortsetzung dieser Art von Suche nach weiteren Gebieten gemeinsamen Interesses - um einen anderen Begriff für das Wort Entspannung zu gebrauchen - zwischen Osteuropa und Westeuropa wichtig, aber auch dort nur unter Einschluß der Amerikaner, wenn irgend möglich.

Diese Suche nach Gebieten gemeinsamen Interesses ist dann mit der Frage verbunden, ob man das Prinzip des Gewaltverzichts, das sich in und für Europa so bewährt hat, auf andere Regionen ausdehnen kann. Auch in diesem Punkte halte ich es für denkbar, daß dies als europäische, sprich gesamteuropäische Erfahrung geschieht. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten - wenn sie es wollen, können sie es jederzeit tun - Gebiete zu besonderen Interessenssphären erklären sollten, wie sie das als Supermacht in verschiedenen Regionen getan haben.

Wenn allerdings hier die Rede davon war, Europa, und damit war wohl Westeuropa gemeint, müsse sehen, daß es in dieser Zeit auch Interessen außerhalb der definierten NATO-Regionen zu wahren hätte, dann gilt dies, wenn wir die europäischen Erfahrungen richtig verstehen, natürlich für ganz Europa. Das heißt, die Ausweitung der Interessen Europas im Sinne eines Gewaltverzichts in anderen Regionen wirft die Frage auf, ob dies gesamteuropäisch darstellbar, also praktikierbar ist. Genauso

wie wir unsere Sicherheit und unsere Zusammenarbeit und die Ergebnisse der Entspannungspolitik nur gesamteuropäisch erreicht haben.

von Weizsäcker

Ein gesamteuropäischer Gewaltverzicht, der für die übrige Welt gilt, liegt in weiter Ferne. Ausgangspunkt muß die ursprüngliche Funktion der Sicherheitspolitik sein, wie sie im Harmel-Plan der NATO festgehalten war: einerseits Verteidigungsfähigkeit, andererseits Entspannungsbereitschaft. Nur beides zusammen ergibt eine Sicherheitspolitik.

Zu den wesentlichen Elementen der Sicherheitspolitik gehörten und gehören sowohl der Gewaltverzicht als auch der Versuch zu Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung.

Die Absichten zum Gewaltverzicht waren gewiß gut. Aber der Versuch, dem vor allem Kissinger verpflichtet war, nämlich einverständlich mit der Sowjetunion eine gemeinsame Kontrolle der technisch immer weiter entwickelten Rüstungsarsenale zu bekommen, dieser Versuch ist bisher gescheitert. Die Europäer können hier nicht die Rolle der Supermächte übernehmen. Nur die beiden Bündnisführungsmächte können das Rüstungskontroll- und Rüstungsminderungsthema ernsthaft weiterfördern.

Was dagegen die andere Komponente der Sicherheitspolitik anbetrifft, nämlich die Détente in ihrer dynamischen Funktion, so haben hier die westeuropäischen NATO-Partner und die Warschauer-Pakt-Staaten mehr Ehrgeiz und Erfolg entwickelt als die Amerikaner. In Washington blieb das Verständnis von Détente wesentlich mehr auf Rüstungskontrollfragen beschränkt, als an darüber hinausgehende Formen der Zusammenarbeit zu denken.

Die Entwicklung in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten kann dies verdeutlichen. Hier haben beide Seiten Détente instrumental verstanden. Die eine Seite, nämlich die DDR, suchte ihre Vorteile aus dem Bereich des Helsinki-Korbes II, also wirtschaftliche und finanzielle Ziele. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen strebte nach Fortschritten aus dem Korb III. Es war ein sinnvoller Versuch, unterschiedliche Interessen im Wege des Ausgleichs zu kombinieren und jedem auf seinem Interessengebiet Fortschritte zu ermöglichen.

Damit sind wir zur Zeit in ziemliche Schwierigkeiten geraten. Vor allem die Erhöhung des Zwangsumtausches erschwert die jetzige Lage, wahrscheinlich nicht nur vorübergehend. Wenn die Entspannung weitergehen soll, müssen alle Beteiligten einschließlich ihrer Bündnisführer erkennen, daß man nicht mit einem einzelnen Korb von Helsinki weiterkommt, wenn man die beiden anderen vernachlässigt.

Schmidt

Völlig richtig.

von Weizsäcker

Es wird für die DDR notwendig sein zu erkennen, daß Maßnahmen wie die Erhöhung des Zwangsumtausches, also eine Behinderung von Korb III, ihrerseits die Wirkung haben können, daß nicht nur in diesem Teilbereich, sondern darüber hinaus überhaupt Détente immer schwerer und undurchführbarer wird.

Was nun die Bündnispartner anbetrifft, so bin ich nicht ganz einer Meinung mit Herrn Bahr. Die Vereinigten Staaten müssen verstehen, daß die Fortsetzung der Detentepolitik ein umfassendes, nicht ein nur auf die militärischen Fragen beschränktes Programm des Westens erfordert. Es würde keinen Erfolg haben, wenn der Westen den Versuch machte, im Verhältnis zum Osten ganz restriktiv im Bereich der Körbe II und III von Helsinki zu bleiben, gleichzeitig aber auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung Erfolge zu erwarten.

Auch hielte ich es für einen unglücklichen Ansatz, wenn man unter Hinweis auf die unterschiedlichen Außenhandelsstrukturen der USA einerseits und ihrer europäischen Bündnispartner andererseits die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten den Europäern überlassen wollte, die Rüstungskontrollverhandlungen dagegen allein den Amerikanern. Natürlich ist in den Rüstungsfragen Amerika die führende Macht gegenüber der Sowjetunion. Aber die Frage, ob es im Sinne von Korb II zu einer wirtschaftlichen, technologischen, wissenschaftlichen Intensivierung des Verhältnisses zur Sowjetunion kommt oder nicht, wird im Sinne der Détente nur dann positiv zu beantworten sein, wenn dies nicht nur von den Europäern, sondern im Einverständnis mit den Amerikanern gemeinsam gemacht wird.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang etwas zu dem geplanten Erdgasgeschäft sagen. Daß es in dieser Hinsicht von amerikanischer Seite viele Fragen an die Europäer gibt, ist kein Geheimnis und kann infolgedessen hier auch ausgesprochen werden. Dieses Geschäft bedeutet, prinzipiell gesprochen, einen Schritt in die richtige Richtung. Ich bejahe es. Das ist aber dann nicht der Fall, wenn es als ein Ausdruck europäisch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen gegen den Willen der Vereinigten Staaten geschehen würde.

Mit anderen Worten: Zur Zeit gibt es Mißverständnisse innerhalb des westlichen Bündnisses über den Sinn und Unsinn von wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Stanley Hoffmann hat mit Recht als eine der Voraussetzungen für die Fortsetzung der Détente in den 80er Jahren ein innerwestlich abgestimmtes Konzept genannt. Dies ist dringend notwendig, zur Zeit aber noch nicht in ausreichendem Maß vorhanden.

Mein Plädoyer geht dahin: Wir müssen einerseits die Konflikte unter Kontrolle halten; dürfen andererseits aber den instrumentalen Charakter der Détente nicht aus dem Auge verlieren. Dieser instrumentale Charakter wird immer Wettbewerbselemente zwischen Ost und West enthalten. Das schadet nichts. Es gilt freilich in den Ost-West-Beziehungen stets alle Elemente der Schlußdeklaration von Helsinki zusammen im Auge zu behalten.

Um es zu wiederholen: Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten halte ich für richtig; Voraussetzung ist, daß man sich mit den Amerikanern darauf verständigt. Wenn dies gelingt und nur wenn dies gelingt, kann es auch gewisse Erfolge im Rüstungsbereich geben. Isolieren wir dagegen die verschiedenen Elemente von Helsinki oder teilen wir sie zwischen Amerika und Europa auf, dann werden wir nicht weiterkommen.

Was die Teilbarkeit oder Unteilbarkeit der Entspannung anbetrifft, so werden sicher alle darin übereinstimmen, daß es vor allem insoweit immer eine Teilbarkeit geben muß, wenn in einem Teil der Welt geschossen wird, nicht überall woanders auch geschossen werden soll. Was an der Détente aber unteilbar bleibt, ist insbesondere die Bündnisbeziehung als solche. Wir werden keine isolierte europäische Detentepolitik mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten machen können. Es wird entweder eine Détente, unteilbar mit den Vereinigten Staaten, geben, oder es wird keine Détente geben.

Schmückle

Natürlich, Herr Bahr, will kein Mensch zerstören, was mit der Entspannungspolitik erreicht worden ist. Das wäre ja politischer Irrsinn. Sie haben dann gesagt: Sollten die USA wieder die militärische Überlegenheit anstreben, müsse man die Rolle Europas neu überdenken. In dieser Hinsicht wäre ich vorsichtig. Wenn die Amerikaner heute ihre Verteidigungsbereitschaft verstärken wollen, so nur deshalb, weil die europäische Unterlegenheit immer größer wird. Es gibt also kein amerikanisches Streben nach militärischer Überlegenheit - obwohl manche ungeschickte Äußerung gefallen ist;- , sondern Europa hat sich in eine immer schlechtere Lage hineinmanövriert und Amerika versucht, dieses europäische Minus auszugleichen.

Kontrolle über Abrüstung, ja. Sie ist leider noch schwieriger als Kontrolle über Aufrüstung. Dabei haben die europäischen Staaten gewiß auch eigene Interessen - leider jeder ein anderes.

Sie sagen, das militärische Gebiet werde in den 80er Jahren entscheidend sein. Darin stimme ich Ihnen zu. Ebenso darin, daß es dabei keine Bewegung ohne die Beteiligung beider Supermächte geben wird und die Suche nach weiteren Möglichkeiten zwischen Ost und West fortgesetzt werden muß, um zu Verbesserungen zu kommen.

Nun aber zum Prinzip des Gewaltverzichts, das Sie als so erfolgreich erachten. Ich fürchte, daß es nicht das Prinzip des Gewaltverzichts war, das erfolgreich gewesen ist, sondern daß die Erhaltung des Friedens nur durch die Atomwaffen gelang. Ich sage es sehr verkürzt: Der 30 Jahre währende Frieden ist allein den Abschreckungsmaßnahmen zu verdanken.

Europa bestimmt seine eigenen Interessen, sagten Sie, und kann vielleicht sogar ein Beispiel des Gewaltverzichts für andere Gebiete abgeben. In diesem Punkt wäre ich sehr vorsichtig, weil ich zunehmend die Sorge habe, daß die europäischen Staaten mehr und mehr in eine Politik hineinrutschen oder sich selbst hineinmanövrieren, für deren Durchführung oder Durchsetzung sie keine angemessenen Operationellen Mittel besitzen.

Edinger

Sie sagen, Herr Schmückle, daß für Westeuropa oder sogar für Europa insgesamt eine Interessengemeinsamkeit angenommen werde, die gar nicht bestehe. Wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, würde das die Entspannung in Europa direkt berühren und einiges verändern, worüber wir bisher gesprochen haben. Denn darin wären möglicherweise Differenzen angelegt.

Herr Bahr und Herr von Weizsäcker haben nicht nur die Differenzen, sondern auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Amerika betont. Nun weiß heute natürlich niemand von uns, was die neue amerikanische Regierung vor hat, so wenig wie wir wissen, was in den nächsten Wochen in Polen und in Afghanistan geschehen wird. Insofern ist dies so ein wenig eine "whistling in the dark"-Diskussion.

Wenn wir uns mit den Voraussetzungen und Zielen besonders mit den Voraussetzungen - der Entspannung in den 80er Jahren beschäftigen, so sehe ich folgendes Problem. Der Begriff Entspannung meint eine Reduktion von Spannung: easing of tension. Der Begriff unterstellt, daß der Ausgangspunkt eine Spannung ist. Daneben gibt es aber den sehr viel statischeren Begriff der Koexistenz.

Wir sprechen hier offenbar von einem Prozeß. In den 70er Jahren führte dieser Prozeß zu einer Lösung bestimmter Probleme: Ostpolitik, Abrüstung, Berlin, auch Vietnam sind die Stichworte. Dabei ging es weniger um amerikanische - mit Ausnahme Vietnam - als vielmehr um europäische Probleme. Unsere bisherige Diagnose bezieht sich vor allem auf die 70er Jahre. Für die 80er Jahre wird sie kaum Gültigkeit haben.

In den letzten Wochen sind anscheinend ganz neue Probleme aufgetaucht, die wir noch nicht recht erkennen. Möglicherweise haben wir es auch mit einem dialektischen Prozeß zu tun, so daß die friedliche Koexistenz in Richtung einer gewissen Entspannung in den 70er Jahren nun umschlägt und das Pendel in die entgegengesetzte Richtung geht. Vielleicht schlägt das Pendel zurück aus Gründen, die im Prozeß der Entspannung selber enthalten sind.

Wir diskutieren hier insofern in einem gewissen Vakuum, als der Spielraum der künftigen Politik sehr variabel ist. Es ist sehr schön, über die europäisch-amerikanische Gemeinschaft zu sprechen. Jeder ist dafür. Aber es werden ganz unvermeidlich Probleme auf uns zukommen, die auch in bezug auf die Entspannung Reibungen erzeugen werden. Das Problem scheint mir darin zu liegen, inwieweit diese Reibungen bewältigt werden können in Beziehung auf den Zusammenhalt in der NATO und in den Ost-West-Beziehungen.

Bertram

Was Herr von Weizsäcker zum Schluß ausgeführt hat, halte ich für sehr wichtig: Unteilbare Entspannung im Sinne von Bündniszusammenhalt. Denn wenn wir uns auseinanderdividieren lassen, ist das nicht nur schlechte Bündnispolitik, sondern auch schlechte Entspannungspolitik. Es ist schlechte Bündnispolitik, das wird jedem deutlich, der in diesen Wochen in Amerika war, weil die Erfahrungen Amerikas in den letzten 12 Monaten zu einem tief sitzenden Mißtrauen gegenüber den Verbündeten geführt haben. Der Versuch, unsererseits eine selbständige Entspannungspolitik zu betreiben, wird solche Befürchtungen und solches Mißtrauen nur noch vertiefen. Das wird auch in anderen Bereichen durchschlagen.

Es ist aber ebenso schlechte Entspannungspolitik, weil Westeuropa aufgrund seiner besonderen Abhängigkeiten gleichzeitig in seinem Entspannungsinteresse von der östlichen Seite ausgenutzt werden könnte. Deswegen meine ich, ist es äußerst dringend - Stanley Hoffmann hat es angedeutet;- daß wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen.

Je nachdem, wie die neue amerikanische Administration operiert, wird es zweifellos schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten geben. Um diese zu vermindern, sollte sich die westliche Allianz ernsthaft Gedanken machen, ob nicht eine Art Neuauflage des Harmel-Planes sinnvoll ist. Das gilt vor allem für den gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es noch möglich scheint, gemeinsame Positionen abzudecken, voranzutreiben und innerhalb eines prozeduralen Rahmens zu handeln, der verhindert, daß man sich unnötig in der Substanz auseinanderdividiert.

Eine zweite Bemerkung zum Gleichgewicht. Gleichgewicht ist nicht nur ein militärischer Begriff, sondern hängt mit Selbstvertrauen zusammen. Es ist die Frage, ob man das Vertrauen hat, daß die eigene Sicherheit noch hinreichend gewährleistet ist und man sich in einer schwierigen Welt weiterhin durchzusetzen vermag. Insbesondere auf amerikanischer Seite ist das Gefühl verbreitet, daß im militärischen Bereich die eigene Stärke nachgelassen hat. Das behindert dieses Selbstvertrauen. Wenn in den nächsten zwei Jahren die amerikanische Administration größere Anstrengungen im Rüstungsbereich verordnet und durchführt, halte ich es jedoch durchaus für möglich, daß sich dann auch wieder jenes Selbstvertrauen einstellt, das Voraussetzung der Entspannungspolitik ist. Insofern

ist amerikanische Rüstung, das sollte man auch unseren sowjetischen Gästen sagen, nicht unbedingt entspannungsabträglich, sondern kann, wenn es das Selbstvertrauen wiederherstellt, auch entspannungshilfreich sein.

Noch ein Wort zur Frage des Selbstvertrauens, das die Sowjetunion betrifft. Die Sowjetunion hat zur Zeit nicht unter einem militärischen Ungleichgewicht zu ihren Ungunsten zu leiden. Sie befindet sich am Zenit ihrer militärischen Macht. Dennoch scheint sie damit nicht Selbstvertrauen zu verbinden. Die Gefahr für die 80er Jahre in der Entspannungs-, in der Sicherheits-, in der Rüstungskontrollpolitik stellt für mich diese Kombination einer hochgerüsteten Sowjetunion dar, die von Problemen im Innern, an der eigenen Peripherie in Osteuropa und im Fernen Osten konfrontiert ist. Das kann das Selbstvertrauen annagen, das nötig ist, um eine Politik des Kompromisses und der Entspannung zu führen.

Das führt mich zu einem dritten Punkt, zu den Aussichten auf Rüstungskontrolle. Ich halte es für die nächsten zwei, drei Jahre für außerordentlich schwierig, in der Rüstungskontrolle weiterzukommen. Dies nicht nur deshalb, weil es sich dabei um ein so kompliziertes und schwieriges Geschäft handelt, sondern auch, weil die Vereinigten Staaten in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht bereit sein werden, Abstriche an dem, was sie für militärisch notwendig halten, vorzunehmen. Hinzu kommt, daß die Sowjets angesichts der erwähnten Kombination von militärischer Rüstung und mangelndem Selbstvertrauen nicht ernsthaft zu größeren Konzessionen bereit sein werden.

Das heißt nun nicht - einige Sprecher haben darauf hingewiesen;-, daß man Rüstungskontrolle abschaffen sollte. Der Prozeß bleibt wichtig und wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch wichtiger. Möglicherweise sind wir da verschiedener Ansicht, Herr Bahr. Mir scheint es in den 80er Jahren dringend notwendig zu sein, Rüstungskontrolle als Prozeß zu erhalten, selbst dann, wenn wir nicht zu Ergebnissen kommen. Das wird schwierig sein. Denn wie lange kann man Prozesse aufrechterhalten, wenn tatsächlich nichts dabei herauskommt.

Die Tatsache indes - dies ist mein vierter Punkt;-, daß die Aussichten auf Resultate so gering sind, dürfen den Prozeß nicht gefährden. Das nicht so sehr deshalb, weil Rüstungskontrolle Gleichgewicht herstellen könnte oder sollte - ich bin nicht der Auffassung, daß Rüstungskontrolle das bewerkstelligen kann. Entscheidend ist vielmehr, daß wir in Ost und West vor einer Reihe tiefgreifender Veränderungen im militärischen Bereich stehen.

Das gilt vor allem für die Frage der strategischen Abschreckung bei der Verwundbarkeit nicht nur von landgestützten Raketen, sondern auch von "second-strike-forces". Was heißt strategische Abrüstung bilateral gesehen, wenn die kleinen neuen oder alten Mitglieder des nuklearen Clubs ernstzunehmender werden? Was bedeutet neue Rüstungstechnologie, wenn wir etwa das leidige Thema der Raketenabwehr wiederaufgreifen müssen, um die Zeit zu verlängern, in der "second-strike-forces" unverwundbar sind?

Es kommen eine Reihe von Sachzwängen in diesem Bereich auf uns zu, die, sofern sie nicht in einen Prozeß des Dialogs eingebunden werden, zu erheblichen und gefährlichen Mißverständnissen auf beiden Seiten führen können. Das gilt natürlich auch im nicht-nuklearen, also im konventionell-militärischen Bereich, wo man auf amerikanischer und westeuropäischer Seite - aber nicht nur dort - vor dem Problem der galoppierend anwachsenden Rüstungsausgaben stehen wird.

Ferner gibt es ein Problem, das wir bisher immer vor uns herschieben konnten: das der "military manpower". Wenn es bis 1987 nicht gelingt, in Wien ein Abkommen über die Reduzierung von Streitkräften zu erreichen, wird etwa die Bundesrepublik, einfach weil sie die Wehrpflichtigen nicht mehr hat, den Umfang der Bundeswehr verringern müssen. Dies ist ein allgemeines Problem. Wenn wir diese Umstellung nicht mit einem Verhandlungsprozeß begleiten, wird es auch hier zu bedenklichen Mißverständnissen kommen.

Ich bin ganz der Ansicht, die Herr Stützle geäußert hat: Wir müssen in unserem eigenen Bereich mehr Rücksicht für die Sicherheitsbedürfnisse des anderen aufbringen. Alle Beispiele belegen, daß diese Fähigkeit nicht nur auf sowjetischer Seite unterentwickelt ist, sondern auch auf westlicher Seite nicht voll entwickelt wurde. Das ist ein Appell an unsere sowjetischen Gäste: Wenn Sie den Einmarsch in Afghanistan als legitimes Sicherheitsinteresse für sich in Anspruch nehmen, verbauen Sie damit gleichzeitig die Möglichkeit für uns, auf Ihre tatsächlich legitimen Sicherheitsinteressen Rücksicht zu nehmen. Sie können nicht das eine und das andere haben.

Schmidt

Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Bertram, fordern Sie von der Sowjetunion, beziehungsweise von den sozialistischen Staaten, sie müßten verstehen, daß die Aufrüstung der USA nötig sei, um das

Selbstgefühl der Amerikaner zu stärken. Ich weiß nicht, ob man mit solchen Überlegungen, die sich rationalen Erwägungen entziehen und vornehmlich eine Frage des Gefühls sind, zum Ziele kommt. Natürlich stimme ich durchaus zu, daß man die Bedrohungsgefühle der jeweils anderen Seite mit berücksichtigen muß. Aber vieles wird in die Öffentlichkeit erst hineingetragen, zum Beispiel von pressure groups. Da stellt sich dann die Frage, wo die Grenze ist. Wo "fühlt" man sich sicher? Wo "fühlt" man sich paritätisch und gleich? Ich weiß nicht, ob solche Überlegungen uns nicht in eine erneute Eskalation der Bedrohungsgefühle hineinführen.

Bertram

Lassen Sie mich meine Überlegung verdeutlichen. Wir haben in den 70er Jahren allgemein argumentiert: Weil die Sowjetunion die militärische Parität erreicht habe, sei sie zu Rüstungskontrolle und Entspannung imstande gewesen. Ich sehe einen ähnlichen Prozeß heute für die Vereinigten Staaten. Wenn die Vereinigten Staaten, etwa im Gefolge verstärkter Rüstungsaufwendungen, die auch ohne Psychologie nötig sind, aber gewiß einen psychologischen Effekt haben werden, aus dem augenblicklichen Gefühl der Unterlegenheit herauskommen, wird das zu größerer Gelassenheit und größerer Bereitschaft zum Kompromiß führen.

Deswegen sollte man nicht sagen: Ihr seid gegen die Entspannung, weil ihr rüstet, sondern sich überlegen, ob damit nicht Prozesse eingeleitet werden, die in zwei oder drei Jahren eine bessere Grundlage bieten, um in der Entspannung weiterzukommen.

Birnbaum

Mir geht es zunächst um den gesamteuropäischen Entspannungsprozeß, ob man ihn nun KSZE-Prozeß nennt oder, wie Herr Bahr, als einen breit angelegten Prozeß versteht, der sowohl auf Konfliktbewältigung wie auch auf Kooperation abzielt. Den unauflöslichen Zusammenhang zwischen Sicherheitsinteressen einerseits und Kooperationsvorhaben zwischen Ost und West andererseits müssen wir unseren Freunden aus dem Osten klarmachen. Es geht darum zu verstehen, daß es sich hier nicht um einen manipulierten Zusammenhang handelt, sondern daß dies von der Öffentlichkeit im Westen tatsächlich so empfunden wird. Von daher gibt es bestimmte Sachzwänge. Daher kann man nicht - Herr von Weizsäcker hat bereits darauf hingewiesen einen Korb gegen den anderen ausspielen und versuchen, nur aus einem Korb etwas herauszuschlagen. Das gilt für beide Seiten. Diese Dinge sind nicht nur durch die Schlußakte miteinander verbunden, sondern hängen im Verständnis der Öffentlichkeit eng miteinander zusammen.

Wir befinden uns in einer Situation, in der man zwar von der Teilbarkeit der Entspannung als einer gegebenen Realität sprechen kann, die aber zeitlich bedingt ist. Ich stimme Herrn von Weizsäcker zu: à la longue und auch mittelfristig müssen wir damit rechnen, daß die Entwicklungen in anderen Teilen der Welt auf uns zurückschlagen werden. Wir mögen uns noch so sehr darum bemühen, das zu verhindern. Die Herausforderung besteht darin, das Erreichte zu erweitern und die Unteilbarkeit der Entspannung langfristig durchzusetzen.

Damit komme ich zur militärischen Komponente. Wir haben es hier mit einem Gebiet zu tun, auf dem, wie Christoph Bertram sagte, die Dynamik der Aufrüstung den Verhandlungspartnern wegläuft. Wir können also diese Diskrepanz immer weniger in den Griff bekommen. Das begründet das Interesse für vertrauensbildende Maßnahmen, für kooperative Rüstungssteuerung, ein sehr weitreichendes Wort, das aber in die richtige Richtung weist.

Vor allem kommt es zunächst darauf an, das gegenwärtig sehr große gegenseitige Mißtrauen zu verringern und gleichzeitig durch einen Kommunikationsprozeß das Mindestmaß an Vertrauen wiederherzustellen, von dem Herr Bahr zu Recht sprach. Die MBFR-Sphäre und das, was in Wien verhandelt wird, gehört in der Tat ins Zentrum unserer Bemühungen. Denn erst wenn dort handfeste Ergebnisse vorliegen, mögen sie noch so begrenzt sein, wird das gegenseitige Mißtrauen verringert werden können. Ich glaube wirklich nicht, daß in Wien in nächster Zeit sehr viel herauskommen kann. Aber selbst ein Symbolabkommen, wie es in der ersten Phase mindestens möglich erscheint, hätte einen Signalwert, der nicht zu unterschätzen wäre, wenn man beiderseitig auf diesem Gebiet, das die militärische Komponente betrifft, weiterkommen will.

Hassner

Herr Cholewiak sagte, unsere bisherige Diskussion erwecke den Eindruck, als gehe es bei der Entspannung lediglich um Afghanistan, die Menschenrechte und Polen. Ich stimme darin mit ihm überein.

Ich habe den Eindruck, daß ich mich - um Herrn Matweews Ausdrucksweise zu verwenden - selbst verachten müßte, wenn ich es ihm ohne weiteres durchgehen ließe, von dem Blutbad zu sprechen, das es in Afghanistan ohne das Eingreifen der Sowjetunion gegeben hätte. Es ist doch zu diesem Blutbad gekommen und kommt täglich dazu. Herr Matweew spricht auch von den 12 oder 13 Appellen; die gingen aber von einem Mann aus, den die Sowjetunion jetzt als Mörder bezeichnet, und der selbst als ein Ergebnis der Invasion ermordet wurde. Die Frage ist indes nicht, wer recht und wer unrecht hat. Nehmen wir an, in Afghanistan hätten Amerikaner und Chinesen interveniert und nicht die Sowjets. Mir kann es recht sein.

Auch im Falle Polen nehmen wir einmal an, daß Sie recht haben. Dort handle es sich um eine Intervention, wenn Kräfte, die nicht der Regierung angehören, eine andere ebenfalls nicht der Regierung angehörende Kraft, wie beispielsweise eine freie Gewerkschaft, finanziell unterstützen, so wie das die Sowjetunion überall in der Welt bei ihren Brüdern und Genossen tut. Es handele sich aber nicht um eine Intervention, wenn die Regierungschefs der Länder eines militärischen Bündnisses sich zusammensetzen, um über die inneren Angelegenheiten eines Verbündeten zu beraten, und wenn sie betonen, ihre brüderliche Hilfe stehe zur Verfügung, und wenn der Pressesekretär des Zentralkomitees sagt, er könne brüderliche Hilfe herbeirufen.

Vielleicht ist ja Ihre Auffassung richtig; mir liegt gar nichts daran, Sie zu überzeugen. Das einzige, worum es bei einer Zusammenkunft wie dieser geht, ist, daß wir am Ende ein besseres Verständnis füreinander und einige mögliche Mißverständnisse abgebaut haben. Wichtig ist für Sie zu verstehen, daß die Lage folgendermaßen aussieht: Sie haben in bestimmten Bereichen militärische Vorteile, in Osteuropa sogar einen Vorteil, den niemand bestreiten kann. Wenn Sie das für Ihre Sicherheitsbedürfnisse nutzen, wie Sie sie definieren, ist das in Ordnung. Aber Sie wollen noch etwas anderes erreichen, und das können Sie dann nicht bekommen.

Ihnen liegt sehr viel an einem Dialog mit der neuen Reagan-Regierung über die Rüstungsbeschränkung. Wenn Sie sich in Osteuropa und in Afghanistan keine Zurückhaltung auferlegen, können Sie diesen Dialog vergessen. Nach Afghanistan hatten Sie einige Teilerfolge, was die unterschiedlichen Reaktionen auf seilen der Europäer und auf seilen der Amerikaner angeht. Osteuropa ist für Sie möglicherweise ein empfindlicheres Gebiet als Afghanistan, aber es liegt auch näher vor unserer Haustür. Wenn Sie glauben, nach einer Intervention in Polen noch mit einer Separat-Entspannung in Europa rechnen zu können, dann täuschen Sie sich. Es kommt mir darauf an, daß Sie in diesen Punkten keinerlei falsche Vorstellungen hegen.

Löwenthal

Solange wir über die Ursachen der Erosion der Détente sprachen, haben wir im wesentlichen von Vorgängen außerhalb Europas gesprochen. Wenn wir nun von der Zukunft der Entspannung für Europa sprechen, sollten wir uns ansehen, wo dort ein relativ neuer Gefahrenpunkt liegt. Ich denke nicht an Polen. Ich bin geneigt, von der Annahme auszugehen, daß der Moskauer Beschluß gegen eine militärische Intervention gültig ist. Ich meine vielmehr das Problem des Ungleichgewichts an Mittelstreckenraketen in Europa. Egon Bahr hat gesagt, es gebe auf dem Rüstungsgebiet zwei Gleichgewichte: eines zwischen den beiden Supermächten und eines zwischen den beiden Bündnissen. Um das noch deutlicher zu machen, würde ich statt von den beiden Bündnissen zu sprechen, das regionale Gleichgewicht der Bündnisse in Europa betonen; denn die Bündnisse sind ja Bündnisse in Europa.

Das vor uns liegende Problem besteht darin, daß ein starkes Ungleichgewicht auf der regionalen Ebene bei den Mittelstreckenraketen durch die SS 20 und Backfire geschaffen worden ist. Ein Gleichgewicht kann hier nur durch Nachrüstung oder durch eine einseitige Abrüstung der anderen Seite hergestellt werden, die unwahrscheinlich ist. In diesem Falle ist ein Gleichgewicht also nur durch eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zu erreichen. Aber diese Veränderung des Kräfteverhältnisses, so wie sie von der NATO projiziert wird, würde gleichzeitig auch das relativ ausgewogenere Gleichgewicht der Supermächte verändern. Wenn annähernd 600 amerikanische Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden, wächst damit die Gesamtzahl der Raketen, mit denen die Amerikaner die Sowjetunion erreichen können. Das ist der Grund, warum die Sowjetunion so scharf und empfindlich auf die erste Ankündigung dieses Beschlusses reagierte.

Ich möchte betonen, daß diese Reaktion nicht einfach eine Bösartigkeit der Sowjetunion, sondern ein echtes Problem des Zusammenpassens der beiden Gleichgewichte ist, des regionalen in Europa, das im Augenblick zugunsten der Sowjets gestört ist, und des Gleichgewichts der Supermächte, das im Falle der Durchführung des Beschlusses zu ihren Ungunsten gestört wird. Weil dies so ist, ist es entscheidend, daß man hier zu einer gemeinsamen Verhandlung der beiden Fragen kommt, so wie es

ursprünglich für SALT III geplant war, das heißt, daß die Verhandlung über die Mittelstreckenkräfte in die Verhandlung von SALT III einzubeziehen ist.

Eine Lösung dieses Dilemmas ist nur möglich, wenn man die Verhandlungen mit dem Ziel führt, gegen einen Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen den NATO-Beschluß nicht voll durchzuführen. Beide Gleichgewichte zugleich lassen sich nur auf einem niedrigeren Niveau herstellen oder aber es kommt zu einem endlosen Wettrüsten. Das ist eine Sache, in der wir innerhalb des westlichen Bündnisses vor schwierigen Entscheidungen stehen. Es ist kein Geheimnis, daß es amerikanische Fachleute gibt, die meinen, es komme primär auf die volle Durchführung des NATO-Beschlusses an und nicht auf Verhandlungen zur Herstellung eines gleichzeitig regionalen und globalen Gleichgewichtes.

Mit Bezug auf Egon Bahrs Bemerkung, wie gefährlich es wäre, wenn die Amerikaner sich das Ziel der Überlegenheit setzten, möchte ich sagen, daß ich an dieses Ziel nicht glaube. Äußerungen dieser Art sind im amerikanischen Wahlkampf gefallen, von dem kommenden Präsidenten und seinen Sprechern jedoch schon gegen Ende des Wahlkampfes korrigiert worden. Sie sind wohl deshalb korrigiert worden, weil man verstanden hat, daß es keine sinnvolle und auch keine für das amerikanische Volk in ihren Konsequenzen annehmbare Politik wäre.

Ich mache mir also keine Sorgen darüber, daß wir eventuell mit einer amerikanischen Überlegenheitspolitik um jeden Preis auseinanderdriften. Ich mache mir jedoch Sorgen, daß dieses schwierige Sonderproblem der Vereinbarung über Gleichgewicht auf globaler und Gleichgewicht auf regionaler Ebene und der dafür nötigen Verhandlungen auf beiden Seiten des Atlantiks nicht in der gleichen Weise verstanden wird. Wenn wir die Entspannung in Europa erhalten und fortführen wollen, müssen unsere größten Anstrengungen auf diesem Gebiet liegen.

Bahr

Gehst Du von der Möglichkeit aus, ein in sich selbst tragendes europäisches Gleichgewicht neben dem Gleichgewicht der beiden Supermächte zu etablieren, ohne daß dadurch die theoretische Gefahr der Abkoppelung des Risikos entsteht?

Löwenthal

Ich spreche nicht von einem in sich selbst tragenden europäischen Gleichgewicht, sondern von einem regionalen Gleichgewicht der Bündnisse. Wenn dieses Gleichgewicht zum Beispiel durch die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa hergestellt wird, dann ist es nicht ein in sich selbst tragendes europäisches Gleichgewicht, sondern eines, das von den Amerikanern abhängt. Der Effekt davon wäre das Gegenteil einer Abkoppelung.

Hoffmann

Als die Entspannungspolitik auf amerikanischer Seite eingeleitet wurde, lag dem eine stark Europa zentrierte Konzeption der Welt zugrunde, nämlich die Vorstellung und ich glaube, dies eine Mal waren sich Mr. Kissinger und die Europäer weitgehend einig;-, das Kernproblem sei die Beziehung zwischen der NATO und den Ländern des Warschauer Pakts in Europa. In jenen Jahren erklärte Mr. Kissinger, im Atomzeitalter sei alles, was sonst auf der Welt geschehe, insoweit von geringer Bedeutung, als es das grundlegende Gleichgewicht nicht beeinträchtigen könne und auch unbedeutend genug, um es den Supermächten zu erlauben, nicht nach einseitigen Vorteilen dort zu suchen. Außerdem ging man offenbar von der stillschweigenden Annahme aus, in den europäischen Gesellschaften werde aller Voraussicht nach nur sehr wenig geschehen, was diesen Prozeß stören könnte.

In diesen beiden Punkten muß man jetzt wohl weit pessimistischer sein. Das Schlüsselproblem in den 80er Jahren wird voraussichtlich sein: Wie wirken die Ereignisse in der übrigen Welt auf Europa zurück? Wenn ich auch die Bedeutung der rein europäischen Elemente anerkenne, wie Wirtschaftsaustausch und europäische Gesichtspunkte in der Frage der Rüstungsbeschränkung, so möchte ich doch betonen, daß ihnen eine gewisse Schwäche innewohnt. Denn an diesen beiden Stellen kann es sehr leicht zu Störungen kommen, auch wenn uns das gar nicht gefällt entweder durch Ereignisse in der übrigen Welt, oder durch das, was in Osteuropa geschieht.

In diesem Zusammenhang - um auf das zurückzukommen, was Herr Löwenthal gerade gesagt hat - fürchte ich weniger die großen technischen Schwierigkeiten einer Verknüpfung der SALT-Verhandlungen mit TNF;-, obwohl dies gewiß keine leichte Frage ist. Was mir viel mehr Sorgen macht, ist, daß heute in den Vereinigten Staaten - und ich spreche sowohl von der Regierung als auch von der Stimmung in der Öffentlichkeit und im Kongress - Verhandlungen über die Rüstungsbeschränkung

weitgehend davon abhängen werden, was einerseits außerhalb Europas in der übrigen Welt und andererseits in Europa selbst geschieht. Diese Defacto-Koppelung ist bereits gegeben, so sehr Sie und ich das bedauern mögen. Ich bin zwar der Ansicht, daß wir über die von Herrn Löwenthal und von Christoph Bertram angesprochenen Schwierigkeiten reden müssen, aber wir sollten aus dem vorerwähnten Grunde daran denken, daß es unmöglich ist, diese Punkte von den Entwicklungen zu trennen, auf die Westeuropa nur einen sehr geringen Einfluß hat.

Mates

Ich hatte schon darauf hingewiesen, daß in die Entspannung von vornherein eine gewisse Instabilität einprogrammiert gewesen ist. Wenn wir gegenwärtig eine Verschlechterung der Lage erleben, dann bedeutet das keine wesentliche Veränderung; denn die Entspannung war selbst unzulänglich, insofern sie keine Probleme gelöst hat, sondern nur eine gewisse Mäßigung erzeugte. Auf die Zukunft bezogen ist es deshalb sehr schwer, in dieser Situation mehr als Wünsche auszusprechen; denn wir leben in einer Zeit, in der wir nicht wissen, wie sich die Dinge entwickeln werden.

Ich halte es für wünschenswert und notwendig, daß die Tätigkeitsgebiete, das heißt die Interessen, die von der Politik verfolgt werden, erweitert werden. Wenn man die Entspannung festigen und ausbauen will, muß man versuchen, außerhalb des engen Bereiches der Machtpolitik, wie sie in der vornuklearen Zeit definiert worden ist und wie sie in der nuklearen Zeit weiterbetrieben wird, einen Schritt weiterzukommen.

In der Welt - auch in Europa - sind sowohl materiell als auch bewußtseinsmäßig ungeheure Veränderungen eingetreten. Für den materiellen Bereich erwähne ich nur die Ernährungs- und Energie- und Rohstoffkrise und die Entwicklungskrise in vielen Teilen der Welt, auch in Europa. Auf dem Gebiet des Bewußtseins denke ich an das Bestreben, die nationale Identität zu erhalten und zu erweitern. Wenn man eine Politik betreibt, bei der die nationalen Identitäten zugunsten von Großmachtinteressen geopfert werden, kann man nicht erwarten, daß sich die Entspannung festigt.

Natürlich hat es keinen Sinn zu verlangen, man solle die Bündnisse auflösen. Aber die Gespräche in Europa müßten einen multinationalen und nicht einen bilateralen Charakter haben. Man sollte mehr an einem runden Tisch miteinander reden, als das Gegenüberstehen von Bündnissen zu betonen. Innerhalb der Bündnisse werden nicht nur Sicherheitsinteressen verteidigt, sondern diese verwandeln sich sehr oft in eine Regulierung oder sogar den Verlust der individuellen Interessen derjenigen, die den Bündnissen angehören. Anzustreben wäre eine Elastizität, die es gestattet, die Bündnisse zu wahren, zugleich jedoch den Bündnismitgliedern die Möglichkeit offenhält, eigene nationale Interessen selbständig zu vertreten. Das wird kurzfristig wohl kaum realisiert werden können. Wir sollten uns jedoch nicht vormachen, daß in den nächsten Jahren eine Verbesserung der Lage herbeigeführt werden kann, wenn die alten Einstellungen weiterbestehen bleiben.

Matwejew

Für alle Beteiligten wird die Notwendigkeit der Entspannung in den 80er Jahren nicht geringer, sondern größer als in den 70er Jahren sein. Das Zerstörungspotential der Arsenale nimmt leider weiter zu. Wir sind, Herr Mates erwähnte dies, mit den globalen Problemen der Energiewirtschaft, der Demographie und des Umweltschutzes konfrontiert. Diese Probleme haben besonders für den Westen große Bedeutung. Ich möchte daher ganz aufrichtig mein Erstaunen zum Ausdruck bringen, daß einige westliche Diskussionspartner hier versuchen, uns Mitgliedern der sowjetischen Delegation eine Vielzahl von Bedingungen für die Entspannung zu stellen.

Natürlich kann die Entspannung, wenn sie fortbestehen und sich weiterentwickeln soll, auch an bestimmte Bedingungen gebunden werden. Ich vermute, in dieser Hinsicht werden sich die 80er kaum von den 70er Jahren unterscheiden. Dabei sehe ich im wesentlichen nur zwei Voraussetzungen je weniger man voraussetzt, desto besser. Die erste ist, daß man die Kommunikationskanäle, die Verbindung zwischen den Partnern offenhalten muß. Wenn wir nicht zusammenkommen, wenn wir nicht miteinander reden, manchmal auch sehr scharf gegeneinander polemisieren auf allen möglichen Ebenen, angefangen von diesem Gesprächskreis bis zum höchsten Gipfeltreffen, besteht keine Hoffnung auf Erfolg. Wir müssen den Dialog fortsetzen, auch wenn die Umstände mitunter sehr kompliziert sind.

Die zweite Voraussetzung ist insofern schwieriger, als wir definieren müssen, was wir unter lebenswichtigen Interessen für jedes Land, für uns selbst, wie auch für den Partner, verstehen. Ob uns das gelingt, ist nicht sicher. Sie haben Ihre lebenswichtigen Interessen, aber wir auch. Diese Interessen stimmen nicht immer überein - das ist gar nicht möglich;- , aber in vieler Hinsicht dürften sie

übereinstimmen, vor allem, daß wir in einem Boot sitzen, was Krieg und Frieden betrifft. Das ist unser wichtigstes gemeinsames Interesse, unser Lebensinteresse.

Man kann auch versuchen, die Lebensinteressen eines jeden Landes konkreter zu definieren. Unsere Hilfe für Afghanistan bringt keinerlei Gefahr, weder direkt noch indirekt, weder für Amerika noch für Westeuropa, weder für Pakistan noch für Iran. Wir wären sehr viel glücklicher, wenn wir unsere Truppen aus Afghanistan wieder abziehen könnten, als sie dort hinzuschicken. Das dürfen Sie uns glauben. Das gilt auch für unsere Regierung und unsere Partei. Denn wir sind mit einer sehr schweren Mission dorthin gegangen. Ich wage nach wie vor zu behaupten: Wären wir dort nicht einmarschiert, wäre die Situation in Afghanistan unvergleichlich ernster, was die Zahl der Opfer betrifft, vor allem unter der Zivilbevölkerung.

Breschnew hat in zwei Reden eine Frage angeschnitten, die die Interessen des Westens und der USA im Persischen Golf betrifft. Wir verstehen, daß der Westen in dieser Region ein sehr wichtiges, sogar lebenswichtiges Interesse hat, nämlich das Erdöl. Wir brauchen kein Erdöl, wir haben genügend eigenes. Wir sind auch bereit, zu annehmbaren kommerziellen Bedingungen anderen etwas abzutreten. Zwei Drittel der Sowjetunion, Sibirien und der Ferne Osten, sind Territorien, die praktisch noch nicht erschlossen sind. Man wird etliche Jahrzehnte benötigen, um diese Gebiete auf das Niveau des europäischen Teils der Sowjetunion zu entwickeln. Unser wichtigstes Lebensinteresse gilt also solchen außenpolitischen Bedingungen, die uns die Möglichkeit bieten, unser Land weiterzuentwickeln. In dieser Hinsicht bestehen riesige Aufgaben.

Es gibt allerdings auch andere Lebensinteressen, die Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft. Auf alle Fälle müßte man versuchen, unsere lebenswichtigen Interessen irgendwie zu definieren. Ich meine damit die Interessen jedes einzelnen Landes, mit dem Ziel, daß diese Interessen allgemein respektiert werden. Das ist unsere Aufgabe für die Zukunft, die wir lösen müssen.

In Moskau fanden kürzlich zwei interessante sowjetisch-amerikanische Treffen statt. Von amerikanischer Seite waren daran drei, Reagan ziemlich nahestehende Persönlichkeiten beteiligt. Es gab ferner ein sowjetisch-japanisches Treffen. Ich muß aufrichtig sagen, daß die Atmosphäre bei diesen Gesprächen optimistischer war, als sie hier herrscht.

Schuster

Sie nannten zwei Voraussetzungen der Entspannung, Herr Matweew. Ich möchte Sie fragen, ob Sie nicht noch eine dritte Voraussetzung akzeptieren würden, nämlich die offene Bereitschaft beider Seiten, auch der beiden Großmächte, sich uneingeschränkt zur Charta von Helsinki zu bekennen und sich daran zu halten. Sonst könnte leicht der Eindruck entstehen, als wäre die Sowjetunion nur an einigen, zumindest nicht an allen Teilen gleichermaßen interessiert. Das wäre sehr bedauerlich.

Matwejew

Die Schlußakte von Helsinki ist nicht das einzige Dokument. Es gibt auch die UNO-Charta, den NATO-Vertrag, den Warschauer Vertrag, die ebenso ihre Statuten haben und Verpflichtungen beinhalten. Wir befürworten, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen weder die Gewalt noch die Gewaltandrohung angewandt werden. Doch für jede Regel gibt es Ausnahmen. Die Vereinigten Staaten haben ihre Freunde, die zu verteidigen sie für ihre Pflicht und ihr Recht halten. Wir haben unsere Freunde. Wenn uns diese Freunde um Hilfe ersuchen, so heißt das nicht, daß wir jedem solchen Ruf automatisch Folge leisten. Wir werden aber jedes Ersuchen dieser Art sorgfältig prüfen.

Hier wurde betont, wie wichtig es sei, Kontakte zwischen den USA und Westeuropa zu pflegen. Im Grunde genommen geht es dabei um die Aufrechterhaltung des Status quo in der NATO. Wir sind unsererseits daran interessiert, den Status quo in der Geschlossenheit des Warschauer Vertrages zu wahren.

Schmidt

Herr Bahr sagte, im Hinblick auf den Fortgang der Entspannung sei es die Aufgabe der 80er Jahre, zusätzliche gemeinsame Interessen zu suchen und nach ihnen zu handeln. Dem stimme ich zu. Ich selbst sprach davon, "Schnittpunkte von Interessen" zu finden.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Frage des Gleichgewichts. Ich habe Bedenken, an die Problematik so heranzugehen, wie Herr Löwenthal es tut, wenn er von zwei Gleichgewichten spricht. Natürlich muß man beim Gleichgewicht vor allem die globale Sicht der Dinge im Auge haben:

Sowjetunion und Warschauer Vertrag auf der einen und USA und NATO auf der anderen Seite unter Berücksichtigung aller Kapazitäten.

Das Problem, das im Westen nicht erst heute diskutiert wird - Bundeskanzler Schmidt hat es bereits 1977 auf einer Tagung des Londoner Instituts für Strategische Studien aufgeworfen;-, betrifft die Frage des Verhältnisses von globalem und regionalem Gleichgewicht. Ist es möglich, gewissermaßen ein doppeltes Gleichgewicht zu bilden, ohne daß die Sicherheitsinteressen einer Seite dabei beeinträchtigt werden? Ich meine, Herr Löwenthal, diesen Komplex kann man nicht rein europäisch betrachten; denn das würde ja bedeuten, die USA-Komponente herauszunehmen. Wenn man so darüber diskutiert, dann müßte man auf östlicher Seite auch die Sowjetunion herausnehmen und ebenso die anderen osteuropäischen Staaten für sich betrachten. Ich weiß nicht, ob das sehr viel bringt, zumal sich hinter einer solchen Vorgehensweise leicht das Streben nach einer militärischen Überlegenheit verbergen kann. Ich habe bereits darauf verwiesen, daß eine Reihe von Entscheidungen in die Richtung gehen, unter dem Schirm eines regionalen Gleichgewichts das strategische Gleichgewicht zu verletzen.

Wenn wir über Europa und die europäischen Probleme sprechen, sollte auch die Frage einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung nicht vergessen werden. Ich weiß, daß es darüber auch im Westen viele Diskussionen gibt. Man befürchtet, das werde ein reines Propagandaunternehmen; es wird die Frage gestellt, was soll am Schluß dabei herauskommen? Wenn man sich aber einmal die Genesis dieser Idee in den letzten Jahren ansieht, dann stellt man fest, daß es durchaus eine Reihe von übereinstimmenden Interessen und Ansichten, zumindest aber Parallelen in bezug auf Sinn, Zweck, Aufgaben und Ablauf einer solchen Konferenz gibt. Deshalb hielte ich es für angebracht, auch in diesem Rahmen darüber zu diskutieren.

Löwenthal

Sie meinen, Herr Schmidt, es sei nicht notwendig, ein besonderes europäisches Gleichgewicht neben dem globalen Gleichgewicht zu untersuchen. Ich antworte darauf, daß sich diese Frage erst stellt, seit die Sowjetunion begonnen hat, in großer Anzahl Waffen vom Typ der SS 20 zu bauen. Dadurch hat sich die Sowjetunion in die Lage versetzt, potentiell alle entscheidenden Punkte in Westeuropa zerstören zu können, ohne die Vereinigten Staaten direkt anzugreifen. Das ist begreiflicherweise für die Westeuropäer keine komfortable Situation, in der wir sozusagen ständig unter dem Druck einer impliziten sowjetischen Bedrohung leben. Das ist keine gute Voraussetzung für eine Entspannung.

Es ist eine Situation, in der es schwerfällt, uns selbst und andere davon zu überzeugen, daß wir die Entspannung aus freiem Willen betreiben. Deshalb müssen wir - das ist ein vitales Interesse Westeuropas - aus dieser Lage der einseitigen regionalen Überlegenheit der Sowjetunion heraus. Ich habe schon gesagt, daß ein Ausgleich dieser Einseitigkeit durch amerikanische Mittelstreckenraketen in Europa dann wiederum das globale Gleichgewicht zu beeinflussen droht und man deshalb eine besondere Verbindung zwischen den Verhandlungen über beide Gleichgewichte schaffen muß. Ich sehe keinen Weg, darum herumzukommen.

Owtschinnikow

Wenn Sie sagen, Herr Löwenthal, daß der Aufbau der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die das regionale Gleichgewicht herstellen sollen, das globale Gleichgewicht stören würden, so ist das gerade der Standpunkt, den die sowjetische Seite vertritt. Wir sind der Ansicht, daß der Aufbau der SS-20-Raketen nicht durch die europäischen Aspekte bedingt, sondern für uns notwendig wurde, um die vorgeschobenen amerikanischen Nuklearkräfte auszugleichen.

Schmückle

Herr Matweew hat zu Recht betont, es käme darauf an, die lebenswichtigen Interessen des anderen zu definieren und, wo es möglich ist, zu berücksichtigen. Nun hat in der Periode der Entspannung die sowjetische Seite das lebenswichtige Interesse Westeuropas, nämlich seine Abhängigkeit von Amerika, stark berührt. Die Sowjets haben in dieser Zeit Herr Gasteyger hat darauf hingewiesen - eine gewaltige Seerüstung in Gang gebracht. Sie üben mit der größten U-Boot-Flotte der Welt, wie sie die Verbindungslinien zwischen Amerika und Europa unterbrechen können.

Diese Aktion hat uns zu Reaktionen genötigt: Wir wurden gezwungen, in Europa amerikanisches Gerät auszulagern. Damit wurde eine völlige Umstellung unserer gesamten Planung erforderlich. Ich erinnere Sie daran, daß die Sowjetunion Druck auf Norwegen ausgeübt hat, die Depots nicht dort anzulegen, wo sie militärisch hingehören, sondern 1000 km davon entfernt. Nicht im Norden, sondern in der Mitte des Landes. Die Sowjetunion hingegen unterhält auf der Kola-Halbinsel in der Nähe der

norwegischen Grenze nicht nur eine gewaltige U-Boot-Flotte, sondern darüber hinaus auch eine Land- und Raketenstreitmacht von beachtlichem Ausmaß.

Die Sowjetunion hat zweitens eine strategische Transportfähigkeit zur See und zur Luft aufgebaut, die in die Dritte Welt hineinreicht und die sensitive Gebiete, von denen wir in Europa abhängig sind, berührt.

Ein dritter Punkt betrifft die eurostrategische Bedrohung Westeuropas, die ebenfalls nicht im Interesse einer Entspannung in Europa liegen kann.

Schlußfolgerung: Ich meine, die Zeit ist vorbei, in der die Fähigkeit zu gegenseitiger Vernichtung ausreicht, um das Gleichgewicht zu definieren. Hinzu kommen muß leider, ausgelöst durch die sowjetische Politik, der Besitz weltweit verwendbarer operationeller Mittel, um Gewaltanwendung in anderen Gebieten der Welt pari bieten zu können. Beides zusammen kann dann zu dem von Herrn Bertram erwähnten Selbstvertrauen führen. Im Gegensatz zu Herrn Schmidt halte ich das psychologische Selbstvertrauen für ganz entscheidend, nicht nur für die Abschreckung, sondern auch für die Entspannung.

Vielleicht sollten die russischen Partner einmal darüber nachdenken, was die östliche Seite in der letzten Dekade also im Zeitraum der Entspannung - geleistet hat, um die lebenswichtigen Interessen Europas neu zu bedrohen.

Ritter

Wir haben bisher ausführlich über die Gründe der Enttäuschung beider Seiten mit Bezug auf den Entspannungsprozeß diskutiert. Ich finde es gut und notwendig, daß diese Diskussion auch ein härteres Profil nicht scheute. Indessen habe ich bisher keine grundlegend neuen Ansatzpunkte erkennen können. So gingen mir während der Diskussion drei Grundfragen - wenn Sie so wollen: drei "Gretchenfragen" - an die Adresse der sowjetischen Kollegen durch den Kopf.

Zum einen: Wie steht es mit dem Zusammenhang zwischen der Kontrolle des Rüstungsverhaltens, einer Mäßigung der Dynamik auf diesem Gebiet und anderweitigen Kooperationsinteressen, insbesondere dem Interesse an wirtschaftlicher Kooperation? Inwieweit könnte man hier von einem positiven und nicht nur von einem negativen Zusammenhang ausgehen? Negativ besteht er wohl in dem Sinne, daß bei einem exzessiven Rüstungsverhalten der einen Seite auf der anderen Seite die Basis für eine aktive Erweiterung der Wirtschaftskooperation fehlt. Ich würde gern ein sichereres Urteil darüber gewinnen, wie die sowjetische Seite darüber denkt, wenn es richtig ist, daß Politik wesentlich auch Güterabwägung ist.

Ich trete der Sowjetunion wohl nicht zu nahe, wenn ich sage, daß einem bei der Beobachtung der Entwicklung im Sowjetblock ein wachsendes Mißverhältnis auffällt zwischen einem herausfordernden Zuwachs an Rüstung und einem erheblichen Defizit an wirtschaftlicher Effektivität. Sicher ist die polnische Wirtschaft eine Sache für sich; aber immerhin gehört Polen auch in den Gesamtzusammenhang von COMECON. Im ganzen zeigt sich, daß es große Schwierigkeiten gibt, den Anforderungen, moderner Wirtschaft und den in dieser Hinsicht bestehenden Interdependenzen wirklich zu genügen.

Was bedeutet diese Diskrepanz für den Inhalt eines möglichen konzeptionellen Dialogs, den Westeuropa einerseits mit den USA, andererseits mit der sowjetischen Seite zu führen hätte? Natürlich denke ich nicht an eine technische Verkopplung von wirtschaftlicher Kooperation - und hier denke ich nicht nur an Osteuropa, sondern etwa auch an die großen Entwicklungsaufgaben in Sibirien - und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen. Aber sieht Ihr Interesse so aus, daß das Rüstungsverhalten der Sowjetunion und möglicherweise ihre Bereitschaft zu Selbstbeschränkungen im Drittweltbereich in einer anderen Perspektive zu sehen wären, wenn bestimmte Hindernisse für Wirtschaftskooperation verringert oder beseitigt würden?

Ich stelle diese Frage bewußt nicht unter das Rubrum einer "linkage-Politik" im Sinne einer "do ut des"-Forderung. Meine Frage; geht vielmehr davon aus - hier teile ich die Anmerkungen von Herrn von Weizsäcker;-; daß aller Erfahrung nach Rüstungskontrollpolitik kaum Chancen hat, substantiell zu werden, wenn sie nicht in einem breiteren Kontext von Interessenaustausch steht. Stanley Hoffmann hat am Anfang seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß es, was immer sonst die Fehler Anfang der 70er Jahre auf amerikanischer Seite gewesen sein mögen, konzeptionell diesen breiteren Kontext gegeben hat, der dann aber sehr schnell wegschrumpfte, so daß wiederum, wie zur Zeit Johnsons, die "arms-control"-Politik mehr oder weniger isoliert zum Zuge kommen mußte.

Meine zweite Frage geht davon aus, daß Rüstungskontrolle bisher, salopp gesprochen, "wenig Butter bei die Fische" gebracht hat, jedenfalls soweit dies die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts in Europa angeht. Ich meine, daß Rüstungskontrolle sehr stark unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden muß, wie ein bestimmtes Vorgehen auf diesem Gebiet Einfluß auf die Struktur der politischen Beziehungen gewinnt. Ich habe es immer so gesehen, daß die sowjetische Seite besonderes Augenmerk auf diese Seite der Sache legt.

Wenn das so ist, so frage ich mich wiederum, welche Rolle hier der konzeptionelle Rahmen Gesamteuropas spielt, der immer wieder in die Diskussion gebracht wird - zuletzt von Herrn Schmidt. Mein Eindruck ist, daß der gesamteuropäische Rahmen für die sowjetische Seite zwar einen gewissen funktionellen Wert hat mit Bezug auf die Strukturierung politischer Beziehungen, daß er also in gewissen Hinsichten ein Vehikel ihrer Interessen sein kann. Dies ist aber eine durchaus zweischneidige Sache für sie; denn die gesamteuropäische Dynamik wird, wenn sie in die klare Systemgeschiedenheit eingreift, suspekt.

Bekanntlich hat sich die deutsche Politik in drei Rahmen zu bewegen: einmal im Rahmen des westlichen Bündnisses, Wir haben gehört - und ich würde mich dem anschließen;-; daß eine wirksame, sinnvolle Detentepolitik oder westliche Ostpolitik nur in Koordination mit den Amerikanern möglich und tunlich ist. Sie hat zur Voraussetzung ein Gleichgewicht, das die NATO im Visavis zum Warschauer Pakt zu wahren hat.

Die westeuropäische Integration und politische Zusammenarbeit ist ein zweiter wichtiger Handlungsrahmen. Gerade er ist indessen der sowjetischen Seite oft suspekt und wird von ihr auch häufig überschätzt im Hinblick auf sicherheitspolitische Entwicklungsmöglichkeiten. Man glaubt hier, darauf Bedacht nehmen zu müssen, daß im Falle einer stärkeren Entkoppelung zwischen europäischem und amerikanischem Interesse Westeuropa eine eigenständige sicherheitspolitische Position in Alternative zur NATO aufbauen könnte. Und für diesen Fall will man vorsorglich und möglichst frühzeitig Westeuropa auf ein bestimmtes Niveau festlegen. Das ist so eine Fehleinschätzung der Interessenlage und der Möglichkeiten hier. Aber immerhin ist Westeuropa ein weiterer Handlungsrahmen mit hoher Priorität.

Mit Bezug auf den dritten, den gesamteuropäischen Handlungsrahmen frage ich mich, inwieweit in diesem Rahmen Entspannung im Sinne eines zunehmenden Abbaus von Systemantagonismus wirklich realisierbar ist. Ich denke hierbei nicht an das beiderseits fortbestehende Erfordernis des Bündniszusammenhalts. Aber ist etwa mit Blick auf die Entwicklung innerhalb Polens die Hinnahme nicht streng systemkonformer Vorstellungen und Lösungen vorstellbar? Das wird in der genannten Hinsicht sehr indikativ sein. An der Entwicklung in Polen interessiert uns nicht nur die Frage, ob die sowjetische Seite militärisch interveniert oder den Gewaltverzicht beachtet. Uns interessiert durchaus auch, ob Gesamteuropa tatsächlich und substantiell ein möglicher Entwicklungsrahmen für Detentepolitik ist, das heißt einen Zuwachs an intersystemarem Bewegungsspielraum zuläßt.

Es wurde vorhin wiederum darauf hingewiesen, daß die östliche Seite ein Abkommen über "non first use" als Entspannungsbeitrag vorschlägt. Dies kann indessen nur im Zusammenhang mit der komplexen Frage des europäischen Gleichgewichts in Betracht kommen. Wir alle wissen, daß die nukleare Abschreckung ein Faktor ist, der eben wegen anderweitig fehlenden Gleichgewichts bislang leider nicht zu entbehren ist. Wir wissen aber auch, wie zweischneidig dieses Element ist, und dies insbesondere für die deutsche Seite. Das gilt gerade dann, wenn Kategorien nuklearer Kriegsführung die Aufrechterhaltung der Abschreckung unvermeidlicher Maßstab sind.

Meine dritte Frage ist deshalb: Kann man sich auf sowjetischer Seite, zumindest längerfristig gesehen, eine andere sicherheitspolitische Grundstruktur in Zentraleuropa vorstellen? Ich meine eine Grundstruktur, die mit dem Abbau des starken konventionellen Ungleichgewichts die Nötigung verringert, für ein "europäisches Kriegstheater" auf eine nukleare Einsatzdoktrin zurückzugreifen. Wenn nicht, was ist dann die Perspektive für eine Entspannungspolitik? Die Sowjetunion sollte jedenfalls den Zusammenhang von "non first use" mit einer Sachlage, die uns immer wieder zur Aktualisierung der nuklearen Frage nötigt, nicht übersehen.

Well

Kurz ein Wort zur West-West-Hygiene. Es ist dringend notwendig, daß die Europäer sich sehr bald mit der neuen amerikanischen Administration über die Rolle der Rüstungskontrollpolitik verständigen. Der Doppelbeschluß vom 12. 12. 1979 ist im Grunde symbolhaft für die Art, wie die Westeuropäer Sicherheitspolitik verstehen. Denn sie müssen Rüstungskontrollpolitik parallel zu den Verteidigungsmaßnahmen, die der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dienen, betreiben.

Wir in Europa verfolgen eine kontinuierliche Politik. Es handelt sich dabei um Positionen, die vom Konsensus getragen und im Parlament vertreten worden sind. Sie sind auch in der Öffentlichkeit vertreten worden und haben sowohl für den Zusammenhalt der westeuropäischen Länder wie auch für den Zusammenhalt der Allianz eine große Bedeutung. Es ist deshalb sehr wichtig, daß mit dem neuen Stab in Washington möglichst bald eine Verständigung über die Bedeutung der Rüstungskontrollpolitik im Rahmen der künftigen Allianzpolitik hergestellt wird. Ich sehe einige Gefahren auf uns zukommen, wenn ich das Fazit aus der Diskussion, wie sie sich hier entwickelt hat, ziehe.

Kaiser

Lassen Sie mich für die weitere Diskussion die Punkte nennen, die wir noch behandeln sollten. Ich schlage vor, daß wir zunächst auf die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen eingehen. Einiges ist dazu schon angeklungen. Ein zweiter Punkt wäre die Vertiefung der begonnenen Diskussion über nukleare Mittelstreckenwaffen (TNF) und die Konferenz für Abrüstung in Europa. Drittens sollten wir uns dem amerikanisch-sowjetischen Verhältnis zuwenden und schließlich viertens das Problem der Dritten Welt und ihren Einfluß auf die Sicherheit in Europa analysieren. Insbesondere gilt es, den Komplex der Ost-West-Beziehungen auf Gebieten zu berücksichtigen, die beide Seiten bisher nicht zum Gegenstand von Vereinbarungen gemacht haben. In dem Zusammenhang wurde hier die Frage gestellt, ob es möglich ist, Erfahrungen aus Europa auf diese Gebiete zu übertragen.

Beginnen wir mit den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen. Dazu hat Herr Matweew bereits eine Reihe wichtiger Punkte vorgetragen. Er hat darauf hingewiesen, was auf diesem Gebiet erreicht wurde und welche Möglichkeiten hier noch bestehen. Es ist aber auch deutlich geworden, daß es unterschiedliche Vorstellungen über die politische Bedeutung des Ost-West-Handels gibt. Ich denke an die Frage der Abhängigkeit und des möglichen Mißbrauchs dieser Beziehungen. Das Gas-Abkommen zwischen der Sowjetunion und dem westeuropäischen Konsortium ist erwähnt worden; es wird übrigens auch in der europäisch-amerikanischen Diskussion behandelt. Droht auf diesem Gebiet eine einseitige Abhängigkeit, die Gefahren birgt? Wir sollten also über die politische Bewertung dieser Fragen sprechen; denn es hat wenig Zweck, auf ökonomische Details einzugehen.

Wie steht es um die Annahme, die Anfang der 70er Jahre Grundlage für die Erweiterung des Ost-West-Handels war, daß ein steigender Handel "vested interests" für die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen auf beiden Seiten schafft und damit zusätzliche Barrieren gegen den Ausbruch eines weiterführenden, insbesondere eines militärischen Konfliktes errichtet? Dies war seinerzeit die konzeptionelle Grundlage von Überlegungen, die auf eine Ausweitung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zielten. Dies wird jetzt in Frage gestellt.

Gordey

Was vor zehn Jahren tatsächlich eine Grundeinstellung vieler war, daß nämlich der Handel diese Rolle spielen würde, ist in Frankreich noch vor einigen Monaten, besonders in der Umgebung von Staatspräsident Giscard d'Estaing gängige Auffassung gewesen. Diese These wurde von verschiedenen französischen Diplomaten vertreten, aber vor allem das Buch des amerikanischen Anwalts Samuel Pizar mit dem Titel "Die Waffen des Friedens" scheint auf den französischen Staatspräsidenten großen Einfluß ausgeübt zu haben. Möglicherweise ist davon auch die recht milde Stellungnahme Giscard d'Estaings zu Afghanistan beeinflusst worden - trotz einiger notwendiger Worte, die er hin und wieder von sich hören ließ.

Gegenwärtig beginnt sich in Frankreich aber die Einstellung der maßgeblichen Leute zu verändern. Das kann innenpolitische Motive haben - die Kampagne für die Präsidentschaftswahlen hat begonnen. Bestimmte Kandidaten treiben die anderen dazu, gegenüber der sowjetischen Politik Stellung zu nehmen. Ich denke besonders an Frau Marie France Garaud, die ehemalige Beraterin des Präsidenten Pompidou. Sie weist immer wieder auf die sowjetische Hegemoniegefahr hin und zwingt dadurch die anderen Kandidaten, ebenfalls dazu Stellung zu beziehen. Das dürfte in Kürze von Giscard d'Estaing, aber auch von Mitterrand, Debré und den anderen Kandidaten zu erwarten sein.

Vor einigen Tagen sprach der ehemalige französische Außenhandelsminister, jetzt Staatsminister, Jean François Deniau, im Fernsehen. Er ist möglicherweise Kandidat für die Nachfolge von Raymond Barre, also für den Posten des nächsten Premierministers, wenn Giscard d'Estaing wiedergewählt werden sollte. Er wurde gefragt, was geschehen würde, wenn die Russen in Polen einmarschierten. Darauf kam die Antwort - von einem Mann, der sich immer wieder für die Ausweitung der Außenhandelsbeziehungen Frankreichs zur Sowjetunion eingesetzt hatte;- , dann müßte der Handel eigentlich aufhören. Die Journalisten waren ziemlich verblüfft und wiederholten ihre Frage. Deniau antwortete, in bestimmten Situationen müsse man eben Stellung nehmen und auch Positionen

verändern. Das gelte ebenfalls für den Handel. Ohne Zustimmung von Giscard d'Estaing würde Deniau solche Mahnungen nicht von sich aus geben.

Dann noch zu einem anderen Punkt. Ich arbeite als Journalist seit gut 35 Jahren über Ost-West-Fragen und beschäftige mich eingehend mit der sowjetischen Politik. Ich habe immer wieder festgestellt - das gilt auch für die Aussage unserer sowjetischen Freunde hier;- , daß die Sowjetunion stets versucht, einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und die westliche Allianz zu treiben. Im vorigen Jahr wurde sogar geschrieben, wir seien die Geiseln der Amerikaner und würden alle vernichtet werden aufgrund der euro-missiles. Entweder geht man grob oder sehr sachte vor. Ständig wird aber versucht - auch im Handel;- , Europäer und Amerikaner zu spalten.

Anscheinend hat man auf sowjetischer Seite immer noch nicht begriffen, was vor Jahrzehnten schon gesagt wurde: Ohne Herrn Stalin wäre es zu keinem Marshallplan und zu keiner NATO gekommen. Auch ein stärkerer Zusammenhalt des westlichen Bündnisses wird nicht ohne die Mithilfe von Herrn Breschnew geschehen. Ich persönlich begrüße diese Entwicklung; denn durch die letzten politischen Ereignisse und durch die scharfen Stellungnahmen der sowjetischen Propaganda wird der öffentlichen Meinung in den westlichen Ländern klar, was da getrieben wird und was auf uns zukommt. Dadurch wird das westliche Bündnis wieder stärker zusammengeschlossen.

Bertram

Es ist sicher richtig, daß Handel und Kredite am Anfang der Entspannung als nützliche Vehikel für eine Verbesserung des politischen Verhältnisses angesehen worden sind. Uns allen ist noch die Begründung gegenwärtig, die Kissinger für seine Entspannungspolitik gegeben hat, dieses Netz von Anreizen und Sanktionen, in dem wirtschaftliche Beziehungen eine entscheidende Rolle spielen. Ich bin nach wie vor von dieser Argumentation beeindruckt. Der Versuch scheint mir richtig zu sein, "vested interests" in einem politisch labilen Verhältnis zu schaffen, so daß man sich zum Beispiel vorher klarmacht, was es ökonomisch kosten kann, wenn man in Polen einmarschiert. Das kann als Barriere gegen den Einsatz kriegerischer Mittel zur Lösung politischer Probleme dienen.

Wenn man die Entspannung wieder fördern will und wie ich der Überzeugung ist, daß sich Rüstungskontrolle dazu nicht eignet, wird man nach Möglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich suchen müssen: zum Beispiel auf dem Energiesektor.

Allerdings muß ich zweierlei hinzufügen. Erstens: In dem neuen Abschnitt der Entspannung, in dem wir uns befinden, müssen wir genauer darüber nachdenken, wie der Westen wirtschaftliche Beziehungen strukturieren sollte und ob das noch so weitergehen kann wie in den 60er und 70er Jahren, insbesondere was die Auswirkungen auf Osteuropa angeht. Ist es richtig, bedingungslos Kredite zu geben, oder sollte man dies bestimmten Bedingungen unterstellen?

Zweitens stellt sich die Frage nach der Abhängigkeit. Welchen Grad von Abhängigkeit können wir mit unserer Sicherheit vereinbaren? Das deutsch-sowjetische Erdgasgeschäft ist natürlich für die Bundesrepublik als Energieimporteur durchaus interessant. Auch die Bankiers und die Gasindustrie sind daran zweifellos interessiert. Das Problem besteht aber darin, daß es bisher weder in der Bundesrepublik noch im Bündnis eine umfassende Diskussion darüber gibt, wie man eine strategische Abhängigkeit, die unerträglich wäre, vermeiden kann. Dies ist ein Bereich, den man nicht einfach der Industrie oder den Banken überlassen darf. Vielmehr müssen sich hier die Regierungen überlegen, was mit unserer Sicherheit verträglich ist.

Stellen wir uns folgende Situation vor: Gesetzt den Fall, die Sowjetunion marschiert in Polen ein und die Vereinigten Staaten reagieren darauf mit wirtschaftlichen Sanktionen. Wenn die Bundesrepublik dann ein Abkommen eingegangen ist, das zu kündigen für sie selbst erheblichen Schaden bedeuten würde, dann wären dadurch die Möglichkeiten einer westlichen Reaktion auf eine brutale Verletzung der Charta von Helsinki beschnitten.

Gasteyger

Lassen Sie mich dieses Problem, das uns seit 20/25 Jahren beschäftigt, einmal aus sowjetischer Sicht angehen. Wie nimmt sich die Zukunft der sowjetischen Wirtschaft aus? Soweit wir es abzusehen vermögen, wird die Sowjetunion mit weiter sinkenden Wachstumsraten rechnen müssen. Das wird sicher die Ressourcenverteilung erheblich erschweren, besonders dann, wenn der Rüstung nach wie vor Priorität eingeräumt wird.

Wir wissen, daß die Sowjetunion über außerordentlich große öl- und Erdgasreserven verfügt. Es scheint mir deswegen weniger das Problem zu sein - wie es oft im Westen gesehen wird;- , daß sie in

den 80er Jahren nicht genügend Öl haben wird, sondern ob sie diese Öl- und Erdgasreserven rechtzeitig für sich, ihre Verbündeten und für den Export in westliche Länder nutzbar machen kann.

Wenn dem so ist, wird dies Konsequenzen für die sowjetische Außenpolitik ebenso wie für unser Verhalten gegenüber der Sowjetunion haben. Dies in zweierlei Hinsicht: einmal hinsichtlich der Frage, ob die Sowjetunion, früher oder später nicht doch gezwungen sein wird, in den Mittleren Osten auch für Ölimporte auszuweichen. Für Erdgas hat sie dies ja in Iran schon seit längerem getan. Wir wissen, daß Afghanistan auf diesem Gebiet nicht ohne Bedeutung für die Sowjetunion ist.

Die zweite Frage ist, wieweit die Sowjetunion willens und in der Lage ist, ihren osteuropäischen Verbündeten das Öl zu für sie wirtschaftlich noch zu verkräftenden Preisen zur Verfügung zu stellen oder ob diese ihrerseits noch mehr teures mittellöstliches Öl kaufen werden müssen.

Damit komme ich zu der uns hier unmittelbar interessierenden Frage, nämlich bis zu welchem Grade eine Abhängigkeit des Westens von der Sowjetunion strategisch zu verantworten ist. Ich sehe hier - das müssen wir offen sagen - einen wachsenden Widerspruch zwischen der berechtigten Forderung nach Nachrüstung als Antwort auf das sowjetische Übergewicht im eurostrategischen Bereich einerseits und dem Wunsch nach Fortführung oder sogar Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit andererseits. Irgendwo scheint hier ein logischer Widerspruch zu bestehen, jedenfalls für Teile der öffentlichen Meinung.

Man wird der Sowjetunion zugestehen müssen, daß sie es auf nuklearem Gebiet mit mehreren Nuklearmächten zu tun hat und sich deswegen im Nachteil fühlen kann. Das ist sicher keine sehr angenehme Situation. Auf wirtschaftlichem Gebiet hingegen befindet sie sich in einem Vorteil, in dem sie wichtige westliche Konkurrenten gegeneinander ausspielen kann.

Es ist sehr schön, wenn Herr Bertram sagt, das westliche Bündnis müsse sich über Ausmaß und Folgen einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion abstimmen. Einverstanden. Nur übersehen wir dabei, daß in diesem Bündnis ein Land, nämlich Japan, nicht vertreten ist. Das weist schon darauf hin, daß in Zeiten wirtschaftlicher Rezession die Konkurrenz unter den westlichen Ländern sich verschärfen wird. Das sind Überlegungen, die jedes westliche Land auch in seiner Wirtschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion anstellen und sich überlegen muß, wo Bündnissolidarität vor wirtschaftlichen Interessen kommen soll oder kann. Ich fürchte, daß man auf seilen der Sowjetunion möglicherweise - vielleicht tue ich ihr Unrecht - die Hoffnung hegt, Westeuropa durch Erdöl- und Erdgasbezüge abhängiger zu machen, um sie damit auch entsprechend entspannungsfreundlicher zu stimmen. In jedem Fall wird niemand leugnen können, daß sich beides - Rüstung für mehr äußere Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit für mehr innere Stabilität und Wachstum - nicht fein säuberlich trennen läßt. Beides beeinflußt das Interesse an Entspannung oder die Bereitschaft zur eventuell nötigen Härte hüben und drüben.

Well

Fragt man nach der Bedeutung der Wirtschaft für die Entspannungspolitik, dann sollte man diese Frage sowohl im Hinblick auf eine positive Entwicklung, das heißt im Zuge des Ausbaues der Beziehungen, als auch hinsichtlich ihrer Verschlechterung untersuchen.

Es ist klar, daß in den vergangenen 10 Jahren die Wirtschaftsbeziehungen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses in Europa gespielt haben. Das sieht man deutlich bei den einzelnen bilateralen Vereinbarungen - der "rocher de bronze" war dabei immer der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Es haben sich dort auch erhebliche Annäherungen ergeben, selbst da, wo dies aus ideologischen Gründen nicht einfach war.

Es gibt heute Investitionsförderungsabkommen mit Staaten des RGW; es besteht eine Zusammenarbeit auf Drittmärkten, das heißt, unsere Entwicklungshilfeprojekte werden zum Teil aus den Staaten des RGW beliefert. Wir haben sogar eine erste Beteiligungsgesellschaft mit 49 zu 51 Prozent. Wie wir aus dem Osten hören, werden in diesem Bereich alte ideologische Hemmnisse mehr und mehr abgebaut. Da geht es natürlich um gegenseitige Interessen; im wirtschaftlich-finanziellen Bereich werden keine politischen Preise gezahlt. Es gibt Ausnahmen, aber im Grundsatz tragen sich diese Beziehungen auf der Basis des gegenseitigen Nutzens.

Im übrigen sind wir der Auffassung, es ist angesichts der langfristigen großen Probleme der Weltwirtschaft notwendig, daß der RGW-Raum besser in die Strukturen der Weltwirtschaft eingefügt wird und an den gemeinsamen Beratungen über die Wirtschafts- und Energieprobleme teilnimmt, die sich in der Welt stellen. Wir sind ebenfalls der Auffassung, daß dieser große Raum an der gemeinsamen Anstrengung der Entwicklungsländer beteiligt sein muß, sich besser in die Weltwirtschaft einzuordnen und ihnen eine faire Chance zu geben.

Nun komme ich zur Rolle der wirtschaftlichen Kooperation bei einer Verschlechterung der Beziehungen. Dazu muß ich eine allgemeine Bemerkung voranstellen. Wir machen uns große Sorgen darüber, daß die Wirtschaftsbeziehungen in zunehmendem Maße durch zahlreiche pressure groups manipuliert, sozusagen als Straf- und Sanktionsinstrument eingesetzt werden sollen. Das geht von Südamerika, Mittelamerika, Südafrika bis nach Asien. Wann immer man im Menschenrechtsbereich oder irgendwo anders meint, hier müßten wir einmal etwas energischer vorgehen, erschallt der Ruf nach einer Reduzierung der Wirtschaftsbeziehungen. Wir dürfen dann keine Hermes-Garantien mehr geben und keine Kredite mehr einräumen. Die betreffenden Unternehmen werden gewissermaßen auf die Anklagebank gebracht und unter Druck gesetzt. Das nimmt mehr und mehr zu. Hier geraten wir in eine Gefahrenzone für unsere eigene Wirtschaft.

Wir wissen natürlich alle, daß sich schwere politische Belastungen und Spannungen im politischen Bereich auf die Wirtschaftsbeziehungen auswirken. Ich kann das offen aussprechen: Nach der Intervention in Afghanistan war es politisch unmöglich, die große gemischte deutsch-sowjetische Kommission, die für Januar, 1980 angesetzt war, in Bonn tagen zu lassen. Das war nicht als eine Straf- oder Sanktionsmaßnahme gedacht, sondern es war ein Zwang der politischen Realität.

Wir haben damals Wert darauf gelegt zu betonen, daß diese Trübung der Beziehungen eine unvermeidliche Folge aus dem Verhalten der Sowjetunion gegenüber Afghanistan ist. Die ganze öffentliche Meinung in Europa und Nordamerika stand unter dem Schock des Einmarsches. Das mußte sich zwangsläufig auf die Atmosphäre der Beziehungen und auf die anstehenden praktischen Entscheidungen auswirken.

Die Frage ist allerdings, ob man, wenn es irgendwo eine Veränderung des Gleichgewichts oder ein Fehlverhalten im zwischenstaatlichen Verhältnis gibt, nach dem Rezept der Bestrafung, der Sanktionen reagieren soll oder nach dem Rezept des Aufbaus von Gegengewichten an der Stelle, an der die Störung entstanden ist. Das war zum Beispiel nach Afghanistan die große Diskussion im Westen. Die Sowjetunion veränderte durch die Intervention in Afghanistan das Kräfteverhältnis in der Region. Vielleicht hat sie das damals nicht so übersehen. Die Konsequenzen ergaben sich aber wie eine chemische Reaktion. Die von ihr jetzt selbst bedauerte Gegenbewegung kann sie übrigens hinsichtlich der Intensität selbst bestimmen durch ihr Verhalten bei einer politischen Lösung der Frage Afghanistan.

Die Frage ist zu prüfen, ob sich die Wirtschaftsbeziehungen als Instrument des Krisenmanagements eignen, vor allem dann, wenn sie langfristig angelegt sind: 10-, 15-, 20jährige Projekte. Oder sollte man sich darauf konzentrieren zu untersuchen, welche politischen Voraussetzungen vorliegen müssen, um überhaupt die Wirtschaftsbeziehungen weiterentwickeln zu können?

Nun zu den Abhängigkeiten. Das Gasgeschäft ist seit langem im Gespräch. Es ist mehrfach auf politischer Ebene eingehend diskutiert worden, sowohl in der Bundesrepublik wie auch im Bündnis. Wir sind im Bündnis übrigens der Auffassung, daß die Energieproblematik solche Dimensionen angenommen hat und weiter annehmen wird, daß es im allseitigen Interesse liegt, die Energieressourcen auszubauen. Wir sind also auch daran interessiert, daß die sowjetischen Energiequellen ausgebaut werden, und zwar im Interesse des Weltmarktes insgesamt. Wenn die Sowjetunion ihre Energiemöglichkeiten nicht ausnutzt, wird sie bald auf dem Weltmarkt erscheinen. Es wird zugleich auch ein Politikum sein, wenn die Sowjetunion für den ganzen RGW-Raum Energieressourcen anderswo mobilisieren muß. Wir haben also alle ein Interesse daran, in gegenseitiger Hilfe das große Problem der Energieversorgung längerfristig zu lösen.

Im übrigen stellt sich die Frage, welche Energiebeziehungen stabiler sind. Einige unserer Energiebeziehungen haben sich schon jetzt als sehr viel instabiler erwiesen, als man ursprünglich angenommen hatte.

Es ist wohl bekannt, daß wir der Auffassung sind, 30 Prozent beim Gasbezug sei problemlos, zumal wir ein Verbundsystem haben. Bei dem neuen Geschäft handelt es sich ja nicht um ein deutsch-sowjetisches Abkommen, sondern Frankreich, die Beneluxländer, Italien und Österreich; sie verbreitern die Interessenübereinstimmungen, sie sind von beiderseitigem Nutzen. Ihre Eignung für das Krisenmanagement müßte weiter untersucht werden und ist gewiß von Land zu Land unterschiedlich zu veranschlagen.

Zu Japan möchte ich betonen, daß dieses Land ein zunehmendes Interesse daran hat, sich mit Westeuropa und Nordamerika in diesen Fragen abzustimmen. Japan hat ja hinsichtlich der Sanktionen gegenüber Iran mit der Europäischen Gemeinschaft zusammengearbeitet und möchte das auch in anderen Bereichen tun, in denen Wirtschaftsbeziehungen eine Rolle spielen. Hier zeigt sich

eine Tendenz, daß Japan die westliche Politik nicht für sich ausnutzt, sondern mehr und mehr bereit ist, sich in eine solche westliche Politik einzufügen.

Schmidt

Die ökonomischen Beziehungen, ob es sich dabei nun um Ost-West- oder um Nord-Süd-Beziehungen handelt, sind zunächst einmal Ausdruck der objektiv gegebenen internationalen Arbeitsteilung. Diese internationale Arbeitsteilung in einer Weltwirtschaft wird selbstverständlich von Subjekten unterschiedlichen sozialökonomischen Charakters getragen. In dieser einheitlichen Weltwirtschaft werden die ökonomischen Beziehungen zunehmen, vielleicht nicht immer kontinuierlich, sondern möglicherweise von Rückschlägen unterbrochen. Es ist aber nicht möglich, diese Arbeitsteilung aufzugeben und etwa drei Weltwirtschaften zu schaffen: eine sozialistische, eine kapitalistische und eine in der Dritten Welt. Man kann diese Entwicklung durch die Politik natürlich sowohl positiv als auch negativ beeinflussen.

Die Geschichte der ökonomischen Ost-West-Beziehungen zeigt deutlich, daß hier nach wie vor ein Primat der Politik herrscht. Dies zeigt sich zum Beispiel bei einem Rückblick auf die Periode des Kalten Krieges. Damals wurden unter dem politischen Druck die ökonomischen Beziehungen gedämpft, zum Teil ganz eingefroren, so daß sie sich nicht entwickeln konnten. Genauso hat dann in den 70er Jahren die Einleitung des Entspannungsprozesses den Anstoß für den Ausbau der ökonomischen Beziehungen gegeben. Und diese ökonomischen Beziehungen sind nun ihrerseits in gewissem Maße Fundament der friedlichen Koexistenz geworden.

Wir stehen heute erneut vor einer Verschärfung der politischen Situation. Der Primat der Politik zeigt sich darin, daß gegenwärtig wiederum versucht wird, die ökonomischen Beziehungen politisch zu beeinflussen - nach der einen oder nach der anderen Seite. Aber wir haben es heute mit einer veränderten Situation zu tun, die neue Überlegungen notwendig macht; denn die 80er Jahre werden durch qualitativ neue ökonomische Gegebenheiten geprägt sein. Die Partner sind andere als vor 20 Jahren. Der RGW-Raum ist, bei all seinen ökonomischen Problemen und Schwierigkeiten, ein Gebiet mit einer dynamischen Entwicklung und einer außerordentlichen Wirtschaftskraft. Man mag darüber streiten, ob der Anteil an der Weltindustrieproduktion 33, 35 oder 37 Prozent beträgt, jedenfalls kann man dieses Potential nicht einfach beiseite schieben.

Mein dritter Punkt betrifft die Tatsache, daß wir es mit neuen Gegebenheiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu tun haben, die es nicht nur für einzelne Staaten, sondern selbst für Gruppen von Staaten unmöglich machen, alles selbst zu entwickeln. Auch aus diesem Grunde ist die internationale Arbeitsteilung notwendig. Wir sind mit einer neuen Dimension der Energieproblematik konfrontiert; wir sehen uns völlig neuen Forderungen der Entwicklungsländer nach einem gerechten Anteil an den ökonomischen Beziehungen gegenüber, die in diesem Jahrzehnt zumindest teilweise zum Tragen kommen sollen. Ich könnte noch eine Reihe weiterer Probleme nennen.

Durch diese Gegebenheiten werden die Möglichkeiten der Politik, die ökonomischen Beziehungen im negativen Sinne zu beeinflussen, zunehmend zurückgedrängt. Das mag noch für einen gewissen Zeitraum möglich sein, aber, wie Henvan Weil sagte, stellt sich die Frage der Ausnutzung ökonomischer Beziehungen als sogenannte Straf- und Sanktionsinstrumente unter den neuen Bedingungen doch anders: Wer letztlich von einer "Bestrafung" den Schaden hat, ist nicht von vornherein ausgemacht. Das müßte man sich auf beiden Seiten überlegen in Anbetracht dieser auf bestimmten Gebieten vorhandenen gegenseitigen Abhängigkeiten.

Wie steht es um diese Abhängigkeiten? Man sollte vielleicht besser von gewissen sich ergänzenden Bedingungen sprechen. Bekanntlich verfügt die Sowjetunion über große Energie- und Rohstoffreserven, an denen der Westen interessiert ist. Auf der anderen Seite haben die sozialistischen Länder, auch mein Land, ein Interesse daran, an der internationalen Arbeitsteilung zu partizipieren und nicht alles neu zu entwickeln, was bereits vorhanden ist. Die Gegenseitigkeit besteht hier nicht in der Weise, daß sich in jedem einzelnen konkreten Fall Plus und Minus ausgleichen müssen, aber insgesamt gibt es eine Übereinstimmung von Interessen. Diese wird sich auch weiter durchsetzen.

Was heißt mit ökonomischen Beziehungen einen Keil treiben, Herr Gordey? Es gibt eben regionale Unterschiede und Unterschiede von Land zu Land. Es ist etwas anderes, ob ein Land 30 Prozent seines Bruttosozialprodukts im Außenhandel realisiert oder nur 5 beziehungsweise 10 Prozent. Dementsprechend wird sein Interesse an der internationalen Arbeitsteilung davon beeinflußt sein. Ich kenne von seiten der sozialistischen Länder eigentlich nur die Forderung, entsprechende ökonomische Beziehungen auch zu den USA zu entwickeln und nicht die USA auszusparen. Wir tun das. Auf der anderen Seite muß man natürlich die Bedingungen und Möglichkeiten nutzen, wie sie

sich ergeben. Auf dem Weltmarkt sind wir mit den Konkurrenzbeziehungen konfrontiert. Wir müssen uns dort gewissermaßen nach Angebot und Nachfrage richten.

Ist es denn so falsch, Herr Gasteyger, ökonomische Beziehungen zwischen verschiedenen Ländern als eine Basis der Verflechtung von Interessen zu betrachten, die Bestrafungsaktionen oder das Rückgreifen auf kriegerische Aktionen schwieriger machen? Ich halte das für eine positive Sache. Ein Motiv unsererseits besteht darin, die Entspannung auch ökonomisch entsprechend zu untermauern.

Wir sollten unsere Überlegungen vielleicht ein wenig über den Rahmen der ökonomischen Beziehungen der 50er, 60er und 70er Jahre hinausgehen lassen und uns die Frage stellen, welche neuen Bedingungen sich für die Politik in den 80er Jahren objektiv ergeben und wie wir ihnen, wenn wir unsere Entscheidungen treffen, Rechnung tragen.

Löwenthal

Herr Kaiser hat diesen Teil der Diskussion mit der Frage eröffnet, was aus der Verflechtungstheorie von Kissinger geworden sei, mit der die Entspannung zum Teil begann. Ich habe von dieser Theorie, derzufolge sich durch die immer stärkere wirtschaftliche Verflechtung ein Netz von Beziehungen herstellt, die den politischen Konflikt mehr oder minder automatisch abschwächen, niemals sehr viel gehalten. Ich habe mich daran erinnert, daß es eine solche Verflechtungstheorie auch vor dem Ersten Weltkrieg gab, wo man der Meinung war, das Ausmaß der wirtschaftlichen Verflechtung in der Welt würde einen Krieg ausschließen. Das hat sich bekanntlich nicht bestätigt. Heute, wo es sich um Länder handelt, die wissen, welche Katastrophe ein nuklearer Weltkrieg bedeutet, die ihn daher ohnehin zu vermeiden wünschen, ist das sicher kein sehr starker zusätzlicher Faktor zur Kriegsvermeidung. Die Frage ist vielmehr, ob es ein Faktor zur Mäßigung im Konfliktverhalten ganz allgemein sein kann. Im Hinblick darauf muß ich sagen, daß die Ergebnisse nicht sehr verlockend sind.

Wir haben erlebt, daß die Sowjetunion mindestens seit etwa 1975 eine Doppelstrategie verfolgt, nämlich auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen die Früchte der Entspannung voll zu genießen und auf dem Gebiet der Rüstung und bei ihrem Vorgehen in der Dritten Welt sich so zu verhalten, als ob es kaum eine Entspannung gäbe. Dieser Widerspruch hat natürlich im Westen die Frage aufgeworfen, ob man die Sowjetunion dazu bringen kann, ihr politisches Handeln zu ändern, indem man ihr durch eine "linkage", durch eine Verbindung der Wirtschaftspolitik mit der allgemeinen Rüstungs- und Abwehrrpolitik zu verstehen gibt, daß sie die Früchte der wirtschaftlichen Beziehungen nur dann haben kann, wenn sie sich auch auf anderen Gebieten entsprechend verhält. Die Politik des Westens zielt also darauf, der Sowjetunion deutlich zu machen, daß diese Früchte allmählich verlorengehen, wenn sie sich in anderen Dingen nicht entsprechend verhält.

Über diese "linkage" gab es im Westen seit Jahren eine Diskussion. Ich kann mich erinnern, daß ich in einem Bericht der Trilateralen Kommission auf die Voraussetzungen einer solchen Verbindung hingewiesen habe: Daß sie nämlich nur möglich ist, wenn eine Politik der bedingten Begrenzung der wirtschaftlichen Beziehungen durch ein gemeinsames Organ einheitlich vorbereitet wird. Wahrscheinlich wäre dies nicht bei der NATO, sondern bei der OECD zu lokalisieren. Es müßte sich um ein gemeinsames Beratungsorgan handeln; denn ein gemeinsames Beschlußorgan über solche Fragen ist nicht möglich.

Durchführbar wäre eine solche Politik überdies nur nach gesetzgeberischen Vorbereitungen in den einzelnen Ländern. Nicht nur die Konkurrenz unter den westlichen Ländern und Japan belastet ja eine solche Politik, sondern überdies erschwert die Freiheit der Marktwirtschaft in den kapitalistischen Ländern die Durchführung derartiger Maßnahmen erheblich. Das ist also eine Sache, die außerordentliche institutionelle und gesetzliche Vorbereitungen erfordert und selbst dann sehr schwer zu praktizieren wäre. Sie kann ganz bestimmt nicht in einem Anfall von Ärger als "Bestrafung" improvisiert werden, wie das vor einiger Zeit von den Vereinigten Staaten versucht wurde.

Die Frage ist aber, selbst wenn man diese Vorbereitungen trifft, ob dies überhaupt aufgrund der Struktur unserer Länder und ihrer Konkurrenz untereinander sehr erfolgversprechend ist. Ich möchte deshalb die Frage aufwerfen, ob es nicht eine alternative Reaktion auf die sowjetische Doppelstrategie gibt. Diese kann nicht in dem Versuch bestehen, das zu verhindern, wofür wir die Zwangsmittel effektiv nicht haben, sondern darin, auf die Doppelstrategie mit einer Doppelstrategie zu antworten: Auf Rüstung, soweit notwendig mit Rüstung, auf die Verhandlungsbereitschaft mit Verhandlungsbereitschaft, auf die Expansion mit militärischen Maßnahmen zur Verhinderung der Expansion, auf die Bereitschaft zur wirtschaftlichen Kooperation mit Bereitschaft zur wirtschaftlichen Kooperation. Mit anderen Worten: Der Widerspruch, von dem Herr Gasteyger gesprochen hat, daß

man gleichzeitig nachrüstet und Wirtschaftsverträge schließt, scheint mir unter den gegebenen Umständen ein der Sache nach unvermeidliches Verhalten zu sein.

Das gilt besonders auf einem wichtigen Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, das hier von verschiedenen Diskussionsteilnehmern hervorgehoben wurde: für die Energiekooperation.

Herr Iwanow hat darauf hingewiesen, die Sowjetunion verfüge über große Energieressourcen; sie habe es nicht nötig, am Persischen Golf aktiv zu werden. Die Sowjetunion hat in der Tat große Energieressourcen, aber ein Teil von ihnen sind schwer zu erschließen, wie wir alle wissen. Die Erschließung der sibirischen öl- und Gasressourcen erfordert viel Kapital, viel moderne Technologie und viele Menschen. Die Frage der Menschen ist ein rein inneres Problem der Sowjetunion; es läßt sich durch internationale Wirtschaftsbeziehungen nicht lösen. Bleibt die Frage des Kapitals und der Technologie. Sie läßt sich, wie das Beispiel des Erdgasgeschäfts zeigt, partiell durch internationale Wirtschaftskooperation lösen. Wenn sie gelöst wird, bedeutet das nicht nur, daß dies für die Sowjetunion und für die Bezieher des Erdgases im Westen vorteilhaft ist, sondern es bedeutet darüber hinaus, daß für die Sowjetunion das Motiv, in der gefährlichsten Region der Welt, nämlich in der Region des Persischen Golfs, dem Westen entgegenzutreten, wesentlich verringert wird.

Ich bin also der Meinung, daß zwischen dem Entgegenreten gegen sowjetische Expansion soweit notwendig mit Rüstung und entsprechenden Maßnahmen auf der einen und der Bereitschaft zur wirtschaftlichen Kooperation in Schlüsselfragen, wie der Energiefrage, auf der anderen Seite, nicht notwendig ein Widerspruch besteht, sondern dies unter Umständen eine notwendige Ergänzung sein kann.

Iwanow

Ich habe den Eindruck, daß zwei Tendenzen hier gegeneinander stehen: Zum einen das Bemühen, diese Diskussion konkret und produktiv' zu gestalten - dafür bin ich Herrn van Well und dem Genossen Schmidt dankbar;- , zum anderen die destruktive Tendenz. Wenn man die Quintessenz aus den letzten Diskussionsbeiträgen zieht, so wird uns angeboten, darüber zu diskutieren, wie der Handel zu einem Netz von Sanktionen im Rahmen einer Politik der Bestrafung genutzt werden kann. Ich sehe keine Notwendigkeit, diese Frage weiter zu behandeln.

Da heißt es: Was geschieht, wenn sich die Ereignisse in Polen in diese oder jene Richtung entwickeln? Ich denke, daß eine Verbindung zwischen Polen und dem Außenhandel nur in einer Hinsicht bestehen kann: Die sozialistischen Länder leisten Polen wirtschaftliche Hilfe, damit die inneren Schwierigkeiten dort überwunden werden können. Wenn die westlichen Länder Hilfe geben können, indem sie zum Beispiel die Beschränkungen für den polnischen Export abbauen, dann dürfte das auch ein Gegenstand dieser Diskussion sein.

Wir sind mit der Absicht hierhergekommen, die Teilnehmer an diesem Gesprächskreis zu informieren über die Perspektiven unseres Außenhandels im neuen Fünfjahresplan allgemein, insbesondere aber über die Perspektiven des Handels und der Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der BRD. Falls bei den Anwesenden ein berufliches Interesse an dieser Information vorhanden ist - ich betone: ein berufliches Interesse;- , können wir unser Gespräch in diese Richtung fortsetzen.

Wenn Sie darüber diskutieren wollen, inwieweit das westliche Bündnis es sich leisten kann, von uns abhängig zu sein, so brauchen Sie dafür die Anwesenheit der sowjetischen Experten nicht. Dafür können Sie im Rahmen Ihres Bündnisses zusammenkommen und diese Frage unter sich ausmachen. Dann können Sie uns mitteilen, ob Sie sich eine Abhängigkeit beim Erdöl in einer Höhe von 5 Prozent, beim Erdgas von 10 Prozent und so weiter leisten wollen. Das erleichtert uns die weitere Arbeit. Wir werden diese Zahlen in unsere Plangrundlage einbauen. Wir würden dann möglicherweise nicht soviel Geld für die Entwicklung unseres Exportgeschäfts aufwenden, wie wir es jetzt tun.

Wenn wir hier die Entwicklung des Handels erörtern wollen, so sind wir dazu gern bereit. Wenn Sie aber darüber sprechen wollen, wie wir nicht Handel treiben sollen, so können wir einfach zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen.

Kaiser

Ich verstehe Ihren Einwand durchaus, Herr Iwanow. Allerdings sind die politischen Rahmenbedingungen des Ost-West-Handels, die wir hier diskutieren, von eminenter Bedeutung für die Frage, wie es im Handel weitergeht, wenngleich dann und wann auch Dinge gesagt werden, die der einen oder anderen Seite nicht angenehm sind.

Birnbaum

Natürlich verstehe ich, daß unsere sowjetischen Kollegen von dieser Diskussion unangenehm berührt sind. Ich halte es aber doch für wichtig, gerade in diesem Gremium die politischen Rahmenbedingungen für eine weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihnen gemeinsam zu erörtern, beziehungsweise ihnen die Sicht des Westens so deutlich wie möglich zu machen.

Herr Löwenthal hat im Zusammenhang mit dem Begriff "linkage" darauf hingewiesen, daß auf der einen Seite das Bemühen vorhanden ist, wirtschaftliche Beziehungen für bestimmte politische Ziele auszunutzen. Auf der anderen Seite sind die politischen und atmosphärischen Rahmenbedingungen zu sehen, die notwendig sind, damit diese Zusammenarbeit, die schon sehr weit gediehen ist, sich weiterentwickeln kann. Dafür hat Herr van Well das Beispiel der gemischten Kommission erwähnt.

Wir sollten uns vielleicht auf das letztere konzentrieren im Sinne einer konstruktiveren Diskussion, wie die sowjetischen Kollegen es wünschen. Welches sind die unabdingbaren politischen Voraussetzungen, damit sich die Wirtschaftsbeziehungen einigermaßen gut weiterentwickeln können? Ich habe keine Antwort anzubieten; aber ich nenne nur das Stichwort Polen: Es ist schon entscheidend, daß dort nichts Böses passiert.

Ich würde dann auf das Angebot unserer sowjetischen Kollegen eingehen, um etwas über ihre politischen und wirtschaftlichen Perspektiven für die 80er Jahre zu erfahren. Das gilt besonders in einer Phase, in der wir nicht einmal die Leitlinien für den nächsten Fünf jahresplan kennen. Das wäre tatsächlich interessant.

Ich hatte Gelegenheit, vor zehn Tagen in Moskau mit Wissenschaftlern darüber zu sprechen. Dabei habe ich einige Signale erhalten, die hier auch bei Herrn Schmidt deutlich anklingen. Die Stichworte lauten: internationale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung. Das war eindeutig die Hauptlinie der sowjetischen Politik seit dem 24. Parteikongreß 1971, und diese Linie soll anscheinend weiter gültig sein. Gleichzeitig wurde mir in Moskau aber auch klargemacht, daß die Erfahrungen dieses Jahres 1980 Rückwirkungen gehabt und zu Überlegungen geführt haben, was das Maß der Abhängigkeit und der Zusammenarbeit angeht, das aus sowjetischer Sicht vertretbar ist.

Daß die Carter-Administration Dinge getan hat, die der Sowjetunion bewußt wehtun sollten, mußte natürlich auch einen Denkprozeß in Moskau auslösen. Es wäre unklug, wenn wir die Gelegenheit hier nicht wahrnehmen würden, um etwas über diesen Denkprozeß zu erfahren. Das würde uns vielleicht hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen für die 80er Jahre etwas weiterführen.

Wenn wir von Abhängigkeit sprechen, dann handelt es sich in der Tat um eine sehr asymmetrische, wenngleich gegenseitige Abhängigkeit. Die Partner sind in ganz verschiedener Weise voneinander abhängig. Der Gashahn wird immer wieder als Symbol für die Abhängigkeit des Westens genannt. Die finanzielle Abhängigkeit von Ländern wie Polen und Ungarn vom Westen, ist eine andere Art. Auch darüber wäre zu reden. Was bedeutet die einseitige finanzielle Abhängigkeit für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dieser und auch anderer Länder im Osten?

Bertram

Ich halte die Ausführungen von Karl Birnbaum für sehr hilfreich, weil sie uns in die Lage versetzen, den Begriff "linkage" sauberer zu definieren.

Ich bin sehr beeindruckt von dem, was Herr Löwenthal ausgeführt hat: Doppelstrategie mit Doppelstrategie zu beantworten. Nur: Einer der Gründe, weshalb die Vereinigten Staaten das nicht getan haben, bestand ja gerade darin, daß sie nicht die Mittel zu haben meinten, in all diesen Bereichen jeweils mit dem Gegenmittel zu antworten. Der Mangel an Gegenmitteln führt dann dazu, daß man auf "linkage" zurückgreift. Diese Strategie läßt sich nur durchsetzen, wenn tatsächlich das Arsenal für die entsprechenden Antworten zur Verfügung steht. Solange das nicht der Fall ist, bleibt die Versuchung bestehen, wirtschaftliche Fragen in die Politik einzuführen, auch wenn sich diese dazu nicht eignen.

Schmidt

Mir ist unerfindlich, wie man das Erdgasgeschäft als einseitig bezeichnen kann.

Birnbaum

Ich sagte ausdrücklich "asymmetrisch". Das ist etwas anderes als "einseitig".

Sommer

Den Gashahn kann man zudrehen; die Pipelines kann man aber nicht wieder zurückrufen.

Owtschinnikow

Ich stimme Herrn Birnbaum zu, wenn er die gegenseitige Abhängigkeit zwischen ökonomischen und politischen Beziehungen betont. Wenn hier darüber diskutiert wird, ob es für den Westen gefährlich ist, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion auszubauen und wo die zulässigen Sicherheitsgrenzen liegen, dann müssen wir auch den anderen Aspekt der Frage betrachten und die wirtschaftlichen Maßnahmen erwähnen, die im letzten Jahr als Sanktionen gegenüber der Sowjetunion angewandt wurden. Sie hätten sich auch in der Weise auswirken können, daß die Sowjetunion die Tendenzen zur Autarkie verstärkt. Die sowjetische Wirtschaft ist ebenso wie die Wirtschaft der Vereinigten Staaten weniger auf Außenhandel angewiesen als die Wirtschaften der westeuropäischen Länder und Japans.

Ob es für das internationale Klima von Vorteil wäre, wenn sich jene Tendenzen durchsetzen, die in den 70er Jahren im Hinblick auf eine Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und einer engeren Einbeziehung der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, in die internationale Weltwirtschaft abgebaut werden konnten, erscheint mir sehr fraglich. Sollte das alles durchkreuzt werden und in der Sowjetunion die Tendenz die Oberhand gewinnen, daß wir - um östliche Termini zu gebrauchen - uns auf unsere eigenen Kräfte stützen, würde das kaum zu einer weiteren Verbesserung des politischen Klimas beitragen.

Es ist hier der Eindruck vermittelt worden, als habe die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik mit Afghanistan begonnen. Ich könnte sehr viele Beispiele für das Verhalten einer Reihe von Ländern anführen, das bei weitem nicht immer von anderen Staaten gebilligt wurde. Ich kann mich zum Beispiel nicht daran erinnern, daß Wirtschaftssanktionen gegen die USA während des Krieges in Vietnam oder gegen Frankreich und Großbritannien während ihres Suezabenteuers oder gegen China wegen ihres Überfalls auf Vietnam unternommen worden sind. Warum werden hier verschiedene Maßstäbe angelegt?

Kaiser

Wenn sich das Gas-Abkommen zwischen dem westeuropäischen Konsortium und der Sowjetunion verwirklicht, wird sich auf Seiten der Bundesrepublik die Abhängigkeit vom sowjetischen Gas von derzeit etwa 15 Prozent auf circa 27 bis 30 Prozent erhöhen. Damit würde die Abhängigkeit der Bundesrepublik von der Sowjetunion auf maximal 5 Prozent ihres Primärenergieverbrauchs ansteigen.

Bertram

Aber nicht, wenn man das Erdöl dazuzählt.

Kaiser

Der Erdölbezug aus der Sowjetunion ist so gering geworden, daß man ihn vergessen kann.

Nun ist vor zwei Wintern der gesamte Erdgasbezug aus der Sowjetunion aus rein technischen Gründen für mehrere Tage zusammengebrochen. Dies hat sich damals nirgendwo bemerkbar gemacht, weil das westeuropäische System in der Lage war, diesen Ausfall aufzufangen. Wenn jetzt die Abhängigkeit steigt, wird nach meinen Informationen das System der Vorratshaltung und des Austauschs entsprechend verbessert.

Lassen Sie mich eine persönliche Bewertung hinzugeben. Was die Ausnutzung einer solchen Abhängigkeit für politische Zwecke angeht, so glaube ich nicht, daß man mit diesem Instrument spielen kann. Das wäre nur denkbar unter Umständen, die ohnehin einen Zusammenbruch der normalen politischen Beziehungen voraussetzen, das heißt, die sehr nahe an einen Konflikt höchster Stufe heranreichen. Ein Zwischenstadium halte ich für unwahrscheinlich, weil die Sowjetunion über den Bezug des Gases die Finanzierung der von ihr benötigten Kapitalgüter vornimmt. Wenn dieser Bezug zusammenbricht, wären die Kosten für die Sowjetunion so hoch, daß sie dieses Risiko nur im Falle einer schweren politischen Krise eingehen würde.

Hoffmann

Ich beginne mit Herrn Schmidts Grundsatz vom "Primat der Politik". Auch ich erkenne ihn an, aber er führt zu Konsequenzen, die meines Erachtens in gewisser Hinsicht von dem abweichen, was ich

einige von Ihnen hier habe sagen hören. Auf dem Gebiet der Wirtschaft sollten wir uns durchaus von der Suche nach beiderseitigen Vorteilen leiten lassen. Meiner Ansicht nach gilt das für die westeuropäischen Länder und für die Sowjetunion vor allem auf dem Energiesektor.

Dennoch müssen wir uns darüber klar sein, daß zwischen der Sowjetunion und den Westmächten eine Reihe sehr wichtiger Asymmetrien bestehen. So ist für die Sowjetunion die von Herrn Löwenthal angesprochene Doppelstrategie in sich völlig kohärent. Denn ihre beiden Seiten: die Entspannung mit dem Westen sowie die Aufrüstung und die Expansion in der Dritten Welt, sind Teile einer einheitlichen Politik, die man - um das Kind beim Namen zu nennen - als eine Politik der Entwicklung zugleich auch der Expansion bezeichnen muß.

Ich bin nun keineswegs davon überzeugt, daß die Doppelstrategie, die Herr Löwenthal auch dem Westen nahelegt, ähnlich kohärent wäre. Das möchte ich insbesondere im Hinblick auf zwei Punkte näher ausführen. Der erste Punkt ist kaum mehr als rhetorisch. Gerade weil diese Doppelstrategie für die Sowjetunion in sich so stimmig ist, hören wir so häufig von unseren sowjetischen Kollegen den Hinweis auf das zweierlei Maß. Natürlich war in der Sowjetunion keine Rede davon, daß zu der Zeit, als es um Haiphong und Hanoi ging, gegen die Vereinigten Staaten Sanktionen verhängt werden sollten, aus dem einfachen Grunde, weil das, was die Sowjetunion von den Vereinigten Staaten und vom Westen ganz allgemein wollte, wirtschaftliche Vorteile waren. Deshalb sind Sie nie wirklich auf den Gedanken gekommen, Sanktionen zu verhängen; denn damit hätten Sie sich letztlich nur ins eigene Fleisch geschnitten.

Für den Westen dagegen zeigt sich die Frage in einem ganz anderen Licht. Selbst wenn die Koppelungstheorie von Mr. Kissinger auf lange Sicht etwas für sich gehabt hätte, und selbst wenn die Entwicklung wirtschaftlicher Bindungen langfristig eine Atmosphäre der Zurückhaltung zu bewirken vermöchte, so bin ich nicht sicher, ob kurzfristig etwas dabei herauskäme. Ich will Ihnen dafür ein konkretes Beispiel geben: Ich habe während der letzten Jahre nicht den Eindruck gehabt, daß die Sowjetunion häufig der Verlockung widersteht, politische Gewinne zu machen. In den Fällen, in denen sie beschlossen hat, ihre Aktivitäten weiterzuverfolgen, sieht die Sache so aus, daß für die westeuropäischen Länder, die wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion hergestellt haben, ein Punkt kommt, an dem sie sich fragen, ob sie auf den Gebieten der Politik und der Strategie - wie Herr Löwenthal befürwortet - eine feste Haltung einnehmen sollen. Da sie aber diese wirtschaftlichen Bedingungen nicht gefährden wollen, besteht in dieser Hinsicht eine Asymmetrie.

Der zweite Punkt betrifft den Konflikt zwischen Diversifikation und Abhängigkeit. Die Ressourcen zu diversifizieren, ist schön und gut; aber Abhängigkeit kann sehr gefährlich werden, wenn sie einen bestimmten Grad erreicht. Denn - und hier bin ich anderer Ansicht als Herr Kaiser - die internationalen Ereignisse der letzten Jahre bieten zahlreiche Beispiele dafür, daß die eine Seite beschließt, die andere zu erpressen, obwohl es ein Netz enger gegenseitiger Verflechtungen gibt.

Was hat denn die OPEC in den letzten Jahren mit dem Westen gemacht? Das Argument, mit dem Sie zeigen wollten, daß es nicht im Interesse der Sowjetunion liege, den Ölstrom zu unterbrechen oder mit seiner Unterbrechung zu drohen, hat in bezug auf die OPEC ein anerkannter amerikanischer Politikwissenschaftler - er wurde dafür inzwischen mit einem Sitz im Nationalen Sicherheitsrat belohnt - in glänzender Weise am 24. September 1973 vorgetragen. Sie erinnern sich, das war zwei Wochen vor dem arabischen Embargo und wenige Wochen vor der Vervierfachung des Ölpreises. Tatsache ist, daß bei Beziehungen, in denen eine gegenseitige Abhängigkeit besteht das hat nicht nur die Sowjetunion, sondern auch der großartige politische Schachspieler Charles de Gaulle verstanden;-, die risikofreudigere Partei, die am ehesten bereit ist, etwas einzusetzen, gelegentlich in für sie sehr nützlicher Weise die andere Seite erpressen kann. Das hängt lediglich von der dabei verwendeten Strategie ab. Daher bin ich etwas skeptischer als Sie.

Mein letzter Punkt: Ob das unseren sowjetischen Kollegen gefällt oder nicht, es gibt, und damit komme ich auf das zurück, was Herr Schmidt selbst gesagt hat, eine De-facto-Koppelung zwischen dem allgemein politisch militärischen und dem wirtschaftlichen Klima. Denn in einer Zeit akuter Spannungen wird die Entwicklung von Handelsbeziehungen und die Vergabe von Krediten überaus schwierig. Das heißt nun nicht, der Handel sei stets ein besonders geeignetes Instrument für Sanktionen. Häufig eignet er sich einfach deswegen nicht dafür, weil bei seinem Einsatz nicht die Wirkungen erzielt werden, die man gern damit erzielen möchte.

Auf der anderen Seite stellt sich unabhängig von der Diskussion über Sanktionen die wichtige Frage: Kann man Wirtschaftsbeziehungen in einer Zeit weiterentwickeln, in der das politische Klima sehr ungünstig ist und die andere Seite in verschiedenen Teilen der Welt Maßnahmen ergreift, die sich gegen unsere Grundinteressen richten? Auch wenn wir die etwas strittige Frage der Sanktionen einstweilen beiseite lassen, heißt das also noch nicht, daß es, insbesondere unter den westlichen

Alliierten, nur darum geht, wie die Verbindung zwischen der politisch militärischen und der wirtschaftlichen Szene auszuspielen ist. Jedenfalls sollte diese Frage gleichrangig behandelt werden, wie es Christoph Bertram vorhin getan hat.

Kaiser

Die Analogie zwischen der OPEC und der Sowjetunion hinkt natürlich in mehrerer Hinsicht; denn die Abhängigkeit des Westens, insbesondere Westeuropas, von der OPEC ist ungleich größer, als dies auch bei einer Erhöhung des Erdgasbezuges aus der Sowjetunion der Fall wäre. Selbst bei einem Erdgasbezug von 30 Prozent wäre eine vollständige Substitution möglich - sicher mit einigen Störungen, die aber nicht zum Zusammenbruch führen. Deshalb ist diese Waffe relativ stumpf.

Gasteyger

Zur Zeit und auch noch für die nächsten Jahre mag das sicher zutreffen. A la longue sind aber die sowjetischen Ölreserven - selbst wenn sie nicht so groß sind, wie die neuesten "Petro-Studies" prophezeien, nämlich über 600 Milliarden Tonnen - wesentlich größer als diejenigen des Mittleren Ostens. Dann könnte sich die heute noch theoretisch klingende Frage tatsächlich stellen, inwieweit sich der Westen bei einer zunehmend schwieriger werdenden Energieversorgungslage doch stärker auf die Sowjetunion verlassen kann.

Stütze

Unser Problem scheint mir weniger in der Abhängigkeit von der Sowjetunion zu bestehen, als vielmehr darin, daß es zwischen marktwirtschaftlich organisierten Staaten offenkundig sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich ist, eine koordinierte Handels- und Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dieses Problem können wir in der Tat nicht mit unseren sowjetischen Kollegen lösen. Deshalb sollten wir die Chance nutzen und sie fragen, welche Vorstellungen sie von der Zukunft etwa einer gemeinsamen Energiepolitik, welche Vorstellungen sie von ihrer Verantwortung als nördliche Industrienation in einem immer schärfer werdenden Nord-Süd-Konflikt haben.

Kertész

Ich will mich auf die Frage beschränken, welcher Zusammenhang zwischen Tagespolitik und wirtschaftlicher Zusammenarbeit besteht. Ich betone Tagespolitik; denn der Primat der großen Politik ist für uns alle evident.

Mit der Auffassung über den Zusammenhang zwischen Tagespolitik und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, wie sie Herr Gordey in scharfer Form erörterte, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Jean François-Poncet zitierend, machte er sich den Standpunkt zu eigen, jede Entscheidung über wirtschaftliche Kooperation müsse von den tagespolitischen Ereignissen abhängig gemacht werden. Der nächste Schritt ist dann natürlich die Sanktionspolitik, wie es in seinem Zitat heißt: in gewissen, immerhin fiktiven Konstellationen müßte der Ost-West-Handel eigentlich aufhören.

Damit kommt man nicht sehr weit, wie die Cartersche Embargopolitik gezeigt hat. Sie hat ihr Ziel nicht erreicht, kostete aber ganz gewiß einige Wählerstimmen aus den am Agrarexport interessierten Kreisen. Da sollte man schon die von Herrn Schmidt gestellte Frage beantworten, wer denn durch solche Maßnahmen tatsächlich bestraft wird. Meist sind es diejenigen, die versuchen, auf diese Weise etwas zu erreichen.

Noch ein Wort zur gegenseitigen Abhängigkeit. Diese ist nolens volens gegeben und in der heutigen Welt überhaupt nicht zu vermeiden, unabhängig von den jeweiligen Ausgangspunkten und Wünschen. Das Argument, in der Geschichte habe sich gezeigt, daß Wirtschaftsverflechtungen keinen Krieg verhindert haben, überzeugt gerade deshalb nicht mehr. Die gegenwärtige Wirtschaftsverflechtung, die gegenseitige Abhängigkeit sind qualitativ etwas ganz anderes als je zuvor. Kennzeichnend für diese neue Qualität ist, daß zur Lösung der neuen Existenzfragen der Menschheit gemeinsame Anstrengungen, und zwar von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung, nötig sind. Es gilt schon als Gemeinplatz, daß an die Lösung solcher Probleme, wie zum Beispiel Energieversorgung oder Bekämpfung des Elends in der Dritten Welt, ohne Ost-West-Kooperation kaum zu denken ist.

Zurückkehrend zur Grundfrage: Man könnte sagen, die Entwicklung der Technik, der Kriegstechnik, vermochte nie, Kriege zu verhindern. Durch das Aufkommen der Nuklearwaffen wurde dieses Problem jedoch auf eine qualitativ andere Ebene gehoben. Bis zu einem gewissen Grade verhält es sich ähnlich mit der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Freilich sind weder die Angst vor einer nuklearen Katastrophe noch der Tatbestand der gegenseitigen Abhängigkeit an sich geeignet, den

Krieg automatisch zu verhindern. Das ist jedoch ein Grund mehr, die diesbezügliche Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen, der gegenseitigen Abhängigkeit nachdrücklich zu unterstreichen.

Gordey

Ich sagte: Es gibt eine sehr starke Abhängigkeit der Wirtschaft von der Politik. Und ich möchte Herrn Iwanow fragen, ob es in der sowjetischen Politik überhaupt keine Abhängigkeit zwischen Wirtschaft und Politik beziehungsweise Strategie gibt. Hat Ihre Regierung oder Partei nie einen derartigen Zusammenhang hergestellt? Es würde mich sehr wundern, wenn Sie das verneinen würden.

Iwanow

Selbstverständlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft. Was die praktischen Schritte betrifft, so bestehen die Ziele unserer Außenpolitik - oder der "reinen" Politik, wenn Sie so wollen - unter anderem darin, günstige außenpolitische Bedingungen zu schaffen, damit wir unsere wirtschaftlichen Pläne erfüllen können. Das tun wir in zwei Richtungen: Einmal durch die Schaffung eines günstigen politischen Klimas, das, so hoffen wir, uns erlaubt, unsere Bemühungen vorwiegend auf die innerwirtschaftlichen Begebenheiten zu konzentrieren; zweitens durch unsere Verteidigungsanstrengungen. In diesem Kontext besteht selbstverständlich ein Zusammenhang.

Edinger

Als wir die Diskussion über Wirtschaftsfragen begannen und ich mir die Äußerungen von Herrn van Well und anderen anhörte, hatte ich den Eindruck, daß wir uns nun jenem Gebiet nähern würden, das Herr Hoffmann und Herr Bahr im gewissen Sinn als einen Bereich gemeinsamen Interesses bezeichnet haben - sozusagen als einen Prüfstein der Gemeinsamkeit;-, nämlich dem der Energieversorgung. Sobald wir uns jedoch auf Details einlassen, zeigt sich, daß es keineswegs solche angeblichen Gebiete gemeinsamen Interesses sind. Nach dem, was in dieser Diskussion vorgebracht wurde, scheint es lediglich Ausdruck einer frommen Hoffnung zu sein, wenn es heißt, man würde in Fragen der Dritten Welt und der Energie am liebsten gemeinsam vorgehen.

Ich möchte hinzufügen, daß in bezug auf das bundesdeutsch-russische Energiegeschäft in den Vereinigten Staaten eine echte Besorgnis besteht. Selbstverständlich gibt es hier Differenzen über die genaue Art der künftigen Abhängigkeit. Schließlich sprechen wir von unbestimmten Voraussetzungen für über ein Jahrzehnt.

Ich will dabei in Erinnerung bringen, daß der bundesdeutsche Energieplan am Ende der 60er Jahre für die 70er Jahre einen bedeutenden Übergang von der Kohle auf Gas und Öl vorsah. Natürlich schaffen unvorsehbare Ereignisse Bedingungen, die im Hinblick auf die Entwicklung des Handels vorher nicht zu erkennen waren.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß Sie hierzulande statt wie früher 40 Prozent Ihres Uranbedarfs in den Vereinigten Staaten zu decken, schon jetzt 40 Prozent aus der Sowjetunion beziehen. Wenn wir also von dem Grad der bestehenden Abhängigkeit reden, so müßten wir auch über andere kritische Rohstoffe sprechen.

Bekanntlich ist das amerikanische Embargo, das ja landwirtschaftliche Produkte betrifft, die von der Sowjetunion in erster Linie eingeführt werden, etwas anders. Abgesehen davon, ob dieses Embargo zu Carters Wahlniederlage beigetragen hat, was ich bezweifle, hatte es deshalb nur begrenzten Erfolg, weil andere Produzenten nicht bereit waren, sich anzuschließen. Jedes Embargo hängt von der Fähigkeit ab, ein solches Vorgehen mit anderen möglichen Lieferanten und auch Käufern zu koordinieren. Das aber ist ein sehr schwieriges Problem für den Westen.

Wenn wir hier von Voraussetzungen für die Entspannung in den 80er Jahren sprechen, so gehört zu diesen das Einverständnis der Vereinigten Staaten mit den Zielen der europäischen Verbündeten und Japans gegenüber der Sowjetunion. Unter den gegenwärtigen Umständen dürfte ein solches Einverständnis problematisch sein. Ich habe hier Schwierigkeiten mit Argumenten, die versuchen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen - trotz aller Lippenbekenntnisse über ihre Verbindung zur Politik - zu sondieren und zu behaupten, daß Embargos deshalb zwecklos seien. Das gilt auch für das Argument, Entwicklungshilfe für die Sowjetunion bei der Energiegewinnung vermindere die Gefahr, daß es dort zu einer Energieknappheit, zu einer Ölknappeit komme, und verringere damit auch die Gefahr, daß die Sowjetunion andernfalls gezwungen sein könnte, sich mehr den Energiequellen des Mittleren Ostens zuzuwenden. Solche Argumente erwecken den Anschein - zumindest aus amerikanischer Sicht;-, daß sie in erster Linie recht kurzfristig nur die jeweils eigenen wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen.

Matwejew

Herr van Well sagte im Verlauf seiner aufschlußreichen Ausführungen, der Westen sei daran interessiert, daß die Sowjetunion sich enger in die Weltwirtschaft integriere. Wir sind daran ebenfalls ganz unmittelbar interessiert, und wir sind bereit, auf diesem Wege ziemlich weit zu gehen. Das zeigt unter anderem der nahezu abgeschlossene "Jahrhundertvertrag" über weitere Lieferungen von sibirischem Erdgas nach Westeuropa. Bedauerlicherweise ist ein anderes Jahrhundertabkommen nicht zustande gekommen, was weder von der Sowjetunion noch von der Bundesrepublik verschuldet wurde. Ich meine das Abkommen mit Iran über die Lieferung des iranischen Erdgases. Vielleicht wird daraus in Zukunft noch etwas.

Zum anderen weise ich darauf hin, daß sich der Charakter unseres Außenhandels mit dem Westen wandelt, weil sich auch einige wesentliche binnenwirtschaftliche Zielsetzungen und Festlegungen verändern. In unserem neuen Fünfjahresplan werden die Produktionszweige, die für den Konsum arbeiten, eine gewisse Priorität gegenüber den Industriezweigen, die Produktionsmittel herstellen, erlangen. In den 30er und 40er Jahren, auch noch in den 50er Jahren, kauften wir kein Getreide auf dem Weltmarkt ein, nicht etwa weil bei uns die Situation damals besser war, sie war eher schlechter als heute. Aber jetzt können wir uns größere Getreideeinkäufe leisten, obwohl wir auch ohne diese Ankäufe auskommen würden.

Wir richten also die Prioritäten immer stärker auf die Befriedigung der kontinuierlich wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung aus. Das gilt besonders für den Konsumbereich. Das schafft neue Möglichkeiten für die Entwicklung der Weltwirtschaft insgesamt, von der auch unsere Volkswirtschaft ein Teil ist.

Iwanow

Bei den Perspektiven für die Entwicklung der Energiewirtschaft und der Energieexporte der Sowjetunion im neuen Planentwurf sind wir davon ausgegangen, daß das Niveau der Erdgas- und Erdölförderung es uns erlaubt, sowohl den Eigenbedarf unseres Landes und unsere Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Ländern als auch unsere Verpflichtungen aus den langfristigen Abkommen mit den westlichen Ländern voll zu decken. Darüber hinaus haben wir noch bestimmte Reserven für Operationen auf dem freien Markt übrig. Die Erdölförderung wird auf jährlich 620 bis 645 Millionen Tonnen und die Erdgasförderung auf 600 bis 640 Milliarden Kubikmeter ansteigen.

Um diese Pläne verwirklichen zu können, sollen die Investitionen in die Energiewirtschaft beträchtlich erhöht werden. Außerdem werden wir versuchen, die Effektivität der Lagerstätten im europäischen Teil unseres Landes zu erhöhen. Ich denke dabei etwa an den Raum Astrachan. Vor kurzem sind im Nordteil Westsibiriens große neue Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt worden. Wir werden sie erschließen. Damit werden wir in der Lage sein, den Umfang der Erdölexporte auf dem Niveau von etwa 120 Millionen Tonnen jährlich aufrechtzuerhalten.

Neben der Steigerung der Förderung von Erdöl und Erdgas geht es uns darum, die Erdöl- und Erdgasverluste, die gegenwärtig auf den Erdölfeldern noch eintreten, zu verringern. Wir haben ja in Westsibirien, also an Ort und Stelle, keine Verbraucher.

Des weiteren werden wir die Energiewirtschaft unseres Landes von Erdöl auf Erdgas umstellen. Dadurch werden zusätzliche Erdölmengen als Rohstoff für die chemische Industrie für den Export freigemacht. Wir werden den Export von Erdölprodukten ausbauen und Halberzeugnisse wie Äthylen, Paraffin, Naphtha-Koks und anderes produzieren.

Was die konkreten Projekte betrifft, so sehen die Pläne vor, daß eine neue Erdgas-Hauptleitung mit einer Kapazität von 40 Milliarden Kubikmetern Erdgas im Jahr in Betrieb genommen wird. Interesse für diese Mengen haben die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz, Österreich und die Niederlande gezeigt. Um dieses Projekt bewerben sich gegenwärtig zwei Konsortien. Das Konsortium, das den Zuschlag erhält, wird auch das Recht bekommen, die Gasmenge zu verteilen. Es gibt zwei Varianten dieser Erdgasleitung: Entweder über Polen, die DDR, in die BRD - dann würde die BRD das Gas verteilen. Die andere Variante geht über Österreich und Italien nach Frankreich. In diesem Fall werden entweder die Österreicher oder die Franzosen die Verteilung vornehmen.

Eine Idee unserer Wissenschaftler für die Zukunft ist der Erdgasexport mit Überseeschiffen; das wird aber wohl erst im 12. Planjahr fünf verwirklicht werden. Gegenwärtig sind Vorbereitungsarbeiten im Gange, um die Befahrbarkeit des nördlichen Eismeereres ganzjährig zu sichern. In dem Fall könnten Gastankerschiffe das Gas direkt von der Lagerstätte am Ufer der Halbinsel Jamal beziehen. Dort sind angesichts der niedrigen Temperaturen geeignete Bedingungen dafür vorhanden, um das Erdgas als Flüssiggas vorwiegend nach Westeuropa zu exportieren. Wenn es uns schließlich gelingt, Erdöl auf

dem Festlandsockel in der Barentsee zu finden, so werden wir auch von dort die Erdölexporte abwickeln. Es gibt ein Abkommen mit Firmen der Bundesrepublik, die mit uns bei der Erschließung zusammenarbeiten wollen. Es gibt auch Angebote von Seiten British Petroleum und französischer Unternehmen für die Zusammenarbeit.

Innerhalb unseres Landes werden wir die Energiebilanz so gestalten, daß wir keinen Hauptenergieträger besonders bevorzugen, das heißt, wir werden die Lehren aus der Energiekrise im Westen ziehen. Die Anteile des Erdgases, der Kohle und der Kernenergie werden sich erhöhen. Bei der Kernenergie hoffen wir, daß in unserer Exportliste auch die energetische Ausrüstung für die Kernkraftwerke reichlicher vertreten sein wird. Das neue Werk Atommasch, das jetzt seiner Bestimmung übergeben worden ist, wird diese Ausrüstung liefern. Dafür haben sich Finnland, Argentinien und Brasilien interessiert.

Schließlich sind unsere Organisationen auch bereit, zusammen mit den westlichen Ländern gemeinsame Projekte in den Entwicklungsländern zu realisieren. Diese Projekte wir haben rund 150 solcher Bauvorhaben - beziehen sich einstweilen auf die verarbeitende Industrie. Wir schließen aber nicht aus, diese Zusammenarbeit auch im Bereich der Grundstoffindustrie anzubahnen.

Moniac

Nur eine Frage, Herr Iwanow: Ist die Sowjetunion in der Lage, die Energielagerstätten in Sibirien ohne westliche Technologie selbst auszubeuten, oder ist sie von westlicher Hilfe abhängig?

Iwanow

Das hängt davon ab, welche Bereiche Sie meinen. Wenn es sich um die Erdöl- und Erdgasförderung auf dem Festland handelt, so haben wir große eigene Erfahrungen. Zum Teil verfügt man im Westen über solche Technologie nicht, die die Förderung für die Verhältnisse Westsibiriens erfordert. In dieser Hinsicht hat der Westen uns nichts zu bieten; denn er fördert vorwiegend in heißen Gegenden.

Was wir dagegen brauchen, sind einmal Rohre, nicht weil wir diese nicht selbst produzieren können, sondern weil wir große Mengen benötigen. Zum anderen Kompressoren, sowie Ausrüstungen für Erdölleitungen, besonders für das Verteilungsnetz. Die Förderung auf hoher See, also die Offshore-Technologie der Bohrseln und die Technologie der Erdölverarbeitung zu Erdölprodukten sind weitere Gebiete, auf denen wir mit dem Westen kooperieren könnten.

Sommer

Ich habe in den letzten Tagen mit großem Interesse verschiedene Veröffentlichungen auf östlicher Seite gelesen, unter anderem das Moskauer Kommuniqué, auch Berichte über den neuen Fünfjahresplan; hinzu kommen Äußerungen sowjetischer Verantwortlicher zu Fragen der Rüstungskontrolle. Aus all dem habe ich entnommen, daß die Sowjets den Entspannungsprozeß fortsetzen, den Wirtschaftsverkehr mit dem Westen weiterausbauen und auch in der Rüstungskontrolle vorankommen wollen.

Mir scheint es wichtig, unseren sowjetischen Gästen hier klarzumachen: Dieses alles wollen wir auch, trotz aller Einwände und skeptischen Bemerkungen, die Sie während dieser Tagung gehört haben. Sie sollten jedenfalls nicht mit dem Eindruck nach Hause zurückkehren, wir seien von all dem, was in den letzten Jahren vereinbart wurde, abgerückt, und Sie müßten nun in Moskau all Ihre schönen Pläne wieder umändern, so daß wir darin nicht mehr figurieren.

Ich halte es aber für wichtig, wenn hier darauf hingewiesen wurde, es komme darauf an, daß die politischen Rahmenbedingungen stimmen und das psychologische Klima vorhanden ist, um dieses alles zu ermöglichen. Und es ist für mich ein Gebot der Ehrlichkeit festzustellen, daß die politischen Rahmenbedingungen heute brüchiger sind, als sie es vor zehn Jahren waren. Auch die psychologische Basis ist heute schütterer als vor einem Jahrzehnt.

Lassen Sie mich einige Worte zur Energie sagen. Der Aspekt der Abhängigkeit bekümmert mich relativ wenig. Ich beurteile jeden Vertrag dieser Art mit einem östlichen Land nicht primär unter dem Gesichtspunkt, daß er unsere Abhängigkeit vom Osten vergrößert, sondern daß sich dadurch unsere ungeheure Abhängigkeit von den OPEC-Ländern verringert. Wir erhöhen die Erdgasimporte aus der UdSSR von 15 auf 30 Prozent unseres Verbrauchs. Das ist von etwas über 2 auf etwas weniger als 5 Prozent unseres gesamten Primärenergiekonsums. Sollte der Gashahn abgedreht werden - ich unterstelle das einmal;- , so können wir uns kurzfristig aus anderen Liefergebieten, etwa aus Holland oder aus der englischen Nordsee versorgen. Längerfristig können wir Umstellungen vornehmen; denn

ein großer Teil unserer Kraftwerke ist bivalent ausgelegt. Die Gefahr, daß wir plötzlich frieren müssen, ist geringer, als wir das zuweilen lesen.

Wichtiger ist etwas anderes. Ich halte es für sinnvoll, der Sowjetunion zu helfen, ihre Energiequellen zu erschließen aus dem simplen Grunde, um sie aus dem Nahen Osten herauszuhalten, sowohl in der Rolle des Einkäufers als auch in der Rolle des Einmarschierers, um es drastisch zu sagen. Deswegen fände ich es auch durchaus richtig, wenn wir Ölbohrgeräte liefern, wenn wir Bohrinselftechnologie zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus ist es aber wichtig, gerade auf diesem Sektor, wo die Gemeinsamkeit heute vielleicht am meisten einleuchtet, die allgemeine Perspektive der Kooperation für die nächsten 10 und 20 Jahre offenzuhalten. Dies war der eigentliche Kern der ganzen Entspannungspolitik, die im Jahre 1969 begonnen hat. Das liegt auch durchaus im Sinne der Doppelstrategie, wie sie Richard Löwenthal definiert. Eine solche Strategie ist sehr rational ausgerichtet, und wenn Sie mit Ihrer Politik Gefühle aufwirbeln, so kann dabei leicht die Rationalität zuschanden werden, die eine solche kühl kalkulierte und gehandhabte Doppelstrategie erfordert.

Das wird wesentlich mitbestimmt durch Ihre Rüstungspolitik und Ihr Auftreten in der Dritten Welt. Wenn Sie uns durch Ihre eigenen Rüstungsprogramme zu Nachrüstung und Gegenrüstung provozieren, könnte das dahin führen, daß wir uns am Ende sagen müssen: Jetzt kommt es darauf an, Panzer statt Pipelines zu bauen. Ich überspitze das einmal. Wenn Sie durch Ihr Auftreten in der Dritten Welt, zumal in der Region des persisch/arabischen Golfes den Eindruck erwecken, daß Sie dort unsere Erdöl-"Lifeline" bedrohen, wäre es ganz sinnlos, wenn wir uns um Liefersicherheit aus Sibirien bemühten. Diese Dinge hängen letztlich zusammen.

In dieser Hinsicht finde ich die Details von Herrn Iwanow sehr aufschlußreich. Man muß sie aber in das größere Bild einordnen. Wir wollen die Zusammenarbeit, doch sie läßt sich innenpolitisch, psychologisch nicht unabhängig von dem, was auf anderen Feldern Ihrer Politik geschieht, durchsetzen.

Insofern bestimmen Sie durch Ihre Politik in hohem Grade unsere Geneigtheit und unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit selber mit. Deshalb halte ich es für wichtig, daß Sie auch in Ihren Agitprop-Präsentationen wieder zu einer Sprache zurückfinden, die das Miteinander und nicht das Gegeneinander prämiert. Zweitens müßten Sie in den jungen Staaten der Dritten Welt eine Zurückhaltung an den Tag legen, die es uns auch in unserer Weltgegend ermöglicht, Entspannung auf die Dauer durchzuhalten. Drittens sollten Sie den Risiken, die in Ihrem eigenen Bereich der sozialistischen Gemeinschaft liegen, durch eine möglichst sanfte Art entgegenzutreten. Mit anderen Worten, Sie sollten dort eine Politik erlauben, die auf eine Auffächerung, auf eine autonome Gestaltung der sozialistischen Systeme in Ihrem Vorfeld hinausläuft, wobei selbstverständlich das sowjetische Sicherheitsbedürfnis nicht berührt werden darf.

Dieses sind die drei Maßmarken, an denen wir Ihre Politik beurteilen werden. Von diesem Urteil wird es abhängen, was in den nächsten zehn Jahren bei uns an Entspannungsbereitschaft selber möglich sein wird.

Matwejew

Würden Sie mir dann bitte folgende Frage beantworten, Herr Sommer: Wie ist Ihr Artikel vom 1. Dezember in der Newsweek zu verstehen, in dem Sie schrieben, die Sowjetunion müsse gewärtig sein, daß ihre furchtbare Atomstreitmacht innerhalb von 5 Jahren erneut von den Vereinigten Staaten überholt wird. Sind Sie wirklich dieser Meinung?

Sommer

Ich meine, dies wird das bedauerliche Ergebnis von Ereignissen sein, die in den letzten zwei, drei Jahren stattgefunden haben. Dieses Ergebnis ist auf Entwicklungen sowohl in der Sowjetunion als auch in den Vereinigten Staaten zurückzuführen. Ich hoffe, daß der Rüstungskontrollprozeß wieder in Gang kommt und es unmöglich machen wird, daß eine der beiden Seiten eine Überlegenheit erreicht. Wenn es dennoch zu einer Überlegenheit kommen sollte, dann ziehe ich es natürlich vor, wenn sie bei den Amerikanern liegt.

Kaiser

Wir sollten jetzt noch auf das zentrale Verhältnis zwischen den beiden Supermächten zu sprechen kommen, weil es von besonderer Bedeutung für die Entwicklung in Europa ist. Wir kommen von daher

ohnehin auf die strategischen Waffen, auf den Rüstungskontrolldialog und auf die Konferenz für Abrüstung in Europa, an der ja beide Supermächte beteiligt sind.

Stütze

Ich möchte drei Sorgen äußern, die in der Vergangenheit begründet liegen, aber für die Zukunft Bedeutung haben, und die mit der Frage zu tun haben, wie die Sicherheitsbedürfnisse der jeweils anderen Seite eingeschätzt werden. Ich will dann zwei Schlußfolgerungen daraus ziehen und zwei Bitten äußern.

Die erste Sorge ist: Die beiden Supermächte haben über die Begrenzung nuklearstrategischer Waffensysteme verhandelt. Dabei war der Sowjetunion als Ausdruck politischer Ebenbürtigkeit daran gelegen, jenseits militärstrategischer Notwendigkeiten eine Gleichheit in den Zahlen zu erreichen. Das war offenbar ein politisch-psychologisches Bedürfnis. Um so unverständlicher ist, daß die Sowjetunion die psychologische Notwendigkeit der westlichen Sicherheitsbedürfnisse völlig außer acht ließ und eine Mittelstreckenüberlegenheit anstrebte, von der sie eigentlich hätte wissen müssen, daß sie für uns vor allem auch aus politischpsychologischen Gründen nicht akzeptabel ist.

Zweitens: Die Tatsache, daß es solche Raketen gibt, ist an sich noch nicht so sehr besorgniserregend. Besorgniserregend ist indes, wenn man östliche Gesprächspartner auf höchster Ebene darauf hinweist, daß dies für die Stabilität in Europa sehr abträglich ist - ich darf in diesem Zusammenhang besonders an die Bemühungen von Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher erinnern;- , dies dennoch nicht verstanden und die Rüstung ungehemmt fortgesetzt wird.

Dritte Sorge: Durch sein Angebot zur Rüstungskontrolle hat das Atlantische Bündnis den Staaten des Warschauer Paktes jetzt die Möglichkeit gegeben, die Nachrüstung durch konkrete Verhandlungsergebnisse zu modifizieren. Dabei ist die östliche Seite in der vorteilhaften Lage, bereits alle Mittelstreckenraketen stationiert zu haben, bevor bei uns auch nur eine neue zusätzliche Mittelstreckenrakete disloziert ist. Die Art, wie die sowjetische Seite auf das westliche Angebot reagiert, die Schwerfälligkeit, diese Chance zu nutzen, stimmt mich sorgenvoll. Hoffentlich begreift die Sowjetunion, daß man Rüstungskontrolle so nicht betreiben kann.

Ich hatte gehofft, der März 1977 würde ein einmaliger Versager bleiben. Das Verhalten der Sowjetunion in Hinblick auf Rüstungskontrolle im Mittelstreckenbereich bringt mich aber leider zu der Erkenntnis, daß sie bestimmte Chancen, die ihr geboten werden, offenkundig nur sehr schwer versteht.

Ich ziehe daraus zwei Konsequenzen. Erstens: Wir müssen für die Zukunft den Inhalt des Begriffs "strategisch" überdenken; es muß endlich der Versuch unterbleiben, die Bündnispartner von ihrer Supermacht trennen zu wollen. Zweitens: Der Begriff der Parität muß auf die beiden Bündnisse ausgeweitet werden; er darf nicht auf bestimmte Länder und bestimmte Waffensysteme beschränkt werden.

Zum Schluß meine beiden Bitten an unsere osteuropäischen Gäste: Geben Sie bitte die Fehleinschätzung unserer Sicherheitsbedürfnisse auf. Was immer für Eindrücke Sie haben mögen, etwa aus dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzwettkampf um Gasgeschäfte oder ähnlichem: Es gibt keine Möglichkeit, Westeuropa von den Vereinigten Staaten zu trennen, wenn es um das politische Grundnahrungsmittel Nr. 1 geht, nämlich um garantierte Sicherheit.

Zweitens: Glauben Sie bitte nicht, Sie könnten die Nachrüstung dadurch verhindern, daß Sie uns lange genug hinhalten. Es werden alle 572 Mittelstreckenraketen stationiert, wenn Sie nicht die Chance ergreifen, durch Verhandlungsergebnisse mit den USA - nicht durch Propaganda - diese Anzahl zu modifizieren. Lassen Sie sich bitte nicht von dem Glauben leiten - mich haben da einige Sätze im Referat von Herrn Matweew besorgt gemacht;- , engagierte Idealisten in der innenpolitischen Szene Westeuropas könnten durch eine neue Antiatomkriegskampagne die Nachrüstung verhindern. Das wird nicht der Fall sein. Allein die Sowjetunion kann sie modifizieren - per verifizierbarem Vertragsergebnis mit den Vereinigten Staaten.

Smyser

Wenn wir über die Voraussetzungen, die Aussichten und die Ziele der Entspannung in Europa sprechen, dann ist zweifellos für alles, was auf diesem Gebiet geschieht, die politische Haltung der Amerikaner von wesentlicher Bedeutung. Dennoch ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig, diese Fragen eingehender zu behandeln. Die politischen Grundzüge der neuen Regierung dürften aus den Zeitungen klar zu erkennen sein. Auf der anderen Seite sind sie aber noch nicht so deutlich ausgeprägt, daß sie sich definieren ließen. Es sollte inzwischen auch jedem klar sein, daß der

Sprecher der neuen Regierung der gewählte Präsident Reagan selbst sein wird und nicht all die anderen, die behaupten, in seinem Namen zu sprechen - und ich bin bestimmt keiner von ihnen.

Diejenigen unter Ihnen, die im vergangenen Sommer nicht in den Vereinigten Staaten waren, unterschätzen vielleicht Mr. Reagans Fähigkeit, seine Ansichten deutlich zu machen. Im Verlauf des amerikanischen Wahlkampfes haben immerhin drei Diskussionen stattgefunden: eine zwischen Reagan und Bush, eine weitere zwischen Reagan und Anderson, und die dritte zwischen Reagan und Carter. Nach diesen Diskussionen ging schließlich Reagan als Sieger aus den Wahlen hervor. Das sage ich ausdrücklich um klarzumachen, daß niemand besser für ihn sprechen kann als er selbst.

Es ist meiner Ansicht nach unnötig, daß wir uns in dieser Diskussion bei jedem Punkt in Polemiken ergehen. Ich will mich deshalb auch nicht zu Herrn Kampelman in Madrid äußern, der hier angegriffen wurde, und auch nicht zur amerikanischen Politik in Chile - nicht etwa weil ich die Dinge nicht gern geraderücken möchte, sondern weil ich nicht der Ansicht bin, daß das unseren Absichten hier dienlich wäre.

Diejenigen, die mich kennen, wissen, daß ich das Wort "Entspannung" nicht gern höre, aus verschiedenen Gründen. Dennoch ist es ein handlicher, knapper Begriff, den ich ebenfalls benutze. Was mir wichtiger scheint, ist die Grundvorstellung, daß wir alle ein Interesse daran haben, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Kriegsgefahr zu vermindern und zu versuchen, den Menschen überall die Chance zu geben, ein sicheres und normales Leben zu führen.

Um zu verstehen, wohin wir auf diesem Weg gelangen, müssen wir begreifen, was sich ereignet hat. In dieser Hinsicht war Stanley Hoffmanns Einführung äußerst wertvoll. Wenn wir uns mit der Frage der Entspannung in den 80er Jahren beschäftigen, so sollten wir uns zunächst daran erinnern, daß es nicht das erste Jahrzehnt der Entspannung wäre. Möglicherweise wird es so, wie einige den Begriff definieren, überhaupt kein Jahrzehnt der Entspannung sein. In jedem Fall sind die 70er Jahre endgültig vorbei. Das heißt, soweit es die öffentliche Meinung in Amerika angeht, ist es äußerst zweifelhaft, ob wir - das dürfte aber auch für die Menschen in anderen Ländern gelten - an dieses Thema mit den gleichen Gefühlen der Hoffnung und der Erleichterung herangehen werden, wie das vor zehn Jahren, zumindest in unserem Land, vielleicht aber auch in anderen Ländern, der Fall war. Das ist nicht unbedingt gut oder schlecht, aber es ist eine Realität.

Welche Übereinkünfte können in der Zukunft erzielt werden, was läßt sich erreichen? Wir müssen zeigen, daß wir etwas erreichen können, doch ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt unklar, was sich konkret erreichen läßt. Ich finde es einigermaßen verblüffend, daß wir uns, möglicherweise durch einen boshaften chronologischen Zufall, jetzt, nachdem wir im Jahre 1970 gewisse Durchbrüche erzielt haben, zehn Jahre später der Frage gegenübersehen, ob das neue Jahrzehnt anders, oder wie es überhaupt sein wird. Das halte ich nicht für das Diktat des Kalenders, sondern es ist eine Realität, daß die 80er Jahre wesentlich durch das beeinflusst werden, was in den nächsten Monaten und vielleicht sogar Wochen geschieht.

Wenn ich jetzt die Frage beantworte, die Herr Matweew ziemlich am Anfang gestellt hat, dann richtet sich meine Antwort nicht nur an ihn, sondern an alle Europäer - im Westen und im Osten;- , denen die Sache gleichermaßen am Herzen liegt. Ich wiederhole, daß ich als Politikwissenschaftler Stellung nehme; denn ich kann hier nicht als Sprecher der Regierung auftreten. Sehen wir uns also die grundlegenden politischen Tatsachen an, die auf der von mir genannten Erfahrung beruhen. Die amerikanische Politik es tut mir leid, wenn ich jetzt wie ein Dozent vor Anfangssemestern der Politikwissenschaft rede, aber es ist nun einmal so - wird nicht vom Präsidenten bestimmt, sondern ergibt sich aus einer Kombination der Haltung des Präsidenten, des Volkes und der öffentlichen Meinung.

Hinsichtlich der öffentlichen Meinung gibt es bestimmte Dinge, die wir am Anfang dieses neuen Jahrzehnts unbedingt begreifen müssen. So ist es erstens eine Tatsache, daß sich in den Vereinigten Staaten eine deutliche Mehrheit für eine Erhöhung der militärischen Verteidigungsausgaben ausgesprochen hat. Was das im einzelnen für Folgen haben wird, kann ich nicht sagen, aber sicher ist, daß die Menschen in den Vereinigten Staaten schon seit einiger Zeit den Eindruck hatten, daß wir im Begriff sind, auf militärischem Gebiet abzurutschen. Und eine "Botschaft" der letzten Wahl war, daß der amerikanische Wähler hier eine Änderung erwartet. Das ist meines Erachtens ein weitgehendes Mandat, dem jede Regierung Rechnung tragen muß.

Ein zweiter ebenfalls wichtiger Punkt ist, daß in Amerika ebenso eine deutliche Mehrheit für eine Friedenspolitik besteht; es gibt keine Mehrheit für eine Politik der sinnlosen Konfrontation.

Es ist natürlich schwer, genau zu sagen, wie diese Mehrheiten für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und für weitere Bemühungen um den Frieden zu definieren sind. Dennoch halte ich es für wichtig, daß diese scheinbare Ambivalenz verstanden wird.

Eine dritte Tatsache ist in gewisser Weise eine Kombination der beiden zuvor genannten Punkte. In den Vereinigten Staaten fragen sich viele Menschen, ob die Entspannung ihrem Lande wirklich Vorteile gebracht hat. Diese Menschen sind gegenüber den Absichten mißtrauisch geworden, die die Sowjetunion mit der Entspannung verfolgt. Dieser Gesichtspunkt ist deshalb wichtig, weil man bei den Verhandlungen, die zu führen sind, das Element des gegenseitigen Vertrauens nicht einfach ausklammern kann. Ich weiß nicht, was im innersten Kreis des Zentralkomitees der Sowjetunion gedacht wird, noch kenne ich die Gedanken in den westeuropäischen Kanzlerämtern. Aber ich kann Ihnen sagen, daß informierte Kreise in Washington die Ansicht vertreten, der amerikanische Senat hätte SALT II mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gebilligt, wäre es nicht zur sowjetischen Invasion in Afghanistan gekommen. Das möchte ich klar herausstellen, weil ich Dinge gehört habe, die das Gegenteil vermuten ließen. Ich zitiere diese Ansicht um zu zeigen, in welchem Maße in einer auf Entspannung basierenden Beziehung die Frage des gegenseitigen Vertrauens der zentrale Faktor ist.

Worauf läuft all das nun hinaus? Doch wohl auf die Tatsache, daß es sowohl eine Mehrheit in der Sicherheitsfrage wie auch für weitere Bemühungen und Verhandlungen gibt. Oder anders gesagt, es gibt keine Mehrheit für Konfrontation um ihrer selbst willen. Damit steht viel Bewegungsspielraum zur Verfügung. Ich möchte allerdings nochmals betonen: Ich sage das nicht etwa, um zu definieren, welche besondere Formel innerhalb dieses Rahmens gefunden werden kann, sondern um zu zeigen, daß wir uns in einer Situation befinden, in der Wahlmöglichkeiten offenstehen - und ich bin ganz sicher, daß man davon Gebrauch machen wird.

Was bedeutet das alles für Europa, um das es ja in unseren Gesprächen in erster Linie geht. Es wurde bereits mehrmals deutlich gesagt, daß die europäische Lage durch außerhalb Europas stattfindende Ereignisse mitbestimmt wird. Gleichzeitig müssen wir erkennen, daß das, was in Europa geschieht, die Ereignisse in anderen Ländern mitbeeinflusst. Was ich jetzt sage, ist nicht polemisch gemeint, sondern als einfache Tatsachenaussage. Sechs bis zehn Millionen Amerikaner sind polnischer Abstammung; sie leben in ihrer Mehrzahl in einigen der wichtigsten Industriestädten des Ostens; dazu gehören Chicago, Detroit und, in gewissem Umfang, Cleveland. Sehen Sie sich einmal genau die Namen der Senatoren und Kongreßabgeordneten aus den betreffenden Bundesstaaten an. Natürlich will ich damit nicht ausdrücken, daß sich nur diese Staaten besorgt und betroffen zeigen werden, aber jeder soll begreifen, wie wichtig diese Angelegenheit ist. Wenn wir also über Europa und seinen Einfluß auf die übrige Welt sprechen, so ist es klar, daß das, was in Osteuropa geschieht, sich auf Amerika auswirken wird.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zu Westeuropa sagen. Die Vereinigten Staaten und Westeuropa haben zur Zeit des Kalten Krieges und in der Zeit, als man von Entspannung sprach, eng zusammengearbeitet. Sie alle wissen, daß das nicht immer leicht war, aber in groben Zügen ging die Politik auf beiden Seiten in dieselbe Richtung, und insgesamt gesehen hätte keine der beiden Seiten ihre Interessen ohne diese Zusammenarbeit erfolgreich betreiben können. Ich denke, uns allen ist wohl klar, daß eine solche Zusammenarbeit auch weiterhin erforderlich ist - und daß sie nicht einfach sein wird. Wenn ich die in den Vereinigten Staaten vorherrschende öffentliche Meinung hier vortrage, dann sehe ich keinen Anlaß, daß sich die amerikanischen Interessen von den Interessen wegentwickeln, die wir mit Westeuropa gemeinsam haben. Eher sehe ich das Gegenteil. Das aber ist nur meine persönliche Ansicht; ich möchte hier nicht den Eindruck erwecken, als stamme das, was ich sage, aus Regierungskreisen. Allerdings bin ich meiner Sache ganz sicher, daß es in den Vereinigten Staaten gewiß keine Mehrheit gibt, die Verbindungen zwischen uns und unseren Verbündeten zerschneiden will.

Generell meine ich, daß zu den Voraussetzungen der Entspannung, wie immer man sie definiert, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gehört. Und eines der Hauptziele der Entspannung, so wie wir sie sehen, besteht darin, unsere Politik in einer Weise zu führen, die diese Zusammenarbeit nicht gefährdet. Sie schließt keineswegs engere oder weniger enge Beziehungen zur Sowjetunion aus. Ich stelle sie lediglich als eine für uns alle wichtige Tatsache hin, der wir uns alle bewußt sein sollten. Auf dieser Grundlage dürften die 80er Jahre zwar nicht leicht, aber auch keinesfalls voll unüberwindbarer Probleme werden. Sicherlich wird es Schwierigkeiten bei der Behandlung der zu lösenden Fragen geben, auch Koordinationsprobleme, aber es gibt nichts, was wir nicht bewältigen könnten.

Rosanow

Wir verstehen sehr wohl, welche große Bedeutung das sowjetisch-amerikanische Verhältnis für die Entwicklung der internationalen Beziehungen in den 80er Jahren haben wird. Welche Haltung nimmt die Sowjetunion in dieser Hinsicht ein? Vor zehn Tagen empfing Staatschef Breschnew den amerikanischen Senator Percy. In der westlichen Presse wurde über den Inhalt ihres Gesprächs sehr unterschiedlich berichtet. Deshalb möchte ich aus dem Protokoll ihres Treffens einige Sätze zitieren. Dort heißt es unter anderem: "Breschnew erklärte, wir wollten und wir wollen keine Verschlechterung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Noch viel weniger wollen wir, daß all das Positive, das durch gemeinsame frühere Anstrengungen erreicht wurde, zurückgeworfen wird. Die Sowjetunion setzt sich für die Festigung und Entwicklung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auf langfristiger Grundlage ein." Dabei hob Breschnew hervor, daß alle Versuche, die militärische Überlegenheit zu erlangen, aussichtslos seien. Die Sowjetunion ist kein Land, das sich so etwas gefallen läßt. Das bedeutet, man kann mit ihr keine Politik der Stärke betreiben. Der einzige Weg für die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ist die Wahrung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beider Partner.

Einige Tage zuvor hatte Breschnew erklärt, alle konstruktiven Vorschläge der Vereinigten Staaten würden in Moskau mit Verständnis aufgenommen. Es gibt keinerlei Fragen und Probleme, über die die Sowjetunion nicht bereit wäre, Verhandlungen zu führen. Wir reichen der neuen amerikanischen Administration die Hand; wir bieten ihr an, am Verhandlungstisch Platz zu nehmen. Nun kommt es auf die Haltung Washingtons an, wie die Entwicklung weitergeht. Mehr läßt sich jetzt kaum sagen; denn der Erfolg hängt von beiden Partnern ab.

Ich möchte hervorheben, daß auch wir Hindernisse sehen, die uns im Wege stehen. Für eine konstruktive Entwicklung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses bedarf es des politischen Willens. Dieser Wille ist auf unserer Seite vorhanden. Wir müssen aber offen sagen, daß wir ihn bei der gegenwärtigen amerikanischen Administration nicht feststellen konnten - an welche sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen wir auch denken, wo immer sie geführt werden, ob in Wien, in Genf oder wo sonst. Wir hoffen, daß sich dies bei der Reagan-Administration ändern wird.

Der zweite Umstand, der die Entwicklung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses bisher ernstlich gehemmt hat, war die fehlende Voraussagbarkeit der amerikanischen Politik. Wir sind der Ansicht, daß Verhandlungen und Abkommen, die unterschrieben wurden, auch erfüllt werden müssen. Für die letzten Jahre könnten wir Dutzende von Beispielen anführen, in denen diese unabdingbare Voraussetzung für das normale Funktionieren der internationalen Beziehungen nicht eingehalten wurde.

Ich erinnere nur an das sowjetisch-amerikanische Dokument über den Nahen Osten aus dem Jahre 1977. In diesem Dokument hieß es klipp und klar, daß der Nahost-Konflikt auf der Genfer Konferenz unter Beteiligung aller interessierten Seiten, unter Wahrung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Bildung eines eigenen Staates geregelt werden muß. Das war eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung. Wenige Tage danach begann die Camp-David-Geschichte, wodurch die Nahost-Krise in eine Sackgasse geführt wurde.

Eine weiteres Beispiel: Drei Administrationen der USA haben gemeinsam mit uns am SALT-II-Vertrag gearbeitet. Dann hat die Carter-Administration den Vertrag im Grunde genommen zu Grabe getragen.

Ich wiederhole: Es kommt darauf an, daß die amerikanische Politik voraussagbar ist. Die amerikanische Administration muß genau wissen, wohin die Sache läuft, damit wir nicht wieder mit einem solchen Scheitern konfrontiert werden, das heißt nicht genau wissen, nach welcher Seite morgen das Steuer der amerikanischen Politik gedreht wird. Es ist sehr schwer, mit so einem Partner umzugehen. Wir hoffen, daß sich positive Veränderungen in der Politik der neuen Administration vollziehen werden und wir eine reale Grundlage gewinnen, um die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen weiterzuentwickeln.

Hoffmann

Was zuviel ist, ist zuviel. Ein Grund dafür, warum das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aus dem Jahre 1977 nicht ratifiziert wurde, liegt darin, daß weder die Israelis noch die Ägypter etwas davon wissen wollten. Das ist nicht völlig nebensächlich. Was nach Abschluß dieses Abkommens geschah - ich nehme an, auch unsere sowjetischen Freunde haben davon gehört - war, daß Präsident Sadat die Dinge selbst in die Hand nahm. Es war eine äußerst schwierige Aufgabe für die Vereinigten Staaten, ihn wieder auf das vorgezeichnete Gleis zu bringen, wie es in dem von Vanee und Gromyko erarbeiteten Kommuniqué vorgesehen war.

Was SALT II betrifft, so möchte ich lediglich unterstreichen, was Dick Smyser gesagt hat; es hat Hindernisse und Verzögerungen gegeben. Ich wäre der letzte, der erklärte, daß die Art, wie die Amerikaner die Verhandlungen geführt haben, ein Wunder an Konsequenz gewesen ist. Doch als der Vertrag endlich zustande gekommen war, haben die Ereignisse in Afghanistan ihn zu Fall gebracht, nicht aber die Vereinigten Staaten.

Schließlich ist es meiner Ansicht nach höchste Zeit, daß sich die Sowjetunion, wenn sie mit den Vereinigten Staaten verhandelt, an die Tatsache gewöhnen muß, daß wir es dort mit einer Demokratie zu tun haben. Es gibt eine öffentliche Meinung, und es kommt von Zeit zu Zeit zu einem Regierungswechsel. Gäbe es auf der Welt nur Länder, deren Außenminister vierzig Jahre im Amt bleiben, würde das Verhandlungen wahrscheinlich sehr erleichtern. Doch in einer Welt, in der es nach wie vor einige Demokratien gibt, ist ein solcher Zustand wohl nur schwer vorstellbar.

Schmidt

Ich habe mit großem Interesse gehört, was Herr Smyser und Herr Rosanow gesagt haben. Da gab es doch Hinweise auf einen neuen möglichen Anfang, auch unter Bezugnahme auf die Diskussion zwischen Breschnew und Percy. Ich meine, wir sollten in dieser Richtung weiterdiskutieren.

Schütze

Eine Frage an unsere amerikanischen Freunde: Wenn es zutrifft, daß eine Kausalwirkung zwischen dem Scheitern von SALT II und Afghanistan besteht, dann frage ich mich, welchen Verhandlungsspielraum die kommende amerikanische Regierung hat. Ich meine das im Sinne der Vorausberechenbarkeit, die Herr Rosanow eben forderte. Wenn die amerikanische Grundstimmung unverändert bleibt, daß ein neuer SALT-Vertrag - ich sage nicht: ein besserer; denn "besser" für wen? - nur ausgehandelt werden kann, wenn die Ursache des Scheiterns beseitigt wird, so bedeutet dies doch, daß wir in der Rüstungskontrolle und auch auf anderen Ebenen nicht vorankommen, solange die sowjetischen Truppen in Afghanistan stehen.

Birnbaum

Zum leidigen Thema Afghanistan: Das ist nur als ein allgemeines Phänomen für die politische Stimmung zu begreifen, die besonders in Amerika besteht. Man kann darüber diskutieren, ob in den Entscheidungsgremien der Sowjetunion schon vor dem Afghanistan-Einmarsch der Eindruck entstanden war, daß SALT II schwer, wenn überhaupt, erreichbar wäre. Ich lasse das einmal dahingestellt. Nachdem aber der Einmarsch stattgefunden hatte, war es jedenfalls ganz eindeutig, daß der Vertrag tot war.

Das führt mich zu der Frage von Herrn Schütze. Historische Parallelen reichen nie sehr weit; aber wir sollten uns doch daran erinnern, daß es für die Sowjetunion erst möglich war, mit den Vereinigten Staaten in ernsthafte Verhandlungen über SALT einzutreten, nachdem die Nixon-Administration glaubwürdig signalisiert hatte, daß sie zumindest eine Deeskalation in Vietnam anstrebe. Das war die politisch notwendige atmosphärische Voraussetzung, um diesen Prozeß in Gang zu bringen. Mehr als das verlangt der Westen auch von der Sowjetunion nicht. Wir erwarten nicht, daß die Sowjets von heute auf morgen aus Afghanistan abrücken. Wir erwarten jedoch, daß die Sowjetunion glaubwürdig signalisiert, daß in dieser Richtung etwas passiert.

Matwejew

Ich habe vor nicht allzu langer Zeit - 1977 - einen Artikel über Außenpolitik gelesen, der von Stanley Hoffmann stammte.

Hoffmann

Der wurde geschrieben, bevor Sie in Afghanistan einmarschiert sind!

Matwejew

Sie haben vorhin die Regierung Carter wegen ihrer mangelnden Konsequenz und ihres Zickzackkurses in der Außenpolitik kritisiert. Das verherrlichen Sie jetzt als ein Beispiel für Demokratie.

Hoffmann

Ich gehörte wohl zu den ersten amerikanischen Politikwissenschaftlern, die auf die Inkonsequenzen in der Carterschen Außenpolitik hingewiesen haben. Was ich jedoch sagen wollte, ging in eine etwas andere Richtung. Auch dann, wenn unter einem Präsidenten eine konsequente Außenpolitik betrieben wird - was bei Carter nicht immer der Fall war;-, sollten Sie sich, einfach, weil alle vier Jahre Wahlen stattfinden und in bestimmten Abständen ein neuer Präsident ins Amt kommt, mit dem Gedanken vertraut machen, daß langfristig gewisse Richtungsänderungen stattfinden.

Eine solche Änderung hat es 1968 gegeben - und da haben Sie sich doch wohl nicht beklagt? Der Grund war, daß eine neue Regierung damals eine Politik der Entspannung verfolgte. Auch 1976 kam es zu einer bedeutsamen Richtungsänderung, die seinerzeit bei der amerikanischen Bevölkerung weithin auf Zustimmung stieß. Und jetzt gibt es einen neuen Wechsel! Bitte unterscheiden Sie also zwischen gewissen Inkonsequenzen innerhalb einer vierjährigen Amtsdauer, die umstritten sind und über die man reden kann, und Veränderungen, die eine ganz normale Folge demokratischer Wahlen darstellen.

Alexandrow

Ich halte eine Verbindung von SALT II und Afghanistan für außerordentlich künstlich. Wenn man die Angelegenheit historisch betrachtet, so ist nicht nur eine Inkonsequenz der verschiedenen amerikanischen Administrationen feststellbar, vielmehr lassen sich auch im Rahmen einer Administration die widerspruchsvollsten Standpunkte ausfindig machen. Drei Jahre lang hat man eine aktive Kampagne geführt, um den Menschen die Vorstellung einer sowjetischen Bedrohung einzutrichtern. Diese Kampagne hat im Denken und in den Gefühlen der amerikanischen Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt. Anschließend appelliert man an diese Öffentlichkeit, die Vereinbarungen mit der Sowjetunion zu akzeptieren. Im umgekehrten Falle, wenn die Sowjetunion den SALT-II-Vertrag unterschrieben und sich anschließend geweigert hätte, ihn zu ratifizieren, würde man sie in die Rolle eines Kriegstreibers gedrängt haben, der es ablehnt, den gemeinsamen Versuch zu unterstützen, die schrecklichsten Waffen, die die Menschheit jemals gekannt hat, abzubauen.

Daß der SALT-II-Vertrag bis heute nicht ratifiziert wurde, ist in der Tat eine traurige Sache. Sie ist um so trauriger, weil eine gewisse Schuld an dieser Lage auch Westeuropa trifft. Die westeuropäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten haben den SALT-II-Vertrag mit den Mittelstreckenraketen verbunden. Es hat bereits in der Zeit der Carter-Administration Versuche gegeben, gegen diese Entwicklung im Prozeß der Beschränkung der strategischen Rüstungen zu operieren. Es wurde auch ein Versuch unternommen, das Abkommen und die Vereinbarung von Wladiwostock einer Revision zu unterziehen, der aber erfolglos blieb.

SALT II ist eine Arbeit von sieben Jahren, ein Vertrag, der unter schweren Anstrengungen von der demokratischen wie von der republikanischen Administration der Vereinigten Staaten ausgearbeitet wurde. Im Grunde genommen ist er eine Kompromißlösung, eine sorgfältig ausgewogene Bilanz der Interessen und der Kräfte der beiden Seiten. Von unserem Standpunkt aus darf an diesem Ausgleich nichts geändert werden. Wenn nämlich die eine Seite meint, sie könne durch erneute Verhandlungen zusätzliche Vorteile für sich herausholen, so weise ich darauf hin, daß auch die andere Seite den SALT-II-Vertrag für keinen Idealfall, sondern für eine Kompromißlösung hält. Wir würden diesen Vertrag auch gern anders, das heißt für uns günstiger formuliert haben. Diese Vorbedingung stellen wir jedoch nicht.

Andererseits ist es auch unverständlich, wie man so leichtfertig die wichtigen Vereinbarungen beiseite schieben kann, die von globaler Bedeutung sind und von den Staatsführern unterzeichnet wurden. Man kann sich schwer SALT III ohne SALT II vorstellen. Es ist keineswegs eine Frage der Arithmetik, daß III erst nach II folgt, sondern es ist eine Frage der Politik.

Löwenthal

Ich bin erstaunt, daß Herr Alexandrow einen Zusammenhang zwischen den Sorgen der Westeuropäer über die Mittelstreckenraketen und dem Scheitern von SALT II konstruiert. Die Westeuropäer haben in der Tat ihre Befürchtungen über diese Entwicklung in den letzten Jahren sehr deutlich gemacht. Sie haben darauf gedrängt, daß das zum Gegenstand von Verhandlungen wird, sie haben aber nicht darauf bestanden, daß es schon von SALT II gelöst wird. Im Gegenteil, die Westeuropäer haben während des ganzen Jahres 1979 ständig darauf gedrängt, daß SALT II in den Vereinigten Staaten ratifiziert wird, und sie haben versucht, die Carter-Administration im Kampf um die amerikanische Öffentlichkeit in diesem Sinne zu unterstützen.

Ein Wort zum tatsächlichen Schicksal von SALT II. Es ist hier schon angedeutet worden, daß Anfang Dezember 1979 die Chance einer Ratifizierung gut war. Ich habe mich damals in den Vereinigten

Staaten aufgehoben und glaube zu wissen, warum die Chance gut war. Die Administration hatte nämlich große Anstrengungen unternommen, kritische Senatoren durch politische Konzessionen in anderen Entscheidungen zugunsten eines SALT-Votums zu beeinflussen. Sie hatte insbesondere Henry Kissinger und den kritischen Senator Nunn für die Ratifizierung von SALT II gewonnen. Daraufhin war die Zweidrittelmehrheit gesichert, wie Herr Smyser gesagt hat. Zu diesem Zeitpunkt kam die Nachricht von Afghanistan, und damit änderte sich natürlich die Stimmung im ganzen Lande radikal.

Ich bin nun nicht der Meinung, daß man von der einen oder der anderen Seite an den Beginn der neuen Verhandlungen Vorbedingungen knüpfen sollte. Das Interesse der Menschheit und das Interesse der beiden Supermächte an dem Zustandekommen einer Rüstungsbegrenzung bei den strategischen Kernwaffen ist so groß, daß die Sowjets in der neuen Situation nicht darauf bestehen sollten, daß SALT II, das faktisch nicht mehr ratifizierbar ist, vorher ratifiziert werden muß. Die Sowjetunion sollte bereit sein, so lästig das ist - wir haben Lästigkeiten auf allen Seiten;- , von vorne zu beginnen. Auch die neue Administration der Vereinigten Staaten sollte die Frage von Signalen über Afghanistan - so wünschenswert sie sind - nicht unbedingt zu einer Vorbedingung des Neubeginns der strategischen Verhandlungen machen.

Schmückle

SALT ist sicher sehr wichtig. Aber - um es provozierend zu sagen - wir sollten uns dadurch den Blick nicht verstellen lassen. Der Westen hat Entspannungspolitik unter dem Motto betrieben, daß es keine andere Alternative zu dieser Politik gebe. Die Sowjets haben Entspannungspolitik unter demselben Motto betrieben, haben sich aber auf ein Scheitern dieser Politik militärisch vorbereitet.

Ich darf wiederholen, was ich bereits sagte. Es sind drei Dinge, auf die sie ihren Schwerpunkt legten: Auf die Seerüstung, die ich für die gefährlichste halte; auf die strategische Transportfähigkeit zur See und zur Luft; auf die euro-strategische Bedrohung durch die SS 20. Das hat uns in der NATO zu gewaltigen Umplanungen gezwungen, die in ihren Dimensionen im einzelnen noch gar nicht abgeschätzt werden können. Im übrigen ist ein solches Vorgehen - aus sowjetischer Sicht - verantwortungsbewußte Politik; denn jede Politik muß sich zumindest auf die Alternative ihres Scheiterns einrichten. Das haben die Sowjets getan - und leider übertrieben. Sie haben damit die Zeit politischer Entspannung mit militärischer Spannungserhöhung beantwortet.

Welche Konsequenzen haben diese militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion bei einem Scheitern der Entspannungspolitik? Durch die sowjetische Aufrüstung ist Westeuropa heute mehr bedroht und gefährdet als Amerika. Amerika ist im Grunde genommen "nur" gefährdet durch die militärischen Mittel, die im unwahrscheinlichsten Fall verwendet werden würden, durch den globalen nuklearen Austausch. Dadurch, daß die Sowjetunion eine Position aufgebaut hat, die Westeuropa mehr bedroht als Amerika, hat sie die erhöhte Schutzbereitschaft Amerikas für Europa provoziert.

Zur gleichen Zeit werden wir in Westeuropa in eine Art von Wechselbädern geworfen. Wirtschaftlich werden wir mit Großaufträgen eingedeckt oder gelockt, eine Entwicklung, die Herr van Well in vielen Punkten zu Recht als positiv beschrieben hat. Militärisch aber verhält man sich in einer Weise, die Otto von Bismarck mit "Territion" bezeichnet hat. Dies war im Mittelalter die Methode, die Folterwerkzeuge vorzuzeigen, um das Opfer gefügig zu machen. Das hat Herr Chruschtschow getan, als er sagte, er brauche acht Wasserstoffbomben, um die Bundesrepublik, fünf, um England und eine ähnliche Anzahl, um Frankreich auszulöschen. Das hat Herr Breschnew in anderer Form wieder aufgegriffen, indem er sagte, wir würden die atomare Zielscheibe werden, wenn die Nachrüstung stattfinden sollte. Auch Norwegen wurde unter "Territion" gesetzt, als die NATO versuchte, die durch die sowjetische Seerüstung leider notwendig gewordenen amerikanischen Depots am richtigen Platz zu stationieren.

Ich bin der Meinung, daß solche direkten Eingriffe in unsere Verteidigungsstruktur durch Drohungen eine der gefährlichsten Entwicklungen der letzten Dekade und insbesondere der letzten zwei, drei Jahre sind. Wir dagegen versuchen nicht durch Drohungen, sondern durch Verhandlungsangebote die Strukturen auf beiden Seiten zu reduzieren, zu verbessern und zu Kompromissen zu gelangen. Auf das Angebot, das die NATO im Dezember 1979 gemacht hat, um die Nachrüstung zu vermeiden, wurde leider nicht oder höchst ungenügend eingegangen.

Ich kann nur noch einmal unterstreichen, was Herr Stützle sagt: Wir befinden uns in einer gefährlichen Situation. Die sowjetischen Vertreter sollten wissen, wie ernst sie ist. Die Sowjetunion sollte sich noch einmal genau überlegen, ob sie das Verhandlungsangebot der NATO nicht aufnehmen will, und zwar so fair, wie es gemeint ist. Wir haben kein Interesse daran, Pershing II aufzustellen. Wir sind dazu gezwungen, weil Sie die SS 20 installiert haben und noch andere Waffensysteme.

Herr Stützle, der Versuch, Europa von Amerika zu trennen, ist in der Politik natürlich nicht verboten; das würde ich den Sowjets zubilligen. Es hängt von unserer Standhaftigkeit, von unserer Phantasie ab, diese Trennung zu verhindern. Ich bin in diesem Punkt voller Selbstkritik. Wir müssen selber dafür sorgen, daß das in Ordnung kommt und bleibt, nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern, wie Herr Bertram sagte, auch im Interesse des Warschauer Paktes. Denn Entspannung von einer Position westlicher Inferiorität aus zu betreiben, kann nicht funktionieren.

Stützle

Wer versucht, Westeuropa von den Vereinigten Staaten zu trennen, betreibt nicht nur Kräfteverschwendung, sondern denkt auch unlogisch. Am Ende einer solchen Politik, wäre sie erfolgreich, hätte es die Sowjetunion mit einem Westeuropa zu tun, das genauso stark sein müßte wie die Vereinigten Staaten, wenn es die Rolle gegenüber der Sowjetunion spielen sollte, die bis dahin die Vereinigten Staaten und Westeuropa gemeinsam gespielt haben. Ob es im sowjetischen Sicherheitsinteresse liegt, dann ein Westeuropa, das genauso stark ist wie die USA, und zusätzlich die USA zu haben, lasse ich einmal dahingestellt.

Edinger

Was mir Sorgen bereitet, ist die Art des Ost-West-Dialogs. Die sich abzeichnende erneute Polarisierung läßt uns eine Entwicklung übersehen, die mir äußerst bedrohlich erscheint. Am Anfang der Entspannung, soweit man von einem formellen Anfang sprechen kann, stand der Atomwaffen-Sperrvertrag. Und gerade auf diesem Gebiet besteht heute ein ungeheuer wichtiger Bereich gemeinsamer Interessen. Es ist die Gefahr der unkontrollierbaren Ausbreitung des Besitzes von Kernwaffen auf neue Länder und die damit verbundenen neuen Risiken für Ost und West. Mir scheint, daß wir an der Schwelle einer solchen Entwicklung stehen, wenn wir sie nicht schon überschritten haben, und daß dadurch und deshalb ein unvermeidbarer Zwang zum gemeinsamen Handeln auf diesem Gebiet entsteht.

Hoffmann

Ich möchte etwas zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sagen, wobei ich mich vor allem an unsere sowjetischen Kollegen wende. Ich bin, glaube ich, in den Vereinigten Staaten einer der wenigen noch verbliebenen Verfechter der Entspannungspolitik, und ich hoffe, Sie berücksichtigen das.

Wenn die Sowjetunion in den 80er Jahren tatsächlich eine Entspannungspolitik verfolgen will, wenn es stimmt, was Herr Alexandrow über Gespräche zwischen Breschnew und einigen der unvermeidlichen amerikanischen Besucher der vergangenen Wochen gesagt hat, dann müßte die Sowjetunion eigentlich wissen, daß jemand, der den Zweck bejaht, auch die Mittel bejahen muß. Die Sowjetunion muß sich über zwei Tatsachen klar sein, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten gegeben sind: einmal, daß Entspannung ein stark angeschlagener Begriff ist, und zum anderen, daß alle Amerikaner, ausnahmslos, der festen Überzeugung sind, daß die Schuld daran bei der Sowjetunion liegt. Wer die Entspannung weiterverfolgen will, muß diese psychologischen und politischen Gegebenheiten berücksichtigen.

Das bedeutet, es ist an der Sowjetunion, in den kommenden Monaten zu beweisen, daß sie eine Entspannung wünscht, die nicht nur eine Gelegenheit zur Verbreitung von Propaganda bietet. Sie muß zeigen, daß sie damit mehr beabsichtigt, als einen Keil zwischen die Westeuropäer und die Amerikaner zu treiben und so weiter. Insbesondere bedeutet es, daß der Weg, den Herr Alexandrow bezüglich SALT hier eingeschlagen hat, nicht wirklich weiterführt. Zu den Tatsachen des letzten Jahres gehört einerseits der Einmarsch in Afghanistan und andererseits die amerikanische Präsidentschaftswahl. Unsere sowjetischen Kollegen sagen, SALT hätte ohne Rücksicht auf Afghanistan behandelt werden müssen. Ich würde antworten, daß man SALT weder unabhängig von Afghanistan noch von der Wahl in Amerika sehen kann.

Das einzige, was klar ist: Die Vereinigten Staaten werden den SALT-II-Vertrag nicht in der bisherigen Fassung akzeptieren. Der Grund liegt nicht nur darin, wie Herr Löwenthal hervorgehoben hat, daß es im Senat keine Mehrheit dafür gibt, sondern auch darin, weil es einer der festen Entschlüsse des neugewählten Präsidenten war, SALT II nicht zu unterstützen. Wenn die Sowjetunion eine Entspannungspolitik betreiben will, wird sie gegenüber den Interessen Europas, was das Problem der Atomwaffen betrifft, ein gewisses Entgegenkommen zeigen müssen; denn diese Interessen sind untrennbar mit denen der Vereinigten Staaten verknüpft.

Schließlich wird die Sowjetunion, wenn sie wünscht, daß die Vereinigten Staaten sich erneut auf den Weg zur Entspannung begeben, auch auf anderen Gebieten - und dazu gehört Osteuropa ebenso wie die Dritte Welt - eine Politik der Zurückhaltung betreiben müssen, ohne die keinerlei Aussichten bestehen. Ganz bestimmt wird es in der neuen Regierung nicht von glühenden Verfechtern der Entspannungspolitik wimmeln. Da würde der von Dick Smyser angesprochene Bewegungsspielraum eine Möglichkeit bieten. Und hier trägt zweifellos die Sowjetunion die Beweislast. Das mag man bedauern, aber psychologische Tatsachen sind zugleich politische Tatsachen.

Matwejew

Könnten Sie uns einmal sagen, Herr Hoffmann, wie Sie die Alternative zur Entspannung ohne SALT II sehen?

Hoffmann

Das ist nicht besonders schwierig. Bei der Rüstung vergessen wir immer wieder, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg eine lange Zeit gegeben hat, in der beide Seiten ihre Waffen entwickelten, ohne sich groß zu verständigen. Das galt eigentlich bis SALT I. Bis dahin war es eine Kombination einseitiger Maßnahmen, eine Art inoffiziellen stillschweigenden Übereinkommens, wobei jeweils die eine Seite berücksichtigte, was die andere tat. Ich sage nicht, daß das eine Ideallösung ist, aber wahrscheinlich wird man wieder eine solche Politik verfolgen.

Es gibt in den Vereinigten Staaten, vor allem in der Umgebung des neugewählten Präsidenten, zahlreiche Leute, von denen bekannt ist, daß sie gesagt haben, die Rüstungsbeschränkung, wie sie in den 70er Jahren gehandhabt wurde, sei nicht gut mit der amerikanischen Verteidigungspolitik abgestimmt gewesen. Wenn die Sowjetunion keine über rein verbale Erklärungen hinausgehende Bereitschaft zeigt, auf diesem Gebiet erneut Verhandlungen aufzunehmen, dann wäre es durchaus möglich, daß auch ohne SALT ein Wettrüsten betrieben wird - und das müßte keineswegs gleich zu einer weltweiten Katastrophe führen. Ich selbst bin ein überzeugter Anhänger der Rüstungsbeschränkung und halte persönlich SALT II für ein ausgezeichnetes Abkommen. Ich berichte Ihnen lediglich den gegenwärtigen Stand der Dinge. Sie werden in den kommenden Jahren nicht mit Leuten wie mir zu tun haben oder mit solchen, wie sie in der Regierung Carter zumindest zum Teil Ihre Gesprächs- und Verhandlungspartner waren. In Zukunft werden das Menschen mit Ansichten sein, die sich deutlich von den unsrigen unterscheiden.

Rosanow

Ich möchte eines mal sehr deutlich sagen: Bei keinem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen auf höchster Ebene sagt ein Partner zum anderen: "Ihr sollt, Ihr sollt, Ihr sollt". Hier hören wir immer wieder: "Die Sowjetunion soll, die Sowjetunion soll!" Wir sollen gar nicht.

Hoffmann

Zu Ihrer Information, Herr Rosanow, möchte ich nur auf zweierlei hinweisen: Das hier ist kein Gipfeltreffen, und ich bin kein Diplomat!

Schmidt

Wir tragen aber eine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, Herr Hoffmann, auch wenn dies kein Gipfel ist und wir keine Diplomaten sind.

Ich persönlich halte die Auffassung, die Beweislast liege bei der Sowjetunion, für schlechterdings ungeeignet, auch nur in einer Frage voranzukommen. Hier hieß es, die Sowjetunion solle durch ihre Haltung die amerikanische Öffentlichkeit überzeugen. Sieht man sich diese Formel etwas genauer an, so würde das bedeuten, daß selbst wenn die Sowjetunion vollständig abrüstete, sie gewissermaßen im Hemd dastünde, dann immer noch das Prisma der amerikanischen Presse und vieles andere mehr ins Spiel käme. So geht es nicht. Es geht nur über den Weg von Kompromissen, so wie es in den 70er Jahren der Fall war, und diese Kompromisse müssen auch in den 80er Jahren gefunden werden. Dazu ist die politische Bereitschaft nötig, wie jetzt wieder auf dem Gipfel der Warschauer Vertragsstaaten gesagt worden ist, über jede politische Frage und auch über alle Waffenarten zu diskutieren.

Daß die Vorgespräche zu Verhandlungen über TNF in Genf aufgenommen wurden, halte ich für ein ermutigendes Zeichen. Sie werden zweifellos fortgesetzt werden. Die Erklärung zur Fortsetzung muß allerdings durch Handlungen der neuen amerikanischen Administration bestätigt werden. Mit

einseitiger Beweislast ist das nicht zu machen. Es geht hier ja nicht um einen Angeklagten vor einem Obersten Gericht. In den internationalen Beziehungen kann man so nicht weiterkommen.

Smyser

Ich hoffe, daß nichts von dem, was ich gesagt habe, Herrn Schmidt zu seiner Erklärung veranlaßt hat, die Vereinigten Staaten bestünden auf einer einseitigen sowjetischen Abrüstung. Wir befinden uns an einer äußerst kritischen Nahtstelle. Ich habe versucht, bestimmte grundlegende Realitäten herauszustellen, die nicht auf diese Weise interpretiert werden sollten. Da ich nicht die professorale Art von Stanley Hoffmann habe, kann ich den Menschen nicht so gut sagen, was sie tun sollten, aber er, Herr Edinger und ich haben lediglich versucht, Ihnen bestimmte Tatsachen nahezubringen, damit sie deutlich werden. Wir haben uns bemüht, das in unpolemischer Weise zu tun, und ich hoffe, daß man es so verstanden hat.

Well

Ich möchte für Realismus plädieren. Die Wahlen in unseren Ländern sind nun einmal politische Naturereignisse. Man muß sie so nehmen, wie sie sind. Sie müssen als Realitäten in Rechnung gestellt werden. Andererseits schauen sich die neu gewählten Regierungen, die die Grundströmungen in der Bevölkerung reflektieren, auch nach den Realitäten um. Die Politik, die jetzt entworfen wird, wird, davon können wir ausgehen, entscheidend von der Analyse der Realitäten bestimmt werden.

Stanley Hoffmann hat in seinem Vortrag dargelegt, daß die 70er Jahre an den Realitäten einiges verändert haben. Das geht alle drei Ebenen an: Einmal die Ebene des Verhältnisses der beiden Großen zueinander. Das gilt aber auch für das Verhältnis Westeuropas zu den Vereinigten Staaten, und das gilt nicht zuletzt für die Rolle der Dritten Welt. Wenn zur Zeit auf der anderen Seite des Atlantiks die Politik im einzelnen festgelegt wird, werden diese Veränderungen mit berücksichtigt werden.

Nach den ersten Eindrücken gehen wir davon aus, daß das Verhältnis der beiden Großen zueinander Sachzwänge enthält, die beide dazu veranlassen werden, einen modus vivendi zu finden und fortzusetzen, der sich auf der Grundlage des politischen und militärischen Gleichgewichts bewegt.

Wir gehen ferner davon aus, daß bei dieser Klärung des Verhältnisses vor allem das westeuropäisch-amerikanische Verhältnis eine Schlüsselrolle spielen wird. Auch dabei kann man auf den bisherigen Ergebnissen aufbauen. Das gilt besonders für die weitere Entwicklung des SALT-Prozesses, den die Westeuropäer befürworten. Auch die neue amerikanische Administration - diesen Eindruck haben die bisherigen Gespräche vermittelt - ist bereit, diesen Prozeß fortzusetzen. Wir gehen weiter davon aus, daß das Resultat, welches in der Diskussion über die Mittelstreckenwaffen erreicht wurde, die Grundlage der Konzeption der neuen Regierung darstellt. Der ursprüngliche Ansatz, demzufolge das nordamerikanische und das westeuropäische Gebiet unterschiedlich eingestuft werden, wird also durch die Zusammenführung der Mittelstreckenproblematik mit dem SALT-Prozeß überwunden.

Interessanterweise gehen sowohl die Vereinigten Staaten wie auch die Sowjetunion von dieser Zusammenführung aus. Die Sowjetunion hat ausdrücklich gesagt, daß in Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen Ergebnisse angestrebt und erreicht werden können, diese aber erst in Kraft gesetzt würden, wenn SALT ratifiziert ist. Die Vereinigten Staaten gehen ihrerseits davon aus, daß die Regelung der Mittelstreckenproblematik ein Bestandteil von SALT III ist. Wir haben auf westeuropäischer Seite darauf bestanden, daß diese Problematik im SALT-Verfahren geregelt wird, das heißt durch die beiden großen Nuklearmächte als Verhandlungsführer.

Ich möchte noch eine kleine Unklarheit beseitigen. Wir gehen auf unserer Seite nicht von verschiedenen Gleichgewichten aus, sondern wir betrachten das Allianzgebiet als eine strategische Einheit. Das ergibt sich auch aus dem Nordatlantik-Vertrag. Dort steht, daß ein Angriff auf irgendeinen Teil des Allianzgebietes als ein Angriff auf die gesamte Allianz betrachtet wird. Deswegen war die ursprüngliche SALT-Konzeption, also die Aufteilung des Allianzgebietes in unterschiedliche Sicherheitszonen, nicht ganz korrekt. Es ist deshalb erfreulich, daß sowohl die sowjetische als auch die amerikanische Seite sich um eine einheitliche Betrachtung der Sicherheit der jeweils anderen Seite bemühen.

Noch ein Wort zu den zeitlichen Zwängen, denen diese Verhandlungen unterliegen. Herr Stütze hat darauf hingewiesen, daß der Doppelbeschluß durchgeführt wird. Davon muß als einem politischen Faktum ausgegangen werden. Es gibt hier Zeitvorstellungen, die in Rechnung zu stellen sind. Die Verhandlungen über die Mittelstreckenproblematik sollten also zügig geführt werden und zügig zu ersten Ergebnissen führen.

Herr Schmidt hat das Thema der Gesamtgleichung angesprochen und gesagt, er betrachte die Unterscheidung zwischen interkontinentalstrategischen und Mittelstreckenwaffen als problematisch. Hier ist eine deutliche Grenze nicht zu ziehen. Deswegen plädieren wir auch dafür, daß man die Dinge insgesamt sieht.

Bevor der Beschluß am 12. Dezember 1979 gefaßt wurde, hatten wir monatelang darüber diskutiert, wie man diesen gesamtstrategischen Ansatz - also interkontinentale und Mittelstreckenwaffen in einer Gleichung - am besten organisiert. Wir haben das damals fallenlassen, weil klar wurde, daß es dann Jahre dauern würde, bis man zu Ergebnissen kommt. Man hat ja bei SALT gesehen, wie lange es gedauert hat, bis man zu sauberen Gleichungen kam. Aus diesem Grunde wurde zunächst ein limitierter Ansatz vorgeschlagen. Dieser Vorschlag ist kein Trick, mit dem man die andere Seite übertölpeln will, sondern man hat diesen Weg gesucht, um möglichst schnell zu ersten Ergebnissen zu kommen. Dieses Motiv sollte die sowjetische Seite berücksichtigen.

Diese Realitäten werden von der neuen amerikanischen Administration bestimmt diskutiert und berücksichtigt. Wir wollen an diesen Überlegungen teilnehmen. Wir sind bereit, sobald die neue Administration gesprächsbereit ist, über diese Dinge mit ihr zu sprechen, wobei wir von der Einheit der Allianz ausgehen. Das ist der Sicherheitsfaktor. Alle sollten daran interessiert sein, daß hier keine Zweifel an der Effektivität, der Unabdingbarkeit der gemeinsamen Sicherheitspolitik der Allianz bestehen.

Die große Frage der Zukunft lautet: Wie können wir mit den bestehenden oder noch zu erwartenden Konflikten in der Dritten Welt fertig werden? Eines ist jedenfalls klar, so wie in Afghanistan kann es nicht gehen. Zur Zeit läuft eine Gegenreaktion des Westens an, an der auch wir uns beteiligen, weil wir die Notwendigkeit einsehen.

Der Westen ist jederzeit bereit, der Sowjetunion zu helfen, eine politische Lösung in Afghanistan zu finden. Aber es ist unerlässlich, daß in Zukunft das Non-alignment, die Blockfreiheit, respektiert wird. Wenn in dieser Hinsicht Ost und West nicht übereinstimmen, wird es zwangsläufig dazu kommen, daß der Westen mit dem militärischen und machtpolitischen Potential des Ostens in der Dritten Welt gleichzuziehen versucht. Denn daß auch in der Dritten Welt das Gleichgewicht durchgesetzt werden kann, ist keine Frage.

Owtschinnikow

Wenn man uns Vorbedingungen für die Fortentwicklung der Entspannungspolitik in den 80er Jahren stellt, so vergißt man dabei, daß auch die Sowjetunion eine Liste von Wünschen und Bedingungen präsentieren könnte.

Ich nenne beispielsweise die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans. Die USA konzentrieren eine beispiellose militärische Macht im Persischen Golf und im arabischen Meer. In Kenia, in Somalia und Oman werden neue Marinestützpunkte angelegt, die schnell in Hauptstützpunkte für die Schnelleingreiftruppen verwandelt werden können. Die Bündnisstrukturen der NATO und des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages werden indirekt dazu benutzt, dieses neue System der Schnelleingreiftruppe zu unterstützen.

Man könnte auch folgendes Abkommen vorschlagen: Die Sowjetunion zieht sich militärisch aus der westlichen Hemisphäre zurück, das heißt, sie zieht ihre Militärbrigade aus Kuba ab unter der Voraussetzung, daß sich die USA aus der östlichen Hemisphäre zurückziehen. Anschließend könnten wir dann über die Einschränkung der strategischen Rüstungen verhandeln. Man darf auch nicht vergessen, daß für die Sowjetunion das Vorhandensein amerikanischer Kriegsschiffe und Streitkräfte an der gesamten Länge der sowjetischen Grenze nicht weniger beunruhigend und besorgniserregend ist als die Frage Afghanistans für die westliche Seite. Wir stellen aber keine Verbindung her zwischen der militärischen Präsenz der USA Tausende Kilometer von den Grenzen der Vereinigten Staaten entfernt mit einer so wichtigen Frage wie der Einschränkung der nuklearstrategischen Rüstungen.

Körber

In der gegenwärtigen Situation zwischen den beiden Großmächten war es unvermeidlich, daß wir an diesen beiden Tagen mehr über Vergangenheit und Gegenwart als von der Zukunft der Entspannungspolitik in den 80er Jahren gesprochen haben. Auf die Frage, die am Beginn unseres Gespräches stand, wie wir in den gegenwärtigen kritischen Zustand der Entspannung hineingeraten sind, haben wir aus der Sicht des Westens und des Ostens sehr unterschiedliche Antworten gehört. Es wird niemanden überrascht haben, daß die Verantwortung für die jüngsten Entwicklungen, sei es

die Situation um und in Afghanistan, sei es das Schicksal des SALT-II-Vertrages oder das Steckenbleiben der Wiener MBFR-Gespräche, jeweils der anderen Seite angelastet wird.

Meine Aufgabe zum Abschluß dieses Gesprächskreises kann es daher nicht sein, eine harmonisierende Zusammenfassung zu geben, zumal sich dazu in unserem Gespräch auch kaum Ansatzpunkte finden. Dennoch war unser Dialog insofern nützlich, als die kontroversen Standpunkte hier besonders deutlich zum Ausdruck gebracht worden sind. Nun ist die kontroverse Ausgangslage nicht neu. Um sie zu überwinden, wurde in den 70er Jahren unter dem Begriff "Entspannung" eine Sicherung des Friedens durch Abbau der gegensätzlichen Positionen versucht.

Hier wurde festgestellt, daß die Entspannung als Beitrag zum Frieden durch verschiedene Aktionen gestört wurde und daß sie das angestrebte Ziel nicht erreicht hat. Und wenn Mr. Hoffmann sagte, daß das Wort Entspannung aus dem politischen Sprachgebrauch der Vereinigten Staaten nahezu verschwunden sei, dann ist es zweifelhaft, ob dieser Begriff mit seinen Inhalten, die auch noch unterschiedlich ausgelegt werden, für eine zukünftige Ost-West-Politik dienlich ist. Ich meine, wir sollten uns um einen anderen Begriff bemühen, der zwischen Ost und West konsensfähig ist und der insbesondere als gemeinsames Ziel die Stabilisierung der Beziehungen und das Gleichgewicht der Kräfte zum Inhalt hat. Eine solche Stabilisierung der Beziehungen schließt ein, daß wir die Erfahrungen aus der Entspannungsphase nicht außer acht lassen.

Schlußendlich: Wir müssen im Gespräch bleiben; denn die Gesprächslosigkeit bedeutet die größte Gefahr für die Sicherung des Friedens. Hier sehe ich die Aufgabe unseres Gesprächskreises, der sich seit fast zwei Jahrzehnten bemüht, für den Ost-West-Dialog seine guten Dienste anzubieten.